

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 5. Januar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepolte Kolonelle oder deren Raum 20 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“ das erste (steiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis für den Monat: 1,10 Mk., für das halbe Jahr: 5,50 Mk., für das Jahr: 10,50 Mk. Einzelne Nummer 3 Pfg. Sonntagsnummer mit Illustration 5 Pfg. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erkicht täglich außer Montags.

Der „Liberalismus“ des Liberalismus!

Der deutsche Liberalismus ist allezeit ein trauriges politisches Gewächs gewesen. Er war allezeit Halbheit und Feigheit. Von nutzlosen Kämpfen, wie sie der englische, der französische, italienische und belgische Liberalismus in seiner Jugendzeit führte, weiß die Geschichte des deutschen Liberalismus und speziell des preussischen nichts zu erzählen.

Den jammervollen Verlauf der deutschen Revolution von 1848 und 49, obgleich diese Revolution die Wirkung seiner Lehren war, hat in erster Linie die feige und charakterlose Haltung des Liberalismus verschuldet.

Die traurige Rolle, die speziell der preussische Liberalismus auch in den Budgetkämpfen der Jahre 1861 bis 1866 spielte, ist in Lassalles berühmten Vorträgen über jene Verfassungskämpfe und in seinem Antwortschreiben an das Leipziger Arbeiterkomitee in drastischster Weise geschildert.

Doch war die Rolle, die in jener Zeit der vorgeschrittene Liberalismus spielte, gegen heute eine Heldentat zu nennen. Seine Epigonen reichen ihren Vorgängern nicht das Wasser.

Der Tiefstand des Liberalismus setzte ein mit der Gründung des Deutschen Reiches. 1867 hatte die sogenannte Fortschrittspartei noch in dem konstituierenden Norddeutschen Reichstage gegen die Bundesverfassung gestimmt und zwar, wie damals das führende Organ der preussischen Fortschrittspartei, die „Berliner Volkszeitung“, ausführte, weil diese Verfassung ein elendes zusammengestopeltes Ding sei, das seinesgleichen in keinem Lande der Welt habe.

Aber als es sich im November 1870 darum handelte, dieses elende zusammengestopelte Ding zur Reichsverfassung zu machen, stimmte nunmehr die ganze Fortschrittspartei dafür.

Im Jahre 1874 wurde das gegenwärtig noch bestehende Preßgesetz beraten. Die Unzufriedenheit mit dem Entwurf war allgemein, denn erlangte derselbe Gesetzeskraft, so vertauschten die meisten deutschen Staaten — Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, die gesamten thüringischen Staaten usw. — ihre viel freisinnigeren Landespreßgesetze mit einem schlechteren Reichspreßgesetz. Dem entsprechend hatte die Fortschrittspartei beschlossen, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Daraus erklärten die Nationalliberalen durch den Mund von Lasser: wenn die Fortschrittspartei nicht für den Preßgesetzentwurf stimme, würden auch sie dagegen stimmen, denn sie hätten nicht Lust zu dulden, daß man ihnen später ihre Abstammung zum Vorwurf mache.

Und jetzt noch die gesamte Fortschrittspartei zu Kreuzen und stimmte wider ihre bessere Ueberzeugung für den Gesetzentwurf. So ward derselbe Gesetz.

In demselben Jahre (1874) brachte die Fortschrittspartei im Reichstag einen Entwurf für ein Vereins- und Versammlungsgesetz ein. Als der Entwurf bekannt wurde, entstand in den vorgeschrittenen Kreisen ein Sturm der Entrüstung; er war eine wenig verbesserte Auflage des bestehenden preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes und würde, würde er Gesetz, abermals den bestehenden Zustand in einer Reihe deutscher Staaten verschlechtern haben. Zum Glück wurde er nicht durchberaten. Der Freiheitsbegriff der preussischen Liberalen findet seine Grenze an dem, was eine mäßig liberale Polizei noch für erlaubt erachtet.

Bekanntermachen ist die Freisinnige Volkspartei — der Nachfolger der alten Fortschrittspartei — von jeher bei den Stichwahlen zum Reichstag der Sozialdemokratie gegenüber ein sehr unsicherer Geselle gewesen. Wäre die genannte Partei, was sie sein will, eine wirklich liberale Partei, so müßte sie bei allen Stichwahlen, wo ein Sozialdemokrat und der Kandidat einer weiter rechtsstehenden Partei in Frage kommt, für den Sozialdemokraten stimmen. Denn die Sozialdemokratie stimmt stets für wirklich liberale Anträge im Parlament, wenn ihre eigenen Anträge abgelehnt werden. Auch hat die Sozialdemokratie an einer liberalen Gestaltung des Staatswesens das größte Interesse, denn diese muß ihr lieber sein, als eine agrarisch-reaktionäre.

Aber aus Furcht und Furcht vor der Sozialdemokratie stimmt die Freisinnige Volkspartei unter zehnmal mindestens neunmal für den Gegner und sei er der größte Feind des bestehenden Reichstagswahlrechts, ein in der Wölle gefährlicher Reaktionär, Brot- und Fleischwucherer und agrarischer Viebesgabenraffer.

Das kam bereits drastisch im Jahre 1878 zur Erscheinung als im Erfurter Wahlkreis der Sozialdemokrat Kapell mit dem konservativen Lucius in die Stichwahl kam. Als die Freisinnigen des Erfurter Wahlkreises bei Eugen Richter anfragen: für wen sie stimmen sollten, antwortete dieser per Telegramm: lieber Lucius als Kapell! Und so wurde ersterer gewählt.

Bekanntlich ist dieses die Taktik der freisinnigen Volkspartei bis heute. Die Herren Freisinnigen werden sich also nicht wundern dürfen, wenn die Sozialdemokratie dieses elende Spiel endlich satt bekommt und bei den nächsten Stichwahlen alle Freisinnigen durchstrafen läßt, wo sie dazu die Macht hat. Ob ein halb Duzend oder ein Duzend Freisinnige mehr

oder weniger im Reichstage sitzen, darauf kommt es schließlich auch nicht mehr an.

Als 1878 der zweite Sozialistengesetzentwurf beraten wurde, mußte sich die Freisinnige Volkspartei — Deutsch-Freisinnige hießen sie damals — zwar anstandslos dagegen erklären, ihr Wortführer Prof. Hänel-Riel aber machte namens der Partei einen Vorschlag, der wenn er angenommen wurde, noch schlimmer als das Sozialistengesetz gewesen wäre. Er machte den Vorschlag, den § 130 des Strafgesetzbuches dahin abzuändern, daß jeder Angriff auf die Institute des Privateigentums, der Ehe und Familie mit Gefängnis bestraft werden solle. Ein ganz ungeheurer Vorschlag, der jede wissenschaftliche Kritik an den bestehenden sozialen Einrichtungen unmöglich gemacht hätte.

Scheinbar war der vorgeschrittene Liberalismus Gegner des Sozialistengesetzes. Als aber im März 1884 die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf der Tagesordnung des Reichstages stand und Aussicht vorhanden war, daß dasselbe keine Mehrheit finde, stimmten von den über 90 Mitglieder starken Deutschfreisinnigen — der damalige Name der Fraktion — 27 für das Gesetz und ein großer Teil fehlte, weil der Vorstand der Fraktion ihn brieflich hatte wissen lassen, seine Anwesenheit sei nicht erforderlich.

Da damals die Verlängerung des Gesetzes nur mit 189 gegen 157 Stimmen angenommen worden war, hatten die Deutschfreisinnigen es in der Hand, das Gesetz zu Fall zu bringen.

Der Freisinn will auch Gegner des Wuchertarifes und der Lebensmittelvertuerung sein. Als aber im Sommer 1902 die Sozialdemokraten in der Tarifkommission des Reichstages alles anboten um die Beratung hinzuziehen, wurden sie dabei von den Vertretern der Freisinnigen Volkspartei im Stich gelassen. Und als im Herbst 1902 die Sozialdemokratie im Reichstage bei Beratung des Zolltarifs Obstruktion machte, um zu verhindern, daß der Zolltarif vor den Wahlen von 1903 Gesetz werde, ist damals die Freisinnige Volkspartei unter Führung Eugen Richters ihr in den Arm gefallen und hat die Obstruktion, die er z. B. bei der Verhinderung selbst mitmachte, bekämpft. Damals rief Bebel Richter zu: er sei ein Verräter der Minorität, ein Wort was sich bewahrheitete. Die Freisinnige Volkspartei wollte um jeden Preis die Durchberatung des Zolltarifes vor den Wahlen im Juni 1903, weil sie sonst bei den engeren Wahlen nicht auf die Unterstützung des Zentrums und der übrigen Zollwucherparteien rechnen konnte.

Zweifelhaft wie in allen den erwähnten Fragen ist auch der Freisinn in bezug auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Oessentlich scheint er dafür zu sein, heimlich ist er dagegen und zweifellos nur ein sehr lauer Freund. Nämlich es auf den Liberalismus an, wäre das bestehende Reichstagswahlrecht nie eingeführt worden. Das zeigt schon sein lauer und flauer Kampf für dasselbe in Preußen. Dagegen haben Angehörige der Freisinnigen Volkspartei sich sehr eifrig für die Verschlechterung bestehender Wahlgesetze ins Zeug geworfen. So hat in Hamburg der größte Teil der Freisinnigen sich für die Wahlverschlechterung erklärt. In Bayern waren sie jahrelang offene Gegner einer Wahlreform auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, bis die Furcht allen Kredit im Volke zu verlieren sie nötigte für die Wahlreform einzutreten. Die Verschlechterung der Staats- und Gemeindevahlrechte in Lübeck, Kiel, Neumünster, Bremen, Nürnberg usw. bezw. die Aufrechterhaltung der bestehenden reaktionären Gesetze ist mit ihr Berl. Gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Stimmrecht in der Gemeinde ist der Freisinn wie ein Mann.

Der Unfall in der Kolonialpolitik, den er am 13. Dezember 1906 vollzog, wobei er durch seinen Antrag die eigentliche Regierungspartei wurde, ist noch in aller Gedächtnis. Früher entschiedener Gegner der Kolonialpolitik, die er mit ähnlichen Gründen wie die Sozialdemokratie bekämpfte, ist er jetzt ihr Anhänger und Verteidiger geworden.

Und dieselbe Wandlung vollzieht sich in der Partei in bezug auf die Flottenpolitik. Auch hierfür gibt es bereits in seiner Mitte starke Enthusiasmen, und es fehlte bei der letzten Flottenvorlage nicht viel und die Partei stimmte dafür. Seitdem Richter tot ist, schwankt die Partei wie ein Schiff auf stark bewegter See.

Die Freisinnige Volkspartei hat stets eine Anzahl Staatspositionen bekämpft, aber wenn es zur Endabstimmung kam, stimmte sie stets für den Etat, d. h. sie sprach damit der Regierung ihr Vertrauen aus und bewilligte ihr die Mittel zum Regieren, obgleich sie angeblich Gegnerin des agrarisch-moderisch-konservativen Regierungssystems ist. So herrscht bei dem Freisinn überall die Heuchelei.

Am 6. November 1906 schrieb der „Vorwärts“ über einige andere Fragen:

Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches war eine Gelegenheit gegeben, der Besindeklaberei ein Ende zu machen. Mit den Sozialdemokraten waren damals Zentrum und Polen in der Kommission bereit, das Ausnahmegesetz aufzuheben. Bei der entscheidenden Abstimmung der Kommission im März 1896 stimmten von 19 Mitgliedern 6 Ultramontane, 1 Pole und 2 Sozialdemokraten für die Beseitigung der Besindeordnungen,

die beiden freisinnigen Mitglieder der Kommission stimmten jedoch mit den Junkern dagegen und brachten die Reform dadurch zu Fall!

Ja sogar das Eintreten für die Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter erachtete der Freisinn für vereinbar mit den freisinnigen Prinzipien. Als im anhaltischen Landtag der freisinnig-volksparteiliche Abgeordnete Jermer für ein Gesetz eingetreten war, das die Bestrafung des Kontraktbruchs forderte, und als er deshalb Angriffe erfuhr, wandte er sich um Rat an die offizielle Parteileitung in Berlin. Der Geschäftsführer schrieb ihm darauf wörtlich wie folgt:

„Sehr geehrter Herr! Für die Zugehörigkeit zur Freisinnigen Volkspartei ist die Anerkennung des Nürnberger Parteiprogramms von 1897 maßgebend. Ueber die Frage der Bestrafung des Kontraktbruchs ist in diesem Programm nichts enthalten, die Stellungnahme bei dieser Frage also nicht maßgebend für die Zugehörigkeit zur Partei. Ergebenst Dr. Müller-Sagan.“

So sieht der Freisinn aus, wenn man ihm das zerklüftete Mäntelchen wohlfeiler demagogischer Redensarten von den Schultern reiht!

Auch der Name Mugdan sagt genug. Wie speziell der Berliner Freisinn sich in allen sozialreformistischen Fragen, die die Stadt betreffen, benommen hat, brauchen wir den Lesern des „Vorwärts“ nicht erst auseinanderzusetzen.

Aber auch die Gesamtinteressen der Gemeinde hat er auf schwerste geschädigt. Die Eingemeindungsfrage, d. h. die Gründung eines Groß-Berlin, ist nur durch sein kurzichtiges, engherziges Verhalten ein für alle Mal unmöglich gemacht worden.

Die Straßenbahnen wären seit nahezu zehn Jahren Eigentum der Stadt, hätte nicht die freisinnige Mehrheit in der Stadtvertretung im Interesse privater kapitalistischer Ausbeutung gegen die Verstadtdichtung gestimmt.

Dieselbe kurzichtige und zugleich arbeiterfeindliche Haltung nimmt der Freisinn im Reichstage bei allen ersten sozialreformistischen Fragen ein. Bis vor wenig Jahren stand er noch gänzlich auf dem Randesierstandpunkte, bis die Furcht, auch den letzten Arbeiter aus seinen Reihen zu verlieren, ihn nötigte, sich etwas freundlicher zu verhalten.

Wer nach alledem noch für den Freisinn stimmt, sei er Arbeiter oder kleiner Mann, der ist mit unheilbarer geistiger Blindheit geschlagen.

Wahlkampf.

Wahlkreisgeometrie.

Zum deutschen Reichstage besteht zwar bekanntlich das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, leider aber nur auf dem Papier. Besonders die Gleichheit des Wahlrechts ist völlig illusorisch. Die Regierung hat sich ihrer verfassungsmäßigen Pflicht, die Einteilung der Wahlkreise so vorzunehmen, daß auf einen Wahlkreis 100 000 Einwohner kommen, im offenen Widerspruch zur Verfassung fortgesetzt entzogen und widerlegt. Die Folge davon ist die immer schreiender werdende Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung; die Stimmenzahlen der Parteien treten immer mehr in Disharmonie zu den Mandaten. Das wird am besten klar aus der folgenden Keimen Zusammenstellung. Es wurden 1903 bei der ersten ordentlichen Wahl

	abgegeben		gewählt	
	Zahl	in Proz. aller Stimmen	Zahl	in Proz. aller Abgeordneten
Konservative	948 448	10,0	54	13,6
Reichspartei	333 404	3,5	21	5,3
Nationalliberale	1 317 401	13,9	51	12,8
Freisinnige und Demokraten	872 653	9,2	38	9,1
Zentrum	1 875 273	19,7	100	25,2
Sozialdemokraten	3 010 771	31,7	81	20,4
Audere	1 137 638	12,0	54	13,6

Wie man sieht, kommen nur die Freisinnigen und Demokraten gerecht weg bei der Mandatsverteilung, die Nationalliberalen haben schon einen Verlust an Abgeordneten und die Sozialdemokraten verlieren am meisten Sitze durch die Wahlkreiseinteilung. Zentrum und Konservative gewinnen dagegen stark. Eine gerechte Verteilung der Reichstagsfrage unter die Parteien nach den Anteilen ihrer Stimmenzahlen ergäbe für die 1903er Wahl ein ganz anderes Bild; dann hätten erhalten: die Konservativen 40 (statt 54) Mandate, die Reichspartei 14 (statt 21), die Nationalliberalen 53 (statt 51), die Freisinnigen und Demokraten 38 (wie sie wirklich hatten), das Zentrum 78 (statt 100), die Sozialdemokraten aber 128 (statt 81) und die anderen Parteien 48 (statt 54).

Die jetzige Wahlkreiseinteilung bringt allein diese Ungerechtigkeiten zuwege; sie ließ 1903 zwar 40 803 Berliner konservativen Stimmen im Reichstage unvertreten, verschaffte den Konservativen aber dennoch 14 Mandate zu viel. Von den 55 782 Berliner freisinnigen Stimmen waren im Reichstage nur 4206, allerdings zu hoch vertreten, und dennoch gleich die Wahlkreisgeometrie für das Reich diesen enormen Verlust der Freisinnigen durch andere Ungerechtigkeiten wieder aus. Andererseits galt aber der Vertreter von Berlin VI mit 79 478 sozialdemokratischen Stimmen nur ebensoviel wie der in Schaumburg-Lippe mit 4552 Stimmen gewählte national-liberale Abgeordnete, obwohl er nur etwa den zwanzigsten Teil der Stimmenzahl jenes auf sich vereinigte!

Da seit der letzten Wahl die Bevölkerung in den industriellen Gegenden und von Großstädten weiter stark zugenommen hat, viel stärker als in den ländlichen Distrikten, so wird das Unrecht, das die veraltete Wahlkreiseinteilung schafft, immer größer!

Im Regierungsbezirk Merseburg

find unsere Genossen in allen Kreisen kräftig an der Arbeit. Auch in dem reichstreuen Eislebener und Mansfelder Kreise, dem früherer „Königreich Deutscher“, werden die Vergleite durch

Flugblätter aufgestellt. Natürlich arbeiten die Gegner dort mit Hochdruck, weil es ihnen zu sehr in die Knochen gefahren ist, daß unsere Stimmenzahl sich bei der vorigen Reichstagswahl enorm vermehrte. Sie arbeiten mit den Waffen der Saalabtreibung und Verleumdung. Unsere Agitationschriften werden aber von der Stadt- und Landbevölkerung mit Begeisterung angenommen. In den Kreisen Raumburg, Weichenfeld-Jetz und Delitzsch-Bitterfeld finden täglich Massenveranstaltungen statt. Die Gegner gestalten keine freie Diskussion und laden zu ihren Versammlungen nur alle „nationalgesinnten“ Wähler ein.

In Halle a. S. wollen die Mischmaschpartei am 7. Januar die erste Wählerversammlung abhalten, in der der freiständige Landtagsabgeordnete Schmidt, der von Antisemiten, Juden, Linksliberalen, Agrariern und Konservativen getadelt werden soll, sein Programm entwickeln will. Von unserer Partei fanden am Sonntag in zwei großen Sälen zwei überfüllte Versammlungen statt, in denen die Genossen Kanert und Wollenbührer Berlin referierten. Von den zahlreich anwesenden Gegnern meldete sich trotz Aufforderung zur Diskussion niemand zum Wort. In gemeiner Weise fällt die bürgerliche Presse über unsere Partei her. Auch die „Sozial-Zeitung“, die sich früher einmal demokratisch gebierte, spricht vor persönlichen Verunglimpfungen unseres Kandidaten nicht zurück. So schrieb sie auch jüngst, die Sozialdemokratie solle dafür sorgen, daß die Wahrheit nicht an die Wähler gelange. Das sozialdemokratische Wahlkomitee hat daraufhin den Kandidaten Schmidt in einem höflichen Anschreiben eingeladen, in einer Versammlung mit dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Kanert, über die Reichstagswahl zu diskutieren, damit die Wahrheit an den Tag komme. Obwohl es Herr Schmidt, der von sich behauptet, er sei demokratisch bis auf die Knochen, überlassen wurde, das Solol zu bestimmen und obwohl ihm freigestellt wurde, sich soviel Anhänger seiner Partei mitzubringen wie es ihm beliebt, lehnte er die Herr die Einladung ab. Das ist die Tapferkeit der „Nationalen“.

Im jüngeren Reuß

Sind die Mischmaschpartei mit einem de- und wehmütigen Wahlaufzuge an die Öffentlichkeit getreten, der die ganze Waschlappigkeit und Ohnmacht der bürgerlichen Parteien grell beleuchtet. Rat- und hallos jammern sie also:

Mitbürger! Lange genug haben wir es ertragen, daß der Vertreter unseres Fortschritts im Reichstage auf den Wanken der Singer, Nebel und Mehring sah.

Lange genug haben wir im Keinen ein Schauspiel geboten, wie es der Reichstag im großen Bot! Haben sich viele unter uns nicht überwinden können, persönliche Bedenken, engherzige Erwägungen, kleinliche Verstimlungen hinzuzufügen.

Der Jammer der edlen Seelen ist wirklich rührend. Nur ist es unerfindlich, wie gerade Genosse Mehring auf die Wände des Reichstages neben Singer und Nebel gekommen ist!

Baden-Sommer.

Der Mischmaschkandidat im Reuß-Weichenfeld-Raumburger Wahlkreis hat bereits seinen Namen erhalten: Baden-Sommer. In einer Wählerversammlung in Raumburg, wobei — nebenbei bemerkt — unser Kandidat des Kreises, Genosse Thiele, trotz langwieriger Verhandlungen nicht zu Worte kam, bezeichnete Herr Sommer die Abgeordneten der Sozialdemokratie wegen ihrer Stellungnahme in der Kolonialdebatte als Vöden. Flugs hat die Wählerschaft des Kreises den Ausdruck des Herrn Meisters — der seine Plann ist nämlich Jugendbildner — angenommen und „Buden-Sommer“ ist bereits zum geflügelten Wort geworden.

In der Provinz Posen

Ist von unseren Genossen für alle Kreise der Aufmarsch vollzogen. Ohne Ausnahme sind sozialdemokratische Kandidaten nominiert. Fast in allen Teilen der Provinz sind unsere Genossen mit dem Verteilen von Flugblättern beschäftigt. Soweit Lokale zur Verfügung stehen, wird der Kampf durch mündliche Propaganda verstärkt. Sie wird jedoch durch die ständige Saalabtreibung fast unmöglich gemacht. In Bromberg und Posen sind die Gastwirte durch den Druck der Polizei und Militärbehörden derart eingeschüchtert, daß den Sozialdemokraten kein Lokal zu Versammlungen gegeben wird. In Bromberg haben außerdem die Gegner das einzige den Sozialdemokraten zur Verfügung stehende Lokal angekauft. Nun wiegen sie sich in der sicheren Hoffnung, der Sozialdemokratie im Wahlkreis damit den Todesstoß versetzt zu haben. Hingezogen wurde, daß die Ohnmacht die Sozi zwingt, von der Aufstellung einer eigenen Kandidatur abzusehen und gleich bei der Hauptwahl für den polnischen Kandidaten einzutreten. Diese Lage gab dem Liberalismus und Freisinn — der im Kreise nicht unbeträchtlich vertreten ist — Grund zur Befriedigung, daß beim Zusammengehen der Polen und Sozialdemokraten die reaktionäre Vertretung im kommenden Reichstage gefährdet sei. Die Angst machte den Gelfreisinn und Liberalismus so keimig, daß sie durch ihre Führer Propaganda für die Kandidatur des freikonservativen Gafalisten v. Liedemann machten. Dieser, so meinten die Vöden, habe sich am besten in der Bekämpfung der Polen und Sozialdemokraten bewährt und ohne allein auch für dieses Mal den Sieg garantieren. Ein Unreaktionär und Polenfreier als würdiger Kandidat für Freisinn und Liberalismus! Weiter auf den Hund kann dieses würdige Schwefelpaar sicherlich nicht mehr kommen. Die Konservativen dachten nächster von ihrem bisherigen Vertreter. Sie ließen Liedemann einfach fallen und stellten den Landgerichtsrat Säulz auf, der das Versprechen abgab, im Falle der Wahl sich der Reichspartei anzuschließen. Die Führer der deutsch-konfessionellen Vereine wurden um ihre Zustimmung zu der Kandidatur erfragt, und nicht vergebens. Triumpphierend konnten die Reaktionäre berichten, daß auch die deutschen christlichen Arbeitervereine mit der Kandidatur Säulz einverstanden sind.

Unsere Genossen werden bis zum 25. eifrig zu arbeiten haben, auf daß die Polenfreier, Reichsparteier und Vöden ihre wohlverdiente Strafe erhalten.

Aus dem Wahlkreise Stolp-Rauenburg.

Die Aufstellung der Kandidaten des Kreises ist vollzogen. Es kandidieren: für die Konservativen, Bund der Landwirte und Antisemiten der bisherige Abgeordnete des Kreises Rauenburgsbesitzer Bill-Schwesin, für die Freisinnigen und Liberalen aller Schattierungen der Fabrikant Dr. Witte-Rostok und für unsere Partei Genosse Hermann Platon-Stolp. Unsere Partei eröffnete zuerst den Wahlkampf durch Flugblätterverteilung und zwei öffentliche Wählerveranstaltungen am 30. Dezember. Stadtv. Genosse Koyke-Berlin und unser Kandidat sprachen an diesem Tage nachmittags 3 Uhr in Stolp und abends 8 Uhr in Rauenburg. Während die erste Versammlung vor überfülltem Lokale stattfand, waren in Rauenburg nur circa 200 Personen erschienen. Es rührt dieses daher, daß Rauenburg noch niemals eine sozialdemokratische Versammlung erlebt hat und das amtliche Kreisblatt schon der erschreckten Bevölkerung von dem Unglück, den die Versammlungseinladungen dort angedreht haben, Mitteilung gemacht hat. Dem amtlichen Kreis- und Lokalblatt zufolge sind die Handzettel Ursache blutiger Messerstechereien und Aramalle gewesen. Trotzdem verließ diese erste Versammlung nichtbedeutenderer Wirkung und für die Anwesenden so anregend und belehrend, daß nach der Versammlung mehrere Anwesende den beiden Referenten ihren Dank abstatten für die belehrenden Vorträge.

Die konservativ Partei arbeitet mit Hochdruck. In den Dörfern spricht der im Reichstag stumme Kandidat Bill-Schwesin. Freiberger soll in Masse verteilt werden. Die konservativ Zeitung für Hinterpommern in Stolp kämpft jetzt für — Vödenrechte. Sie schreibt Nebel über den Verlust der rechtsstehenden Parteien, an Reichstagswahlrecht zu rütteln. Der Kandidat und bisherige Abgeordnete will zwar gerne den Staatsstreik, aber das eigene sich nicht für die aufgeregten Wähler und deshalb leitartikel die Zeitung auf eigene Weise. Liberalen, die partout den Kreis gewinnen wollen — wie gewöhnlich

— haben bis dato weder eine Versammlung, noch ein Flugblatt verteilten lassen. Während die Konservativen darauf verzichten, in Stolp öffentlich hervorzutreten — zu ihren Versammlungen ergeben Einladungen an die, die geladene werden — haben die Freisinnigen noch vor, ganz unbedingt öffentliche Versammlungen abzuhalten. Da wird man wohl das Vergnügen haben, Herrn Dr. Witte kennen zu lernen.

In Dammern, Kreis Stolp, sind am dritten Weihnachtstage unter unseren Genossen die Flugblätter vom Gemeindevorsteher unter Aufsicht des Genarman rechtswidrig und ohne Ursache beschlagnahmt worden. Was braucht sich ein konservativer hinterpommerscher Gemeindevorsteher auch an die Fehle zu halten, wenn die Sozialdemokratie in Betracht kommt! Hoffentlich erteilen die Genossen des Kreises am 25. d. M. den Junkern die richtige Antwort!

Den Kampf gegen zwei Fronten

proklamiert das Zentrum wie im übrigen Deutschland so auch in Hessen. Wie und von dort geschrieen wird, hat sich kurz vor Jahreschluss in Mainz das Landeskomitee der hessischen Zentrumspartei nach stundenlangen Debatten endlich zu einer einigermaßen klaren Stellung im jetzigen Wahlkampf durchgerungen. Schwer genug ist den schwarzen Herren geworden, galt es doch in der Hauptsache, sich zu entscheiden gegen diejenigen, mit denen man noch 1903 durch die und dann als vereinigte Ordnungsbünder gegangen war. Die maßgebenden Führer der jetzt von den früheren Bundesgenossen zu Reichsfeinden gestempelten Zentrumsgarde resoldierten sich dann schließlich dahin, daß man völlig einig sei in der unveränderten Stellungnahme und Gegnerschaft zur Sozialdemokratie, die diesmal keine Stimme vom Zentrum erhalten dürfe. Diefelbe Einmütigkeit befehlte aber auch die freitbaren Herren — wenigstens noch den in die Öffentlichkeit gelangten Versammlungsbekannt — gegen die Nationalliberalen. Der Kampf gegen diese Partei sei im Interesse der Verhinderung einer Blockmehrheit auf das dringende geboten und es dürfe diesmal unter keinen Umständen ein Nationalliberaler unterstützt werden, weder bei der Haupt- noch bei der Stichwahl. Das Zentrum könne nicht eine Partei unterstützen, die ausgezogen sei, das Zentrum zu vernichten. Es soll bei dieser Sitzung frische Stimmung und feste Zuversicht geherrscht haben, daß die Wahlkosten von den Nationalliberalen zu bezahlen sein würden. Man hofft den ehemaligen Bundesgenossen die Lust, das Zentrum zu töten, für eine gute Weile gründlich auszutreiben. Die nächste Zeit wird ja lehren, wie lange diese Kampfesstimmung bei den Schwagen vorhalten wird. Man wird dabei immer an das bekannte Wort erinnert vom Pap, das sich schlägt und wieder verzagt.

Im Wahlkreise Offenbach-Dieburg

Ist jetzt endlich die Situation völlig geklärt. Steuerdoktor Becker-Eppendlingen hatte aus „Gesundheitsrücksichten“ auf eine nochmalige Aufstellung als Kandidat der vereinigten Bürgerparteien verzichtet. (Er hat es aber doch fertig gebracht, in diesen Tagen in Oppenheim stundenlang unseren Genossen gegenüberzutreten und dabei die Kolosse zu behnden, die Nebelact so zu mißbrauchen, daß es unseren Genossen zur Unmöglichkeit wurde, ihm geblühend zu antworten und sie sich deshalb kurzerhand zum Schluß der Versammlung genötigt sahen.) An die Stelle des im Offenbacher Kreise so entlogungsvollen Dr. Becker ist nun als Kandidat der vereinigten Bürgerparteien diesmal — unter Ausschluß des Zentrums — Lehrer Dorn in Offenbach getreten. Sein bisheriges Auftreten gegen die Sozialdemokratie ganz im Stile Veders, sowie seine Fähigkeiten als Organisator der in den Landorten zur Bekämpfung der Sauptruppe gebildeten Bürgervereine haben ihn wohl vornehmlich zum Streiter gegen die rote Kotte qualifiziert. Auch das Zentrum hat diesmal einen Personalwechsel vorgenommen, indem es an Stelle des Stadtrechners Uebel-Dieburg den Arbeiterleiter Becker-Frankfurt a. M. aufstellte. Uebel kandidiert im Kreise Worms. Die Situation ist jetzt klar zum Geseht und unsere Genossen haben bisher schon in der Abhaltung von Versammlungen und dem Ausbau der Organisation alles Mögliche getan, so daß sie mit den besten Hoffnungen dem Ausgang des Kampfes entgegensehen. Auch ist die Stimmung überall eine solche, daß mit einer Entscheidung im ersten Wahlgang sicher gerechnet wird. Um die Scharte von 1903 glänzend auszuweichen, dazu werden auch die folgenden Wochen von den Genossen in anstrengtester Tätigkeit ausgenutzt werden.

Aus Baden

Schreibt man uns: Die nächsten Tage bringen wahrscheinlich den Abschluß der bürgerlichen Kandidatenlisten auf. Das Zentrum schloß am Sonntag ab. Bieweit dabei das konservative Element als stiller Geschäftsteilhaber in Betracht kommt, wird sich bald zeigen. Zweifellos gehen die Konservativen Badens dem liberalen Block durch und in die Zentrumsarmee, wo es sich um den Bund der Landwirte handelt. Die Triumpvirn des badiischen Blocks liegen nun wiederholt ihre endgültig hergestellte Harmonie verkünden und bekämpfen sich im Landtagswahlkreise Pörrach-Land nur noch zum Beweise, daß Freisinn und Nationalliberalismus unvertägliche Blocknaturen sind. Herr Dr. Friedr. Weill übernimmt es, den freisinnigen Anteil der badiischen Blockdividende am 25. Januar einzuzahlen als definitiver Kandidat im 10. Wahlkreise, Karlsruhe. Wenn es ihm gelänge, mit dem Sozialdemokraten Ged in die Stichwahl zu kommen, so würden sich zwei Sozialdemokraten aus den achtziger Jahren der schandgeschlichen Zeit gegenüber stehen. Im Zentrumslager ist neben der Rammbeimer noch die Pforzheimer Arbeiterkandidatur aufgetaucht durch die Ermüdung des Landtagsparadearbeiters Belzer gegen den Genossen Eichhorn. Man erwartet aber dort eine gemeinsame Kandidatur des Zentrums und der Konservativen in der Perion des konservativen Landtagsabgeordneten Gierich. Der Block zwingt den mandatsmilden Landtagsabgeordneten Wittum, seine abnehmende Haltung aufzugeben. Der Dien muß für den verstorbenen Harzer Schuler wird der Landtagsdirektor Wickenmayer (Zentrumsfraktion des Landtages) den dritten Wahlkreis im Sturm nehmen; die nicht so sichere Zentrumskandidatur im fünften Kreise (Freiburg) wurde behufs Rettung des Mittelstandes dem Bädermeister Hauser in Freiburg übertragen. Einen respektvollen Gegner findet der bisherige Zentrumsvertreter Duffner auf dem Schwarzwalde in der Perion des Volkshalters Weichhaar-Vonnedorf, der der Geschäftsnachfolger des früheren Abg. Jaller ist.

„Geistige Waffen“ des Zentrums.

Die „Rheinische Zeitung“ (Aöln) meldet aus Bonn: Bei der am Sonntag im Kreis Rheinbach vorgenommenen Flugblattverteilung wurde eine Anzahl unserer Genossen in Dberdreß bei Rheinbach in ganz brutaler Weise überfallen. Es wurden ihnen unter Aufsicht des Ortsvorsichters die Flugblätter gewaltsam entziffen; dem Begleitassistenten unserer Partei wurde das Kaffertuch und die Marken abgenommen und vor dem Hause des Ortsvorsichters verbrannt. Außerdem wurden unsere Genossen mißhandelt. Es ist sofort Strafantrag wegen Raub und Mißhandlung gegen die feigen Begeleiter gestellt worden.

Gegen Herrn Noeren

macht sich, wie die „Rheinische Zeitung“ berichtet, im Wahlkreise Saarburg-Perzig-Saarlouis, den er bisher im Reichstage vertreten hat, eine lebhafte Bewegung geltend. Eine große Anzahl angesehener Katholiken und bisherige Zentrumswähler trugen die Kandidatur dem Geh. Kommerzienrat René v. Voch aus Mettlach an, der sich in einer am 30. Dezember in Willingen entwickelten Programmrede zur Annahme derselben bereit erklärte. Herr v. Voch steht als überzeugungstreuer Katholik in kirchlichen Fragen auf dem Boden des Zentrums, erklärte jedoch, für berechnete und besohnene Regierungsforderungen rückhaltlos einzutreten zu wollen.

Wird Herr v. Voch noch bewilligungslustiger als das Zentrum sein? So was gibts ja gar nicht!

Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Wie in den anderen Wahlkreisen der Provinz Brandenburg, so hat auch im Wahlkreise Ost- und West-Sternberg die Wahlbewegung eingesetzt. Der Wahlkreis, der von 1871—1903 unangeführt durch die Konservativen vertreten war, ist in den letzten drei Jahren durch den Zwillingenbruder der Konservativen, den Antisemiten Freesehlich aus Potsdam vertreten worden. Für unsere Partei genossen ist die Arbeit eine ungeheuer schwierige, steht ihnen doch im ganzen Kreise nur in der Stadt Sonnenburg ein Saal zu Versammlungen zur Verfügung. Der Kandidat des Kreises, Genosse Freiwaldt-Pankow, ist gezwungen, den Antisemiten im eigenen Lager aufzusuchen, um überhaupt Gelegenheit zu haben, öffentlich aufzutreten. Von den Konservativen ist der Rittergutsbesitzer von Kaphengst-Kablitz, und von den liberalen Parteien in letzter Stunde der Lehrer Sparfeld-Schöneberg-Berlin aufgestellt. Wenn auch die Agitation nur unter den schwierigsten Verhältnissen möglich ist, so berechtigt die Situation doch zu den besten Erwartungen, sind doch ungefähr 2000 Schnitter und Bauhandwerker, die im Sommer auswärts beschäftigt sind, zurzeit im Kreise.

Wod ist abgehalftert!

Die Bedenkslichkeit der Kandidatur des biden Schwemministers a. D. ist seinen guten Freunden nun doch noch zum Bewußtsein gekommen. Die bürgerliche Presse meldet, daß in der Ostprignitz statt des Zippelministers der Sohn des bisherigen Mandatshabers, des kürzlich verstorbenen konservativen Rittergutsbesizers v. Dallwig, kandidieren wird.

Zammerichade! Unsere Genossen in der Ostprignitz freuten sich schon so sehr darauf, dem Fuzarengeneral einen kräftigen Marsch zu blasen, und nun ist ihnen die Freude verboden. Wod, der sonst immer zu spät „verdriffete“, hat sich diesmal ausnahmsweise zu früh mit der „Landskandidatur“ „vor den Bauch stoßen lassen“.

Reichtum und Armut.

Die Zahl der Erwerbstätigen in Preußen und ihrer Angehörigen, die ein Jahreseinkommen von weniger als 900 Mark

hatten, beträgt circa 65 Proz. Von je hundert Personen in Preußen besitzen also 65 ein Einkommen von weniger als 900 Mark.

Nehmen wir jedoch diejenigen Erwerbstätigen und ihre Angehörigen hinzu, welche ein Einkommen von 900—1500 M. pro Jahr besaßen, so ergibt sich, daß

88 1/2 Prozent,

von je 100 also mehr als 88 ein Einkommen besaßen, das 1500 M. nicht überstieg!

Sieben Viertel der Gesamtbevölkerung

gehören also dem Proletariate an!

Demgegenüber gab es in Preußen nach der amtlichen Statistik vom Jahre 1905 85 596 Jensten, die pro Kopf ein Jahreseinkommen von circa

7500 M.

besaßen. Ferner 70 943 Jensten, die pro Kopf ein Jahreseinkommen von circa

15 500 M.

besaßen. Weiter 14 374 Jensten mit einem Jahreseinkommen von rund

50 000 M.

pro Kopf. Endlich 2859 Jensten mit einem Jahreseinkommen von rund

250 000 M.

pro Kopf! — Die 88 000 reichsten Leute in Preußen besaßen zusammen

2500 Millionen Mark Jahreseinkommen,

während das Gesamt-Jahreseinkommen der 2 134 000 Jensten mit 900—1200 M. nur

2200 Millionen Mark!

betrug!

Die Zahl der mehrfachen Millionäre, also derer, die mehr als 100 000 M. Jahreseinkommen besaßen, betrug

1892	1905
1659	2859

Die Zahl der Multimillionäre mit einem Jahreseinkommen von mehr als einer Million wuchs in Preußen von 31 im Jahre 1892 auf 57 im Jahre 1905!

Jeder Wähler sollte auch diese Zahlen überdenken!

Herr Matthias Erzberger und die Wirtschaftspolitik des Zentrums.

In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ haben wir die Verlogenheit des vom Reichverband gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen Handbuchs für nichtsozialdemokratische Wähler gekennzeichnet. Genau auf gleicher Stufe der Leistungsfähigkeit steht das von dem bisherigen jüngsten Abgeordneten der Zentrumsfraktion des Reichstages, Herrn Matthias Erzberger, herausgegebene Wahlhandbuch „Die Zentrums-politik im Reichstage“. An innerer Unwahrschaffigkeit übertrifft vielleicht das Erzbergerische Handbuch das Geschreibsel der schriftstellerischen Größen des Reichsverbandes noch um ein beträchtliches, wenn es auch im ganzen jene allzu durchsichtigen Fälschungstreis des reichsverbändlerischen Machwerks vermeidet und beweist, daß sein Verfasser mit Erfolg in Freiburg jehuitische Kollust studiert hat. Wer nach Material für die Beurteilung der jehuitischen Argumentationsweise sucht, dem kann das Erzbergerische Wahlhandbuch als Lesüre empfohlen werden.

Ein Musterbeispiel für das Gefagte liefert der erste Abschnitt des Kapitels über die Tätigkeit des Zentrums auf volkswirtschaftlichem Gebiet, in welchem Herr Erzberger die Wirkung des neuen Zolltarifes auf die Preisbewegung der Lebensmittel behandelt. Da auch die katholischen Arbeiter, die in naiver Selbsttäuschung noch immer eine Vertretung ihrer Interessen bei der Zentrumsfraktion zu finden glauben, die Lebensmittelvertuierung verpönnen, so soweit sie politisch zu denken vermögen, auf die Agrar- und Zollpolitik des Zentrums nicht gut zu sprechen sind, galt es, ihnen um jeden Preis durch statistische Rechenaufstellungen zu beweisen, daß die vom Zentrum gemeinsam mit den konservativen betriebene Wirtschaftspolitik bisher durchaus nicht die Getreide- und Fleischpreise gesteigert hat. Herr Matthias Erzberger liefert diese Beweisführung in folgenden Zeilen:

„Die Bestimmungen der Freihändler und Sozialdemokraten über die Wirkungen der neuen Handelsverträge sind alleamt nicht eingetreten; die Industrie hat derzeit eine Hochkonjunktur wie nie zuvor! Die Phrase vom „Drotwucher“ ist schmählich zu schanden

geworden; trotz der Erhöhung der Getreide- und Weizenpreise ist das Brot nicht teurer geworden. Was aber die Vieh- und Fleischpreise betrifft, so ist die derzeitige Fleischsteuerung nicht auf diese zurückzuführen. England hat keinen Zoll; aber Anfangs Oktober kostete in London das Schweinefleisch 90 M. pro 50 Kilogramm; in Berlin notierte zu derselben Zeit das Schweinefleisch mit nur 70 M. Und England ist zollfrei; von allen Ländern kann es Zufuhr erhalten! Paris notierte am 24. September für 100 Kilogramm Schweinefleisch 138 M., Berlin 118 M. Die Zollbelastung pro Kopf betreuend Fleisch betrug im Jahre 1905 bei uns nur 14 Pf.; betreffend Vieh nur 6 Pf. Die gesamte Zollbelastung also pro Kopf 20 Pf. im Jahre! Die indirekte Belastung an Zöllen und Verbrauchssteuern anderer Artikel ist weit erheblicher, z. B. für Salz 80 Pf., für Tabak 1,17 M., für Bier 1,30 M., für Zucker 2,02 M., für Branntwein 2,34 M., für 20 Pf. Zoll für Fleischkonsum hat bis 1. März 1906 das Deutsche Reich vom Kopfe der Bevölkerung im Jahre erhoben; da ist es jedermann einleuchtend, daß eine Aufhebung der Zölle keinen Einfluß auf den Fleischpreis ausüben dürfte!

Sehen wir uns diese Veranschaulichung des Zentrumsbuches etwas näher an. Herr Erzberger behauptet, trotz der Getreide- und Weizenpreise sei das Brot nicht teurer geworden. Das ist infolgedessen nicht unrichtig, als das Zehnpennigbrot noch immer 10 Pfennige, das Fünfzigpennigbrot noch immer 50 Pfennige kostet. Anders aber stellt sich die Sache, wenn man untersucht, ob das Fünfzigpennigbrot noch das gleiche Gewicht hat wie vor Jahren und ob das Mehl von gleicher Güte ist. Tatsächlich sind die Getreide- wie die Weizenpreise infolge der Zollerhöhungen beträchtlich gestiegen. Zwar nicht, wenn man den Preisstand des Dezembers 1905 mit dem des letzten Monats vergleicht, denn im Winter 1905/06 stand das Getreide infolge besonderer Ernte- und Marktverhältnisse ausnahmsweise hoch im Preise; vergleicht man aber den Preis des letzten Monats mit dem Durchschnittspreis der Jahre 1900 bis 1904, dann ergibt sich, daß der Weizen etwa pro Tonne 15 M., der Roggen 24 M. höher steht.

Zudem aber verschleibt Herr Erzberger, um seine Leser zu täuschen, die ganze Streiffrage. Es ist von der Sozialdemokratie gar nicht behauptet worden, daß nach dem Inkrafttreten der Zollerhöhung der Preis zu jeder Zeit höher stehen muß als vor der Zollerhöhung, denn selbstverständlich hängt der Preis nicht nur von der Höhe ab, sondern auch von den in- und ausländischen Ernterergebnissen. Die Sozialdemokratie hat lediglich behauptet, daß der Getreidepreis durch die Zollerhöhungen auf dem deutschen Markt um so viel über den Weltmarktpreis gesteigert wird, als der Vertragszollfuß beträgt, und diese Voraussetzung ist, wie wir erst kürzlich (Leitartikel der Nummer vom 23. Dezember) nachgewiesen haben, völlig eingetroffen. Die Weizenpreise auf den zollfreien Getreidemärkten Liverpool, London, Antwerpen, Amsterdam stehen heute um circa 45 bis 60 Mark, das heißt um 35 bis 45 Proz. niedriger, als auf den Getreidemärkten Westdeutschlands.

Die Steigerung der Fleischpreise kann Herr Matthias Erzberger nicht so ohne weiteres ableugnen, denn jede Hausfrau weiß, daß sie heute mehr bezahlen muß als früher. Er hilft sich deshalb mit der Ausrede, die Fleischsteuerung sei auf andere Ursachen zurückzuführen, und verweist auf Londoner und Pariser Preise. Diese Preise sind jedoch, wie wir hiermit konstatieren, teils erfunden, teils gefälscht. Im Oktober, behauptet Herr Erzberger, hätte das Schweinefleisch in London 90 Pf. pro Pfund gekostet. Das ist schamlos gefälscht. Wir haben die amtlichen Notierungen des für London maßgebenden Zentralfleischmarktes von Smithfield vor uns und konstatieren danach, daß im Oktober allerbestes englisches Schweinefleisch in London 67/8 bis 7/8 Pence pro englisches Pfund kostete, d. h. pro deutsches Pfund 65 bis 70 Pf. Schweinefleisch 2. Qualität kostete 55 bis 60 Pf. und holländisches Schweinefleisch gar nur 50 bis 55 Pf. pro deutsches Pfund. Ebenso ist es frivol erfinden, daß in Berlin Schweinefleisch im Oktober nur 70 M. pro Zentner gekostet haben soll. Herr Erzberger leistet sich als gewandter Zentrumsmann den Schwindel, die Schweinepreise auf dem städtischen Schlachtviehmarkt in Berlin, d. h. die Preise für lebendes Vieh (unter Abzug von 20 Proz. Tara) mit den Fleischpreisen des Kleinhandels gleichzustellen.

Von gleichem Wert ist die Angabe, in Paris hätten am 24. September 100 Kilogramm Schweinefleisch 138 M., in Berlin nur 118 M. gekostet. Entweder schwangt Herr Erzberger ohne jegliche Kenntnis der Materie blindlings darauf los, oder er hält nach jesuitischem Grundsatze im Interesse seiner „guten Sache“ jede Fälschung seiner Leser für erlaubt. Der genannte Preis in Paris versteht sich nämlich für reines Fleischgewicht, und zwar für Fleisch erster Qualität, der Berliner Preis dagegen für Lebendgewicht mit Tara, und zwar für Schweine dritter Qualität; die Mittelware kostete 139 Mark. Außerdem aber kommt hinzu, daß Schweinefleisch in Paris um jene Zeit ziemlich hoch im Preise stand, dagegen war während des ganzen Sommers und Herbstes in Paris Rindfleisch durchschnittlich um 30 bis 35 Proz. billiger zu haben als in Berlin.

Das Unverschämteste leistet sich Herr Matthias Erzberger aber, indem er die Zollbelastung des Fleisches auf jährlich 20 Pf. pro Kopf berechnet und damit die Verbrauchssteuererträge für Salz, Tabak, Bier usw. vergleicht. Siderlich, wenn man den Ertrag, den das Deutsche Reich aus den Vieh- und Fleischzöllen einnimmt, auf den Kopf der Bevölkerung verteilt, dann stimmt ungefähr Herrn Erzbergers schöne Rechnung. Die Sache ist nur, daß der deutsche Fleischkonsum nicht nur diesen Betrag zu zahlen hat, sondern daß auch das im Inland produzierte Fleisch um den Zollfuß verteuert wird; und dieser Zollfuß beträgt 13 1/2 Pf. pro Pfund. Doch selbst dieser Sachdruck nicht die ganze Verteuerung des Fleisches durch die „arbeiterfeindliche“ Agrarpolitik des Zentrums aus. Denn außer dem Zoll übt natürlich auch die Grenzsperr ein verteuerns Einfluß auf die Fleischpreise aus, so daß tatsächlich die Verteuerung ungefähr 18 bis 20 Pf. pro Pfund beträgt.

Der Vergleich der sogenannten „Zollbelastung“ mit dem Ertrag der Verbrauchssteuern ist ein trivialer Trick, denn die Vieh- und Fleischzölle werden nur von dem in das Zollgebiet eingeführten Vieh und Fleisch erhoben, die Verbrauchssteuern hingegen von der gesamten im Inland hergestellten Verbrauchsmenge. Deshalb erscheinen die Verbrauchssteuern weit höher, obgleich sie den Konsum größtenteils nicht so schwer belasten, als die Vieh- und Fleischzölle mit Einschluß der Grenzsperr.

Die vorstehenden Proben genügen zur Charakteristik des Erzberger'schen Handbuchs. Es rechtfertigt, wie man sieht, in jeder Beziehung den schönen Zentrumsausspruch:

„Für Wahrheit, Freiheit und Recht!“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Januar 1907.

Konservativer Räder für den Freisinn.

Nachdem der Reichszentralrat Fürst Bülow in seinem Silvesterbrief den Freisinnigen einen Fußtritt versetzt hat, für den diese Lakaienlesen sich noch dazu gehorfsam bedanken, wirft der freikonservative Landtagsabgeordnete Frhr.

von Seiff einen Räder nach ihnen aus, um sie vollends einzufangen. Der bekannte Scharfmacher und Intrigant faßt im Sacherischen „Tag“ des langen und breiten über Reichspolitik und Landtag. Sein Artikel läuft im wesentlichen darauf hinaus, daß die Regierung sich bemühen soll, die Parteien, die am 13. Dezember so treu zu ihr gehalten haben, durch bestimmte Maßnahmen auf dem Gebiete der Landesgesetzgebung immer fester aneinanderzufügen. Die Regierung soll sich nicht durch Verzicht auf rechtzeitige Initiative den Feindesplan vorzeichnen lassen, sondern sich durch kräftige Offensive die Führung sichern. Allerdings soll sie dabei sehr vorsichtig zu Werke gehen und den liberalen Wünschen nicht allzusehr nachgeben, um nicht konservative und Agrarier zum Kampfe herauszufordern. „wo sie doch für den Erfolg des Wahlkampfes unentbehrlich sind.“ Deshalb soll die große Aktion sachlich tunlichst auf solche Fragen konzentriert werden, in denen Uebereinstimmung zwischen rechts und links besteht.

Welches sind nun nach Herrn v. Seiff diese Fragen? Einmal gewisse Punkte der Schulpolitik und zweitens die Frage der Fleischsteuerung.

Was zunächst die Schulpolitik betrifft, so hebt Frhr. v. Seiff rühmend die Uebereinstimmung von rechts und links u. a. in bezug auf die Mitwirkung von Organen der Selbstverwaltung sowie auf eine wirksame Reichskontrolle hervor. Das klingt wie Hohn angefaßt der Tatsache, daß die Mehrheit des Landtags eben noch gegen den heftigen Widerspruch der freisinnigen Parteien der Selbstverwaltung einen schweren Satz versetzt hat! Man erinnere sich daran, daß die Landtagsmehrheit das Bestätigungsrecht der Mitglieder der Schuldeputation, das die Regierung sich bisher angemacht hatte, durch das Verfassungsgesetz gesetzlich festgelegt hat. Man erinnere sich ferner daran, welchen Sturm im freisinnigen Blätterwilde eben noch die Nichtbestätigung des liberalen Stadtverordneten Dr. Penzig aus Charlottenburg hervorgerufen hat, und man urteile selbst, ob die Freisinnigen ohne eine weitere Verletzung ihrer Grundzüge auf den ihnen von Herrn v. Seiff hingeworfenen Räder anbeißten können!

Eine andere Verührungsart zwischen rechts und links ist die Frage der Revision des Lehrerbeförderungsgesetzes. Aber gerade in dieser Frage gibt es zwischen rechts und links ganz erhebliche Gegenätze. Ist doch im Jahre 1896 der Entwurf eines Lehrerbeförderungsgesetzes hauptsächlich an dem Widerstand der Konservativen im Herrenhause gescheitert, die von höheren Zuwendungen an die Volksschullehrer überhaupt nichts wissen wollten! Der Entwurf von 1897 gelangte allerdings in beiden Häusern zur Annahme, im Abgeordnetenhaus mit allen gegen die des jetzigen Präsidenten v. Kröner. Aber der schließlichen Annahme waren heftige Debatten vorausgegangen, in denen die gegenteiligen Anschauungen der Liberalen und der Konservativen oft in recht drastischer Form zum Ausdruck kamen. Weng irgendwo, so herrscht in allen Schulfragen Uebereinstimmung zwischen Konservativen und Zentrum, nicht aber zwischen Konservativen und Liberalen. Das gilt u. a. auch für die Schulaufsicht, in der Frhr. v. Seiff gleichfalls einen Verührungspunkt zwischen rechts und links erblickt. Die Konservativen, das Zentrum und die Polen sind entschiedene Anhänger der geistlichen Schulaufsicht, während Nationalliberale, Freisinnige und Freikonservative für die weltliche Schulaufsicht schwärmen.

Und nun gar die Frage der Fleischsteuerung! Herr v. Seiff glaubt, alle Parteien des Landtages würden bereit sein, infolge der Fleischsteuerung endlich eine allgemeine Erhöhung der Bezüge der gering besoldeten Beamten vorzunehmen. So einfach ist auch das nicht. Wird diese Frage aufgerollt, dann müßten die Freisinnigen in erster Linie Maßnahmen zur Verringerung der Fleischsteuerung fordern, und darin würden ihnen die Konservativen die heftigste Opposition machen. Und ob sich die Regierung zu einer Erhöhung der Beamtengehälter bewegen läßt, ist nach ihren wiederholten Erklärungen, daß die Revision abgeschlossen sei, mindestens zweifelhaft. Möglich, daß bei der Etatsberatung im Abgeordnetenhaus alle Parteien schöne Worte für die Beamten übrig haben, um sie bei den Reichstagswahlen für sich einzufangen, aber bei Worten wird es bleiben, Taten werden ihnen nicht folgen!

Wir halten es keineswegs für ausgeschlossen, daß der Freisinn den Vorzügen des Herrn v. Seiff folgt und sich durch die Aussicht auf Wahlhilfe der Herren von rechts zu immer weiterem Verzicht auf seine programmatischen Forderungen verleiten läßt. Es wäre ein herrliches Bild, das ganz in unsere politisch zerfahrene Situation hineinpaßt, den Freisinn im Landtage Arm in Arm mit den Konservativen in wichtigen Kulturfragen marschieren zu sehen. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie bekanntlich mit Blindheit. So rennt auch der Freisinn blindlings in sein Verderben, wenn er den Lockungen des edlen Octavio von Seiff folgt. Wir wären die letzten, die ihn daran hindern würden, denn wir sind es, die in letzter Linie den Vorteil von dem widernatürlichen Bündnis zwischen Freisinn und Konservativen haben!

Der Gipfel freisinniger Niedertracht.

Eugen Richter ist gestorben, Herr Müller-Sagan befindet sich im Sanatorium, so daß jetzt die Herren Köhler und Wiemer in dem führenden Organ der freisinnigen Volkspartei, der „Freisinnigen Zeitung“, das Diktiersepter führen. Der wiederholte Wechsel in der Redaktionsleitung hat jedoch nur dazu geführt, daß das Blatt, das seit Alters den wohlverdienten Ruf des unanständigsten aller politischen Blätter genöß, womöglich noch unanständiger geworden ist. Seine neueste Infamie sei hiermit festgenagelt.

Jüngst ein Aufruf des Reichsverbandes hatte unlängst die Fälligkeit in die Presse lanciert, Webel habe auf dem Münchener Parteitag die Landwirte durch folgende Reuherung beschimpft:

„Es bewahrheitet sich hier wieder einmal, daß es keine egoistischer, rücksichtsloser und brutalere, aber auch keine bornierterer Klasse gibt als unsere Bauern.“

Demgegenüber wurde sofort von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß dies Zitat infam gefälscht ist, da Webel nach dem Protokoll des Münchener Parteitages gesagt hat:

„Es bewahrheitet sich wieder einmal, daß es keine egoistischer, rücksichtsloser und brutalere, aber auch keine bornierterer Klasse gibt als unsere Agrarier.“

Was tut nun die „Freisinnige Zeitung“? Sie hält an der Behauptung fest, daß Webel die Landwirte beschimpft habe. Zwar habe es mit der Fälschung des Wortes „Agrarier“ in „Bauern“ keine Wichtigkeit, allein Webel habe in seiner damaligen Rede von den deutschen Landwirten im allgemeinen gesprochen, er habe ausgesprochen, daß in der Zollfrage „schlechte Ragnat oder polnische Schlachtvieh, westpreussischer Bauer oder christlicher Bauernvereiner am Rhein und in Süddeutschland“

sich einzig seien: „da ist alles dieselbe Couleur“. Folglich — habe Webel die Landwirte im allgemeinen „beschimpft“!

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ so etwas schreibt, so wäre es ja zwar immer noch eine Fälschung, aber ihr heiligste eben der Zweck das Mittel. Daß aber das führende Blatt der freisinnigen Volkspartei die Bauern gegen Webel aufzubringen sucht, weil Webel die agrarische Volkswirtschaft als egoistisch, rücksichtslos und brutal bezeichnet hat, das ist denn doch der Gipfel politischer Schamlosigkeit!

Wir brauchen nur Eugen Richters Politisches ABC-Buch für 1906 aufzuschlagen, um dort auf Seiten 238 ff. die agrarische Volkspolitik wenn nicht mit Webel's Worten, so doch ganz im Sinne Webel's als egoistisch und gemeinschädlich gebrandmarkt zu finden. Nicht nur werde die industrielle Bevölkerung auf schwerste durch den Getreidezoll belastet, der nach den Absichten der Zollvorlage für die vier- bis fünfköpfige Familie eine Belastung von 57,50 M. pro Jahr bedeute, sondern auch die ganze Landarbeiterschaft sowie die kleinen Landwirte hätten nicht den geringsten Vorteil von dem Getreidezoll, der von den 18 Millionen der Landbevölkerung nur etwa 2 1/2 Millionen Vorteil bringe. Ebenso wird das agrarische System der Fleischzölle und Grenzsperrn beurteilt, und weil Webel in demselben Jahre mit anderen Worten dasselbe gesagt, hat er nach der Debatte der wiesbadener Eugen Richterschen Freisinnblätter die Landwirte „beschimpft“!

Aber der Freisinn duldet ja die Kunst der Agrarier! Dazu ist ihm jedes Mittel, auch die schimpflichste Selbstentehrung recht! Derselbe Freisinn, der die Volkswirtschaft allein durch den Getreidezoll auf viele Hunderte von Millionen jährlich bezifferte, kämpft ja jetzt gemeinsam mit den agrarischen Volkswirtschaftlern gegen das durch den Zollwucher am schwersten ausgebeutete Proletariat!

Pfui Teufel! Aber solche politische Verlotterung!

Deutsches Reich.

Lügenpad:

Das „Reich“ druckt aus unserem in der gestrigen Nummer wiedergegebenen Wahlprogramm den Passus ab, der von den Zielen der sozialdemokratischen Bewegung handelt; von der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische. Dann bemerkt es treffend dazu, daß selbst dann, wenn dieses Ziel richtig wäre, ein so umfassendes Programm nie mit einem Schlag verwirklicht werden könne. Daß das in unserem Wahlprogramm selbst gesagt worden war, daß mit dieser Begründung die lange Reihe der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen eingeleitet wurde, unterschlägt die wahrheitsliebende „nationale Tageszeitung für soziale Reform“ ihren Lesern!

Diese Unterschlagung übertrumpft das Blatt aber gleich darauf durch eine faulstidige und obenreißende dumme Lüge. Es behauptet nämlich, daß die Sozialdemokratie jedesmal dann, wenn durch die Ausdehnung der Gemeinwirtschaft auf Kosten der Einzelwirtschaft ein politischer Schritt nach der Richtung des Sozialismus getan werden sollte, die Sozialdemokratie versagt habe. So sei die Verkäuflichkeit der Sozialdemokratie in Berlin von Singer und Genossen direkt hintertrieben worden!

Und eine solch blödsinnige Lüge wagt ein in Berlin erscheinendes Blatt seinen Lesern aufzutischen! Für welche Trümpfe muß es seine Leser halten, daß es ihnen solch frechen Schwindel vorzusetzen wagt. —

Ein Zentrumsurteil über Arbeiterkandidaturen.

Die in Berlin im Germania-Verlag erscheinende ultramontane „Märkische Volkszeitung“, ein Ableger der „Germania“, macht sich in einer Konzession über den famosen nationalliberalen Arbeiterkandidaten Christoph Jung lustig, der unlängst zu seiner Empfehlung erklärte, er sei nicht ein „Arbeiter“, sondern ein „wirklicher Arbeiter“, der nach Schluß der Reichstagsession wieder in die Werkstätte zurückkehren werde. Das Zentrumsblatt sagt wörtlich:

Wahrscheinlich wird der Probe in seiner unerhöflichen Naivität überhaupt der Werkstätte nicht den Rücken kehren zu brauchen. Im übrigen vertritt aber diese seine Vereinerung eine grenzenlose Unkenntnis der parlamentarischen Verhältnisse. Ein Parlamentarier, der in der vorgeschriebenen Position eines Arbeitervertreters im Parlament tätig sein will, wird dieser Arbeit seine ganze Kraft jahraus jahrein zu widmen haben. Abgeordnete, die das nicht tun, werden niemals etwas anderes, als Paradeputzen sein können.“

Früher urteilte das Zentrum anders. Früher machte es den unehrlichen Schwab von den Arbeiterführern, die sich als Parlamentarier oder Beamte von Arbeitergruppen machten, munter mit. Heute, wo die christlichen Arbeiterorganisationen selbst einen so zahlreichen Stab von Beamten unterhalten, ist das Zentrum geworden, der Wahrheit die Ehre zu geben. Uebrigens sollte man sich diese Aeußerungen merken, wenn es später einmal wieder dem Zentrum einfallen sollte, in seine ible Gewohnheit von ebendem zurückzufallen. —

Gegen den Abgeordneten Kerstan ist, wie telegraphisch aus Rationow gemeldet wird, von der Staatsanwaltschaft ein gerichtliches Ermittlungsverfahren anhängig gemacht worden, weil er einen Beamten der fiskalischen Bergverwaltung veranlaßt haben soll, vertrauliche Akten herauszugeben, deren Inhalt er im Reichstag denükt. In dem einen Fall handelt es sich um eine amtliche Lohnzettel der oberösterreichischen Bergarbeiter, auf die er sich bei der Fleischnotbehalte stützte, im anderen Falle um angebliche Abmachungen des Fiskus mit der Kohlenbergbau-Werke. Seine Vernehmung wie die einzelner Zeugen fand vorgestern vor dem Untersuchungsrichter statt.

Die Meldung erscheint recht seltsam. Die amtliche Statistik über die Löhne der oberösterreichischen Bergarbeiter, die regelmäßig in den Vierteljahrsheften der Statistik des Deutschen Reichs veröffentlicht wird, ist doch kein „vertrauliches Aktenstück“. —

Politische Forderungen der Hirsch-Dunderschen.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wollen nach der Meldung freisinniger Blätter zu Pfingsten einen Verbandstag abhalten, auf dem ein neues Programm aufgestellt werden soll. In diesem Programm sollen auch bestimmte politische Forderungen niedergelegt werden. So die Forderung eines größeren Einflusses auf alle öffentlichen Angelegenheiten des Staates und der Gemeinden. Die Hirsch-Dunderschen verlangen eine gründliche Reform des Wahlrechts in den Einzelstaaten und Gemeinden, insbesondere Aufhebung der Klassenwahl in der öffentlichen Abstimmung, sowie Verringerung aller Vorrechte der Hausbesitzer.

Den Hirsch-Dunderschen Arbeitern kann es unmöglich unbekannt geblieben sein, daß der Freisinn bei den Forderungen für diese politischen Forderungen nicht eintritt, daß er speziell ein Gegner des gleichen kommunalen Wahlrechts ist. In unserem heutigen Leitartikel findet sich darüber das Nähere. Wenn also die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften trotzdem bei der Wahl für freisinnige Kandidaten eintreten, so schlagen sie damit ihren eigenen Forderungen ins Gesicht! —

Eine blutige Silvesterfeier in der Kaserne.

Wischen Soldaten der Artillerieregiment Nr. 13 und 51 in Straßburg kam es am Silvesterabend in der Kantine zu Hänfereien darüber, welches von beiden das schönste Regiment sei. Die Ungezogenheit der Soldaten arteten die Hänfereien bald in Streitereien und Tätlichkeiten aus, bei denen auch das Messer seine traurige Rolle spielte. Ein Soldat erhielt einen Stich in die Wange, ein anderer ins Schulterblatt und ein dritter Unbeteiligter wurde so tief in die Brust und die Lunge gestochen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Ein Sergeant, der Frieden stiften wollte, wurde ebenfalls mit dem Messer bedroht. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet. Die Regimentsbehörden suchen den Vorfall möglichst zu verheimlichen.

Die Soldaten erwarten schwere Strafe. Sind aber andere Resultate bei jungen Leuten zu erwarten, die in einem System aufwachsen, das ihnen lehr, Meinungsverschiedenheiten zwischen Vorgesetzten mit Blut auszufechten. Zur Erziehung gefitteter Menschen ist der Militarismus jedenfalls nicht geeignet.

Unentwegt freisinnig.

Die Blätter der freisinnigen Vereinigung zeichnen sich wahrhaftig weber durch heroische Prinzipienvertretung noch durch politische Genialität aus. Aber selbst an einem Rosenblatt gemessen erscheinen die Blätter der freisinnigen Volkspartei, die „Freisinnige Zeitung“ und die „Breslauer Zeitung“ von einer wahrhaft übermenschlichen Treuehaftigkeit und Besinnungslumperei. So meint die „Breslauer Zeitung“ in einer Besprechung des famosen Bülow-Manifestes, daß es nicht an liberalen Politikern fehlen werde — sie stellen sich bereits ein — die zwar den Entschluß des Kanzlers, von dem Druck der Herrschaft loszukommen, lobten und ihm zu helfen bereit seien, die die Hälfte aber an Bedingungen knüpften, die „einfach unerfüllbar“ seien:

„Da wird der Kanzler geabelt, daß er dem Schutzpol nicht den Krieg ankündigt, daß er in kulturellen Fragen kein liberales Zugeständnis macht, daß von konstitutionellen Garantien keine Rede ist. Angenommen, der Reichskanzler verspräche so eine Art Erfüllung des freisinnigen Programmes, glaubt man im Ernst, er würde bei den Wahlen eine Mehrheit erringen, die ihm seine Durchführung ermöglicht? Wir denken von der Werkkraft des entschiedenen Liberalismus ganz gewiß nicht gering, aber gegen den Terrorismus und die Strupplosigkeit sozialdemokratischer Agitation kommt er nicht an. Es ist illiberal, von einem Staatsmann ein genau umschriebenes Programm zu verlangen, wenn die Wahlen ihm erst die Mehrheit schaffen sollen, auf die er sich stützen möchte. Was der Kanzler als sein nächstes Ziel aufstellt: Los von der Herrschaft des Zentrums! Los von einer parlamentarischen Konstellation, die es dem Zentrum ermöglicht, jederzeit mit Polen und Sozialdemokraten Lebensforderungen des Staates zu vereiteln — das muß den Wählern einstweilen genügen. Das weitere findet sich schon von selbst.“

Und so weiter mit Grazie. Daß es freisinnige geben würde, die ihn geradezu dafür loben würden, daß er nicht die geringsten liberalen Konzessionen in Aussicht stellte, wird sich selbst ein Bülow schwerlich haben träumen lassen! So jammervoll benahm sich selbst der Nationalliberalismus nicht in den Tagen seiner kläglichsten Erniedrigung!

Ausland.

Italien.

Die Furcht vor der Wahrheit.

Rom, 4. Januar. (B. Z. B.) „L'Espresso Romano“ veröffentlicht folgende Note:

Wie es heißt, will die französische Regierung einen Teil der in dem Gebäude der Nuntiatur in Paris am 11. Dezember d. J. beschlagnahmten Schriftstücke, und zwar inbetriff bestimmter Persönlichkeiten, veröffentlicht. Der heilige Stuhl erklärt hierzu, daß er schon jetzt jede Verantwortlichkeit für diese Veröffentlichung ablehnt und es denjenigen Persönlichkeiten, die sich dadurch verlebt fühlen sollten, überläßt, geeignete Schritte zur Wahrung ihrer Rechte zu tun.

„L'Espresso Romano“ weist darauf hin, daß bei der Beschlagnahme keine Inventarisierung der beschlagnahmten Schriftstücke stattgefunden hat.

Spanien.

Sehr gut! M. T. B. meldet vom 4. Jan. aus Madrid: Der Minister des Innern hat bestimmt, daß sich die Gendarmerie künftig bei der Unterdrückung von Ruhestörungen innerhalb der Städte eines Gewehres von geringer Tragweite bedienen soll.

Soziales.

Glück beim Arbeitererfolg.

Wiederholt ist im Reichstag und in der Presse von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite hervorgehoben, welches schweres Unrecht den in Betriebe Verletzten durch die ausnahmsrechtliche Vorschrift des § 135 des Gewerbe-Unfallgesetzes zugefügt wird. Dieser (dem alten § 26) entsprechende Paragraph schließt, wiewohl die Unfallrente höchstens 3/5 des wirklichen Schadensersatzes ausmacht, jeden Erstattungsanspruch der Verletzten gegen den Betriebsunternehmer, dessen Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher, abgesehen von den Fällen vorläufiger Unfallherbeiführung, aus. Danach ist der im besten Fall dem Arbeiter gemachte Schadensersatz stets um mindestens 2/5 niedriger als z. B. der einem Passanten zu gemähernde Schaden, der bei demselben durch Fahrlässigkeit des Unternehmers herbeigeführten Unglück in gleicher Weise wie der Arbeiter verletzt wird. Dies gegen die Arbeiter gerichtete Ausnahmefreiheit loben Unternehmer und die bürgerlichen Parteien — so auch natürlich das Handbuch des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie (S. 303/304) — über das Schellenhaus.

Ganz ausnahmsweise kann der verletzte Arbeiter die Differenz zwischen seinem wirklichen Schaden und der schmalen Unfallrente geltend machen. Das Glück im Unglück hatte der Rauer S., dessen Schadensersatzanspruch dieser Tage vom Reichsgericht entschieden wurde.

Die Amberger Kautlinwerke G. m. b. H. in Hirschau ließen im Jahre 1902 ein Fabrikgebäude aufzuführen. In dem Bauplan wurde nach dessen polizeilicher Genehmigung durch den Geschäftsführer der Kautlinwerke bei der westlichen Umfassungsmauer für eine Seilbahn eine mit einem sogenannten Entlastungsbogen überspannte Deckung eingezeichnet und der so abgedeckte Bauplan dem Polier V. ausgedruckt, ohne daß ihn der Geschäftsführer dem betreffenden Bauunternehmer, dem Baumeister E., erst vorgelegt hatte. Als am 15. September 1902 das Holzgerüst, auf welchem der Entlastungsbogen errichtet worden war, entfernt wurde, stürzte die nordwestliche Ecke der Umfassungsmauer ein. Hierbei stürzte der Rauer S., der auf der nordwestlichen Mauer arbeitete, mit dem Rauerwerk in die Tiefe, wobei er schwere Verletzungen erlitt. Von der Berufsgenossenschaft wurde ihm eine Unfallrente zugewilligt. Im Januar 1904 erhob er gegen die Amberger Kautlinwerke als Bauherrn Klage auf Zahlung der Differenz, um die er durch die ausnahmsrechtliche Vorschrift der Unfallgesetzgebung gebracht war.

Das Landgericht beurteilte die Beklagte, an den Kläger zu zahlen, 1. 1000 M. Schmerzensgeld, 2. 135 M. für Wartung und Pflege, 3. 306,97 M. Verdienstentgang bis zum 1. Februar 1904, 4. eine jährliche Rente von 94,92 M. vom 1. Februar 1904 ab. Die Berufung der Beklagten gegen das Land-

gerichtliche Urteil wurde vom Oberlandesgericht Nürnberg zurückgewiesen. Dahingegen äußerte das Oberlandesgericht das Urteil auf die Anschlußberufung des Klägers dahin ab, daß es das zuerkannte Schmerzensgeld auf 1500 M. erhöhte. Das Oberlandesgericht hat festgestellt, daß der Geschäftsführer der Beklagten den eigenmächtig abgeänderten Bauplan dem Polier V. ausdrückte, ohne diesem den Auftrag zu geben, vor der Ausführung den Plan dem Bauunternehmer vorzulegen. Die Behauptung der Beklagten, Baumeister E. müsse den Plan in Händen gehabt haben, weil das unter dem eingezirkelten Stockwerk befindliche Stockwerk ohne den Plan des oberen Stockwerks gar nicht errichtet werden können, indem die Konstruktion in das untere Stockwerk eingreife, erachtete der Berufungsrichter für unrichtig, weil der Polier V. das untere Stockwerk gebaut haben könne, ohne daß der Baumeister E. Detailkenntnisse habe besitzen müssen, wie E. das obere Stockwerk bauen und den im oberen Teil des oberen Stockwerks befindlichen Entlastungsbogen sichern werde. Gegen dieses Urteil hatte die Beklagte Revision eingelegt und besonders ausgeführt, der Baumeister habe seinen Polier zu kontrollieren. Der IV. Zivilsenat des Reichsgerichts wies die Revision der Beklagten zurück und führt zu dem erwähnten Einwand aus, daß es die Beklagte nicht entlasten könne, wenn der Eintritt des Schadens nicht durch die Kontrolle des Baumeisters abgewendet wurde. Denn dieser Kontrolle hätte es nicht bedurft, wenn der Geschäftsführer der Beklagten die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet und sich mit dem Baumeister ins Benehmen gesetzt hätte, anstatt dem Polier den eigenmächtig geänderten Bauplan auszuhändigen. Die Beklagte sei aber nach § 31 des B. G. B. (vergl. §§ 18, 35, 36 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung; Erkenntnis des Reichsgerichts vom 19. Februar 1904 Bd. 57 S. 93) für den Schaden verantwortlich, den ihr Geschäftsführer durch die in Ausführung der ihm zugehenden Verrichtungen begangene zum Schadensersatz verpflichtende Handlung dem Kläger zufügte. Auch die Rüge der Revision wegen Verletzung des § 254 B. G. B. (eigenes Verschulden), weil sich der Kläger auf das freie Rauerwerk gestellt, anstatt für seine Arbeit sich ein sogenanntes Fußgerüst herzustellen, wurde vom Revisionsgericht zurückgewiesen, weil der Kläger im andern Falle ebenso bei dem plötzlichen Zusammenbruch in die Tiefe gestürzt sein würde.

Der Umstand, daß für den Unfall noch ein anderer außer dem Betriebsunternehmer verantwortlich war, hat es also bewirkt, daß dem Rauer außer der Unfallrente 1500 M. Schmerzensgeld, 331,97 M. einmalige Entschädigung und 94,92 M. jährliche Rente zugesprochen wurde. Um diesen Betrag wäre er also ohne den Glucksstand durch die von sozialdemokratischer Seite so häufig angegriffene Ausnahmsbestimmung der Unfallgesetzgebung geschädigt worden.

Sind in dem königlichen Forst Privatwege gemäß § 368 Ziffer 9 des Strafgesetzbuches möglich?

Diese in letzter Zeit in einigen Verhörorganen erörterte und unübersehbar verneinte Frage ist zuerst in einer Kammergerichtsentscheidung mit Recht bejaht worden. Achtzehn Angeklagte aus der Gegend von Raumburg a. S. (Bronitz und Genossen) waren vom Landgericht Raumburg wegen Verletzung des § 368 Ziffer 9 des Reichs-Strafgesetzbuches zu Geldstrafen verurteilt worden. Sie hatten in der königlichen Forst Wege benutzt, die zum Abfahren von Holz und zu anderen Waldwirtschaftszwecken dienten und die durch Warnungszeichen als „Forstprivatwege“ für den öffentlichen Verkehr geschlossen worden waren. Sie sollten die Vorschrift des § 368 Ziffer 9 übertreten haben, wonach bestraft wird, wer „auf einem durch Warnungszeichen geschlossenen Privatwege geht“. Die Angeklagten legten Revision ein und machten geltend, die Vorschrift könne auf Wege in dem fiskalischen Forst überhaupt nicht Anwendung finden. Entscheidend wäre das preussische Feld- und Forstpolizeigesetz. Dessen § 10 spreche nicht vom Walde und sein § 38 wolle zwar den Strafen, der unbefugt auf Forstgrundstücken außerhalb der öffentlichen Wege oder anderer Wege sich aufhält, aber nur dann, wenn er ein Werkzeug mit sich führe, das zum Fällen von Holz usw. seiner Beschaffenheit nach bestimmt erweise. Danach könne sich jeder ohne ein solches Werkzeug in dem ganzen Forst uneingeschränkt bewegen, also auch auf allen Waldwegen.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts bewarf die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Der § 368 Ziffer 9 des Reichs-Strafgesetzbuches gelte in erster Reihe, das Feld- und Forstpolizeigesetz könne nur eventuell zur Anwendung kommen. Nach der Bestimmung des § 368 Ziffer 9 Str. G. B. könnten auch in Wäldern private Wege geschlossen werden, indem es durch Warnungszeichen kenntlich gemacht werde. Es könne auch der Fiskus fiskalische Privatwege durch Warnungszeichen schließen. Der Fiskus könne auch sehr wohl im Walde Privatwege haben, die er nicht von anderen begeben lassen wolle. Die Angeklagten seien deshalb mit Recht verurteilt worden.

Berechtigte Interessen.

Vom Landgericht Eisen (Ruhr) sind am 13. Juni 1906 der Kaufmann Heinrich Weber in Gelsenkirchen und der Redakteur des „Beobachters“ Otto Ballen in Essen verurteilt worden, der erstere zu 100 M., der letztere zu 200 M. Geldstrafe. Verleibigt soll ein Polizeibeamter sein. — Auf die Revision der Angeklagten hob am Donnerstag das Reichsgericht das Urteil wegen Verletzung des § 193 auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. — Das angegriffene Urteil hatte Form und Inhalt verwechselt. § 193 Strafgesetzbuches hebt hervor, daß Verurteilungen zur Wahrnehmung berechtigter Interessen nur insofern strafbar sind, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht. Das Gericht hatte die Beleidigung aus der Verbreitung der Tatsache, also aus dem Inhalt, gefolgert.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen, hinein in den Wahlkampf!

Dieser Losung galtten zwei Volksersammlungen, einderufen von den Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauen, die am Dienstag im Südosten und Osten von Berlin stattfanden. Eine beträchtliche Anzahl Frauen waren dem Rufe gefolgt. Das weibliche Element gab sowohl der Versammlung in der „Urania“ (Wrangeltstraße 9-10) als auch der bei Brüder in der Großen Frankfurterstraße 117 das Gepräge.

Im überfüllten Saal der „Urania“ mußten viele auf Sitzgelegenheit verzichten. Hier fesselte die Genossin Martha Tich die Versammelten durch ihre gut pointierten Ausführungen namentlich über die Fragen, welche bei diesem Wahlkampf im Vordergrund stehen. Nach einer vernichtenden Kritik unserer reichsdeutschen Kolonialpolitik und ihrer traurigen Begleiterscheinungen erklärte sie die kolonialen Bestrebungen in Deutschland, für die auch nicht die geringste geographische, wirtschaftspolitische oder sonstige Notwendigkeit vorläge, lediglich aus dem Wunsche, für Deutschland zu haben, was andere Länder auch hätten. Es stehe das auf derselben Höhe wie das Verlangen des Kindes, zu besitzen, was es bei einem anderen Kinde sehe. (Weiterleit und lebhafter Zustimmung.) Anschließend hieran gedachte Rednerin des energischen Auftretens der sozialdemokratischen Fraktion gegen jene Rührigkeit und gegen die Auspovertung des Volkes durch den Zollwucher und gegen jede andere Art der indirekten Besteuerung. Unter ihr kritisierte Rednerin die dann den famosen Gegenstand über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der nicht weiter bezweckte,

als eine Vererbung unserer heute so blühenden Gewerkschaftsorganisationen herbeizuführen. Auch hier wie auf den anderen schon behandelten Gebieten des öffentlichen Lebens trete deutlich in die Erscheinung, wie sehr die Frauen, besonders die proletarischen, daran interessiert seien. Sie, deren Koalitionssrecht in den verschiedenen deutschen Vaterländern schon genug eingetrigt wäre. Bei Behandlung der Bülowischen Wahlparole hob Rednerin unter allseitigem Beifall hervor, daß die deutsche Arbeiterkraft die vom Kaiser betonte hohe Bildung lediglich sich selbst, ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und ihren Bildungsvereinen zu danken habe, während Staat, Verwaltung, Polizei und Gerichtsbarkeit nur hemmend eingegriffen hätten. Wie es mit der so viel gerühmten Sozialpolitik wirklich aussehe, zeigte sie mit schneidender Schärfe an vielen Beispielen aus den Erfahrungen des praktischen Lebens und der Gesetzes- und Rechtspraxis. Dem gegenüber stellte sie das Wirken der Sozialdemokratie zu Ruh und Frommen wirklicher Volkswohlfahrt und Kultur. Die sozialdemokratische Partei habe stets bewiesen, daß die Wünsche und Forderungen auch der Frauen am besten bei ihr aufgehoben seien. Mit einem begeisterten Appell an die Frauen, in diesem Wahlkampf für die große Sache der Sozialdemokratie zu wirken, soweit es möglich sei und in ihren Kräften stehe, schloß der Vortrag, dem hürmischer Beifall folgte. — In seinem Sinne gehalten waren die Ausführungen der Diskussionsredner, der Genossen Stumpe und Thaler. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Rechtslosigkeit der Frau als Staatsbürgerin macht es ihr doppelt zur Pflicht, an der Agitation und jeder Arbeit für die Wahlen sich zu beteiligen. Nur eine Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten gibt den Frauen die Gewähr, daß endlich ihre Gleichberechtigung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens, vor allem das politische Wahlrecht für sie erlangen wird.“

Im großen Saal von Brüder in der Großen Frankfurterstraße sprach vor einer zahlreichen Zuhörerschaft Genosse Düwel. Ein niedliches Intermezzo führte der überwachende Leutnant herbei. Einzelne Worte des Redners konnte er anscheinend nicht verstehen. Er wünschte deshalb, daß dieser — lauter spreche. Das trug ihm die Belehrung ein, daß nirgends eine Vorschrift darüber existiere, wie ein Redner zu sprechen habe. Der Herr Ueberwachende möge die Güte haben und dafür sorgen, daß Beamte in die Versammlung geschickt würden, die ein intaktes Gehör hätten oder, falls es nicht der Fall sei, sich ein Hörrohr mitbrächten. (Heiterkeit.) Die Versammlung verbande ihn ausgezeichnet (lebhafter Zustimmung.) Redner beleuchtete die Bedeutung der bevorstehenden Wahl von den verschiedensten Seiten und legte unter dem Beifall der Hörer und besonders der Hörerinnen eingehend dar, daß durch die Wirtschaftspolitik der Reichheitsparteien die Frauen als Produzentinnen und Konsumentinnen noch schärfer getroffen würden als die Männer und daß schon daraus ihr großes Interesse an dem Ausgange der Wahl sich ergebe. Erst mit großer Unterdrückung des Sozialismus werde aber die Entredung und Unterdrückung der Frau in ihren verschiedensten Formen gänzlich aufgehoben werden. Eine Etappe im Kampf um die Erringung unseres großen Endzieles sei auch der Wahlkampf, indem er beitrage zur Zielerkenntnis und zum Fortschritt der Bewegung. Dätten auch die Frauen kein Wahlrecht, so könnten sie doch ihre Macht einsehen für die Wahl von Vertretern der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Es fand noch eine kurze Debatte statt. Einen starken und sehr nachhaltigen Eindruck machten die Ausführungen der Genossin Wengels, die begeisterungsvoll den proletarischen Frauen zur Pflicht machte, energisch mitzuwirken an dem Befreiungskampfe des Proletariats.

Frauen, hinein in den Wahlkampf!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, den 7. Januar, 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, Vortrag des Herrn Kunze: „Die Frau im gewerblichen Leben“.

Eingegangene Druckschriften.

M. C. Hagen: „Wahlreform“. Das Recht des Wählens und das Recht der Wähler. 26 Seiten. 0,50 M. Verlag G. u. T. Lehmann, G. m. b. H., Berlin SW. 61.

Gesundheitspflege von Dr. med. Alice Proß. 138 Seiten. Verlag: Scholl u. Renteil, Berlin SW. 11.

Geschäftsbericht der Kraftfahrzeug-G. B. für das erste Geschäftsjahr vom 2. Mai bis 30. September 1906. Druck: Liebheit u. Thielen, Berlin.

„Kultur in Licht! Betrachtungen zur Reichstagswahl von Professor Dr. H. Staudinger. 26 Seiten. Verlag G. u. T. Lehmann, Darmstadt.

Das deutsche Volk unter römischer Hohe von H. Böckling. Preis 30 Pf. Neuer Frankfurter Verlag Frankfurt a. M.

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Kunst, bildende und angewandte Künste. Herausgeber Ferdinand Koenig. Verlag von Georg D. S. Callwey in München. (Vierteljährlich 3,50 M., das einzelne Heft 10 Pf.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Steuergroßen für eine bankrotte Politik.

Köln, 4. Januar. (B. Z. B.) Der „Kölnischen Zeitg.“ wird aus Berlin von heute telegraphiert: In amtlichen Kreisen ist man sich nicht zweifelsfrei darüber, daß die Regierung zur Fortführung der An siedelungspolitik in den vom Volutum bedrohten Landesteilen für den 1. April d. J. neue Mittel anfordern muß, da bis zu diesem Zeitpunkt der An siedelungsfonds bis auf einen geringfügigen Rest erschöpft sein wird. Im landwirtschaftlichen Ministerium fand, wie wir erfahren, gestern wieder eine Beratung der verschiedenen bei der Auffüllung des An siedelungsfonds beteiligten Ressortminister statt und die Verhandlungen sind nun soweit gediehen, daß über eine neue Volutenverlage in nächster Zeit im Staatsministerium beraten werden wird. Auch darüber scheint in amtlichen Kreisen kaum noch ein Zweifel zu bestehen, daß die bisherige An siedelungspolitik in mancher Beziehung fehlerhaft gewesen ist und daß es in Zukunft, um zu einem Erfolg zu gelangen, in verschiedenen Richtungen einer Abänderung der bisherigen Maßnahmen bedarf. Ob hierzu auch eine Verstärkung der bisherigen Maßnahmen des Staates notwendig sein wird, um zum Ziele zu gelangen, wird eingehend erwogen. Jrgend ein Weg, um das fortwährend ungesunde Steigen der Grundstückspreise infolge der Tätigkeit der An siedelungskommission zu hindern, wird allerdings wohl gefunden werden müssen.

Eisenbahnkatastrophe.

Paris, 4. Januar. (B. Z. B.) Wie aus Perpignan berichtet wird, stürzte an der spanisch-französischen Grenze ein Postwagen, der den Passagierverkehr über die Grenze vertritt, in einen Abgrund. Zwei Passagiere wurden getötet, zwei schwer verletzt, einer wurde infolge des angeschlagenen Schreckens wahnsinnig.

Verbrauchte Minister.

Belgrad, 4. Januar. (B. Z. B.) Der Justizminister Dr. Bednitsch hat seine Entlassung eingereicht, welche vom König angenommen wurde. Dr. Bednitsch wurde zum Vertreter Serbiens in Paris ernannt. Das Justizministerium übernimmt der Deputy-Minister Marko Trifunowitsch. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Stanowitsch wird durch Jovan Jovanowitsch ersetzt.

Titentat auf einen Hüttendirektor.

Sosnowice, 4. Januar. (B. Z. B.) Heute vormittag wurde der Direktor der „Katharinahütte“, Brandenburg, von einem Unbekannten durch drei Revolverkugeln schwer verwundet.

Auf Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter

Die Eisenbahner und die Reichstagswahlen.

Von den bürgerlichen Parteien werden auf die „Staatsbeamten“ und „Staatsarbeiter“ als Reichstagswähler große Hoffnungen gesetzt. Unter Berufung auf das „sogenannte“ Disziplinargesetz vom Jahre 1850 hat man den Beamten bei Androhung sofortiger Entlassung verboten, Vereinen, die „staatsfeindliche“ Tendenzen haben, anzugehören. In dem, der Magen ist ein großer Rebell, und unter der Eisenbahneruniform nach brandenburgischem Zuschnitt stecken viele solcher Rebellen, die ihre Unzufriedenheit allerdings öffentlich nicht bekunden dürfen, es sei denn bei den geheimen Reichstagswahlen. Wie viel Grund zu solcher Unzufriedenheit vorhanden ist, das mögen einige Zahlen zeigen.

Die Besoldungen der Eisenbahner betragen im Jahresdurchschnitt in

Table with 3 columns: Year (1893/94, 1897/98, 1904/05) and regions (Elfaß-Lothringen, Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg, Oldenburg).

Und die Ueberschüsse per Kopf eines Eisenbahners betragen:

Table with 3 columns: Year (1893/94, 1897/98, 1904/05) and regions (Elfaß-Lothringen, Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Mecklenburg, Oldenburg).

In diesen Durchschnittszahlen sind die Bezüge aller Beamten und Arbeiter zusammengekommen. Scheiden wir Beamte und Arbeiter, so erhielten im Jahre 1904/05 in der allgemeinen Verwaltung

Table with 4 columns: Region, Beamte, diätar. Beamte, Arbeiter.

Im Bahnbewachungs- und Bahnunterhaltungsdienst:

Table with 4 columns: Region, Beamte, diätar. Beamte, Arbeiter.

Im Bahnhofsabfertigungs- und Zugbegleitungsdienst:

Table with 4 columns: Region, Beamte, diätar. Beamte, Arbeiter.

Und im Werkstätten- und Zugförderungsdienst:

Table with 4 columns: Region, Beamte, diätar. Beamte, Arbeiter.

Es hatten 118 072 Arbeiter unter 1000 M. Einkommen, 220 499 von 1000 bis 1200 M. und ganze 6374 Arbeiter über 1200 M. Einkommen.

Für diese Vettelstuppen werden die Eisenbahner sich am 25. Januar bedanken!

Zum selben Thema wird uns aus Dortmund aus Eisenbahnerkreisen geschrieben:

Die Weihnachtskälte sind verhallt und alle Hoffnungen der Unterbeamten auf eine Teuerungszulage in Form eines Weihnachtsgeldes sind zu nichts geworden. Die ausgeworfenen Summen sind nur unter den höheren Dezernenten verteilt worden. So hat der Präsident des Direktionsbezirks Essen nur 3000 M. für sich behalten und im Range nachfolgende Räte sind mit 1500 bis 1800 M. bedacht. Auch einige Beamte, die sogenannten Strazfänger, die bei den Wahlen zu Agitationszwecken herbeigeholt werden, sind bedacht, wogegen das Fahrpersonal, das 13, 15, 17, 20 Stunden zur Dienstleistung herangezogen wird, leer ausgegangen ist. Was brauchen diese Leute auch ein Weihnachtsgeld? Es genügt, wenn sie der Pfarrer auf ein besseres Jenseits vertröstet. Für sie gehört es sich, daß sie die Festtage darben zubrachten und ihren Kindern keine Weihnachtsfreude bereiten konnten, während die oberen Beamten in diesen Tagen sich nichts abzugeben lassen brauchten. Sie glauben nicht, welche Verbitterung das unter den Beamten hervorruft. Sind es nicht die Unterbeamten, die den schweren Dienst im Ruhrgebiete anrecht erhalten, während der Nächte auf der Strecke liegen und lange Dienstbauer ohne zu mühen verrichten müssen, während die Dezernenten ihren Dienst in ein paar Stunden nach Belieben erledigen und ihre Langeweile im Theater oder Kasino vertreiben? Keine Werbung von Uebermüdung darf gemacht werden, sonst bist du ein Sozialdemokrat und müßt aus dem Beamtenstande entfernt werden. Hier kann nur ein Helfen: Bei der Reichstagswahl alle Mann an Bord!

Die russische Revolution.

Folterungen in der Rigaer Geheimpolizei.

(Brief eines Augenzeugen.)

Am Sonnabend, den 25. November, wurde ich spät am Abend, zusammen mit 99 anderen Personen, die im Speisehaus verhaftet worden waren, in die Geheimabteilung der Rigaer Polizei gebracht. Mit Ausnahme von vier Personen wurden die anderen an demselben Abend auf freien Fuß gesetzt. In den vier zurückgebliebenen hatte der Geheimpolizist Dabus angeblich wichtige politische Verbrechen erkannt. Drei von ihnen wurden einer gründlichen Verhütung unterzogen und in der Arrestantenzelle eingesperrt. Zwei Tage lang ließ man uns hungern, und man verbot uns nicht. Am dritten Tage wurden wir in eine andere Zelle übergeführt, und wir bekamen von da an jeden Tag eine kleine Schüssel trockenen Brotes ohne Wasser. Die Befriedigung des uns qualenden Durstes hing ganz von der Laune des Wächters ab. In der engen und kleinen Zelle waren unser 21 Personen! Am Tage konnte man sich noch mit knapper Not entziehen, in der Nacht aber wurde die Enge fürchterlich. Es gab zu wenig Platz für alle, sich nebeneinander hinzulegen, und so mußte sich einer auf den anderen legen! Die Luft wurde unerträglich. Das Fenster durfte man nicht öffnen, wollte man sich nicht der Gefahr aussetzen, von dem Wächterposten erschossen zu werden.

Sämtliche Vorgesetzte genießen hier das Recht, nach Belieben mit den Verhafteten ihren Spott zu treiben und sie zu mißhandeln, vom gewöhnlichen Polizisten, Wächter, Schließer und Spindel an bis zum Abteilungsleiter. Das Foltern der Verhafteten wird meistens in der Nacht, seltener am Tage vollzogen, und zwar systematisch jede Nacht, ausgenommen die Nacht von Sonntag auf Montag. Es beginnt etwa um 10-12 Uhr nachts und endet gewöhnlich erst gegen 6 Uhr morgens. Einer nach dem anderen wird aus der Zelle geführt und ins zweite Stockwerk geschleppt. Hier befindet sich ein besonderes Zimmer mit allerlei Marterwerkzeugen. In der Mitte des Zimmers steht eine lange Bank mit Vorrichtungen zum Festbinden. In den Wänden hängen mit Blei gefüllte Gummischläuche verschiedener Größe und Konstruktion. Jeder dieser Schläuche führt seinen eigenen Namen, den ihm der Henker gegeben hat, so z. B. „Gott, gib deinen Segen“, „Gottes Wohlthat“ u. a. m. Außer diesen Gummischläuchen gibt es noch eiserne Jangen, Zwangshenden, lange Nadeln, Beschreiber und ähnliche Marterwerkzeuge. In den Folterungen nehmen etwa 15 Henker teil. Besonders berühmt gemacht haben sich durch ihre Erfindungsgebe auf dem Gebiete der Folterungen der Spion Dabus, der Vorsteher der Geheimabteilung Gregus, sein Schülfe Rischejow und der ehemalige Zwangssträfling Otton. Die Namen der übrigen sind mir nicht bekannt. An den Folterungen nehmen nicht selten in aktiver Weise auch die örtlichen Gutbesitzer und Barone, die Führer der Strafexpeditionen, teil. So hat z. B. am 20. November, als die Folterungen ganz besonders grausam waren, der Kreisbesitz Baron Kaden an denselben teilgenommen. Zum gleichen Zwecke kommen oft nach Riga der Baron Bekke, der bekannte Bogromfeld und Zerstörer von Luffum, und einige andere kleine Barone, Fürsten und sonstige Mitglieder der Rigaer „Selbstwehr“.

Die Folterungen werden gewöhnlich in folgender „Ordnung“ vollzogen: Nachdem der Verhaftete in das Folterzimmer geschleppt worden ist, nimmt man ihm die Fesseln ab; einer von den Spindeln erklärt ihm, daß er sich völlig in ihrer Macht befinde und daß sie das Recht hätten, ihn zu foltern, ja sogar ihn zu töten, ohne sich deshalb verantworten zu müssen. Dann wird ihm der Rorschlag gemacht, alles einzugehen und die Mitschuldigen zu nennen, wobei für wichtige Angaben die Freiheit und eine vorteilhafte Stellung in der Schutzabteilung angeboten wird. Erfolgt kein „Bekundnis“ und keine Demunziation, so beginnen die Folterungen. Der Verhaftete wird gänzlich entkleidet, auf die Bank geworfen und festgeschraubt. Der Mund wird mit einem nassen Lappen zugebunden, um das Schreien zu verhindern, und dann werden mit den Gummischläuchen bis zu 400 Schläge geführt! Um die Qualen zu erhöhen, wird in die blutenden Wunden Salz gestreut und dann weiter geschlagen. Hat man das Opfer wieder zu sich gebracht, so beginnt das „Verhör“. Wenn der Verhaftete noch nichts eingesteht, so werden ihm die Nägel abgerissen, die Sehnen der Hände und Füße mit Nadeln durchstochen, die Haare einzeln und büschelweise ausgerissen. . . Verläßt auch dies alles resultatlos, so werden Jangen glühend gemacht, mit denen an besonders empfindlichen Körperstellen Stücke Fleisch ausgerissen werden. Ferner wird noch das Ausschlagen der Zähne praktiziert, und als das Empfindlichste von allem das Zusammenbrechen der Gesichtsteile mit Jangen!

Regelmäßig alle Tage werden diese entsetzlichen Folterungen vorgenommen, bis die armen Opfer es nicht mehr aushalten und alle gegen sie erhobenen Beschuldigungen zugeben. Oft kommt es natürlich vor, daß die minder Widerstandsfähigen zugleich auch ihre Kameraden angeben. Wer aber trotz alledem nichts eingestehen will oder kann, der wird nach allen Martern einfach zum Krüppel geschlagen. So geschah es z. B. mit Grünig. Ende Oktober verhaftet, wurde er 3 Wochen lang gefoltert und als alles nichts nützte, ins Gefängnislazarett übergeführt, während sein Prozeß dem Kreisgericht übergeben wurde. Als aber die im November Verhafteten ihn angegeben hatten, wurde er wieder in die Geheimpolizei geschafft und aufs neue gefoltert! Sein ganzer Bart ist ihm ausgerissen worden, das Kopfhaut ist ergraut, obgleich er erst 24 Jahre alt ist! Das ganze Gesicht ist entsetzlich zerfurcht, an vielen Stellen ist die Haut abgerissen oder verjagt, das Rückgrat ist verbogen, die Rippen gebrochen. Nach den eigenen Angaben Grünings haben Dabus und Rischejow, als sie nichts aus ihm herausbekommen konnten, über seinen Rücken ein Brett gelegt, auf dem sie so lange tanzten und sprangen, bis sein Rückgrat gebrochen war! Und doch hat Grünig weder über sich selbst noch über seine Genossen das Geringste ausgesagt!

Die Namen der Opfer dieser „Institutionellen“ Inquisition sind die folgenden: Ferdinand Grünig, Valerian Schurowski, Peter Beljajew, Karl Legting, Jan Ruman, Paul Landmann, Jan Krumling, Jan Luchs, Peter Baeglis, Wilhelm Ruzenski, Peter Brenkus, Eduard Reining, Jan Küller, Alis Enifer, Adolf Jordan, Jan Luchs.

Den 4. Dezember 1906. Ein Beteiligter.

P. S. Von den genannten 16 Personen sind 10 nach dem Urteilspruch des Feldkriegsgerichts am 8. Dezember hingerichtet worden. Die übrigen sechs sind zu 6-12jähriger Zwangsarbeit verurteilt worden; unter ihnen befinden sich Grünig, Schurowski, Beljajew.

Ein Geheimbundprozeß.

Gnesen, 4. Januar 1907. (Telogr. Ber.)

Zweiter Tag der Verhandlung.

An Stelle des verhinderten Staatsanwalts Stierke tritt Staatsanwalt Bahz die Anklage.

Der Polizeipräsident von Posen, v. Hellmann, bekundet: Im Sommer 1904 sollte in Posen ein Turntag des Gesamtverbandes der Solowereine stattfinden. Die Abhaltung des Turntages wurde aber nicht genehmigt. Soweit ich mich erinnere, wurde gegen das Verbot Beschwerde eingelegt. Nachdem auch letztere abgelehnt worden war, sagte mir Rechtsanwält v. Chrzanowski, es werde nunmehr ein Turntag abgehalten werden, zu dem nur Mitglieder der Solowereine und eingeladene Gäste zugelassen werden sollten. Der Turntag sollte räumlich so begrenzt werden, daß die Veranstaltung den Blicken des Publikums entzogen werde. Ich erwiderte, daß sich dagegen nichts einwenden ließe, nur bezüglich der Gäste bin

ich im Zweifel.“ — Bahz: Der Angeklagte v. Chrzanowski sagte, er hätte sich mit Ihnen über die Zahl der Gäste unterhalten; Sie hätten sich schließlich mit 200 einverstanden erklärt. — Zeuge: Das ist möglich. Wenn ich diesem Verlangen zustimmte, so tat ich es, weil ich die Rechtslage für zweifelhaft hielt und deshalb zur Kaschibigkeit geneigt war. Andererseits sagte ich mir: in Posen gibt es eine genügende Polizeimacht, die in der Lage ist, etwaige Ausschreitungen zu unterdrücken. — Staatsanwalt Bahz: Jedenfalls haben Sie zu diesem privaten Turntage die Genehmigung erteilt? — Zeuge: Diese Frage kann ich nicht so ohne weiteres beantworten. — Angekl. v. Chrzanowski: Nachdem unsere Beschwerde abgelehnt war, sagte ich dem Herrn Präsidenten: Dann werden wir einen privaten Turntag veranstalten, zu dem nur Vereine und Angehörige Einladungen haben sollen. Der Präsident antwortete mir, gegen die Abhaltung des privaten Turntages lasse sich nichts einwenden, wohl aber gegen die Zulassung von Angehörigen. Sie können da ja schließlich tausend einladen. Die Zahl müsse auf zweihundert beschränkt werden. Auf eine Neuerrung von mir sagte der Präsident, es käme auf fünfzig mehr oder weniger nicht an. — Der Zeuge gibt zu, sich in dieser Weise geäußert zu haben.

Polizeirat Bahz: Posen bekundet als Zeuge: Er sei Chef der Posener politischen Polizei. Soweit ihm erinnerlich, habe er mit v. Chrzanowski nur über die Entsendung von Beamten für den Turntag verhandelt. Es sollten zwei am Eingang aufgestellt werden. Er sei der Meinung, der Turntag hätte mit Recht verboten werden können. — Polizeikommissar Weiss bekundet als Zeuge, es seien mehrfach Eintrittskarten durch den Jaun gereicht worden. Ein junger Mann von 21 Jahren sei über den Jaun gesteuert. Das aufzunehmende Publikum laitsche Verfall und schimpfte auf die Polizei, die dem natürlich keine Beachtung schenkte. — Angekl. v. Chrzanowski: Der Herr Kommissar wird zugeben, daß die Einladungsschreiben am Eingang abgehalten werden mußten. In einigen Fällen wurden allerdings Karten durch den Jaun an Mitglieder von Solowereinen herausgereicht, da diese ihre Karten vergessen hatten. — Der Zeuge gibt diese Darstellung als möglich zu. — Polizeisekretär Gantzer: Posen hat die Ueberszeugung, mit dem Turntage sollte der Behörde ein Schimpfen geschlagen werden.

Die Bedeutung des polnischen Dichters Stawski.

Professor Kollmann: Posen bekundet als Sachverständiger, Stawski habe meist nur unpolitische Gedichte verfaßt. Der Einfluß Lord Byron's auf ihn sei unerkennbar. — Angekl. v. Chrzanowski: Er habe in seiner Rede lediglich auf die Bedeutung des Dichters für die Jugend hingewiesen.

Damit ist die Beweisaufnahme beendet.

Staatsanwalt Stierke: Nach der Beweisaufnahme steht fest, daß die Solowereine einen Turntag abgehalten haben. Der Angeklagte v. Chrzanowski hat eine Rede gehalten, die aber unpolitischer Natur war. Ich bin daher nicht in der Lage, die Anklage wegen Verletzung des § 9 des Vereinsgesetzes aufrecht zu erhalten. Dagegen bin ich der Meinung, daß eine öffentliche Versammlung abgehalten wurde, die der behördlichen Genehmigung bedurfte. Es ist eine unbegrenzte Zahl von Gästen auf dem Turntage anwesend gewesen. Ich bitte auch, zu erwägen, ob die Einladung seitens v. Koscielski die Versammlung nicht zu einer öffentlichen machte. Die Einladung war an Solowereinmitglieder gerichtet, die gesellschaftlich nicht zu Koscielski gehören, und ging an eine unbegrenzte Zahl. Es ist erwiesen, daß die angeklagten Hörer als Beauftragte an der Versammlung teilnahmen, doch dienten die Beweise nur zur Stofflage, auch hatten die Hörer keine Patronen mit sich. Ich beantrage daher gegen diese die Freisprechung, ebenso gegen Gladys. Dagegen beantrage ich gegen die anderen Angeklagten wegen der Veranlassung des Turntages auf Grund des § 17 des Vereinsgesetzes je 50 M. Geldstrafe eventuell je zehn Tage Haft, wegen der Teilnahme an dem Turntage gegen Wiatroli 50 M., wegen der anderen Angeklagten je 10 M. Geldstrafe eventuell je zwei Tage Haft.

Verteidiger Rechtsanwält Karpiński sucht in längerer Rede den Nachweis zu führen, daß eine Verletzung des Vereinsgesetzes nicht vorliegt, und beantragt die Freisprechung der Angeklagten.

Auf die Bemerkung des Staatsanwalts, daß Herr v. Koscielski eine große Anzahl Leute eingeladen habe, die gesellschaftlich nicht zu ihm gehörten, erwidert der Verteidiger, daß das polnische Volk ein demokratisches sei, das einen Sachverhalt nicht lenne. Die notwendigen Auslagen der Angeklagten beantragt der Verteidiger, der Staatskasse aufzuerlegen.

Nach etwa anderthalbstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Engel: Das Vereinsgesetz stellt unter Strafe Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, wenn sie ohne polizeiliche Anmeldung stattfinden, ferner Versammlungen unter freiem Himmel, wenn eine polizeiliche Genehmigung nicht erteilt ist. Daß eine öffentliche Versammlung stattgefunden hat, geht aus der ganzen Veranlassung des Turntages hervor. Der Gerichtshof erachtet es aber nicht für nachgewiesen, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert wurden. Daß auch eine private Zusammenkunft eine öffentliche sein kann, hat wiederholt der oberste Gerichtshof entschieden. Das Vereinsgesetz verbietet das Erheben von Waffen. Darunter fällt aber nicht das Tragen von Waffen, die nur Prunkstücke sind. Wenn somit den Angeklagten eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen ist, so ist damit noch nicht bewiesen, daß sie unschuldig sind. Durch ihre Heuchelei haben sie die Anklage selbst verschuldet, so daß die Ueberrahme der notwendigen Auslagen auf die Staatskasse nicht erfolgen kann. In Erwägung alles dessen hat der Gerichtshof im Namen des Königs für Recht erkannt, daß die Angeklagten frei zu sprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse aufzuerlegen sind.

Zwei Tage Verhandlung: ein paar Staatsanwälte und fünf gelehrte Richter in angefirengter Tätigkeit, um die hochnotpeinlichen Fragen zu prüfen und darüber zu entscheiden, ob 22 Wesen, die der Einladung des Herrenhaubtmittels v. Koscielski gefolgt waren, durch ihren Besuch freventlich das sogenannte Gesetz vom 11. März 1850 verletzt haben. Denn § 1 dieser gegen das im Artikel 29 der preußischen Verfassung feierlich verkündete Vereinsrecht gerichteten, unter dem 20. Juni 1849 erlassenen und als Gesetz unter Mißachtung der Verfassung bestätigten „Verordnung über die Verfassung eines der gesellschaftliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts“ schreibt zum Teil und Ruhen der Staatsbürger vor: „von allen Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen“, ist der Polizei 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung Anzeige zu erstatten. Und der Polizei war davon keine Anzeige gemacht, daß Herr v. Koscielski Besuch empfangen wollte. § 2 desselben „Gesetzes“ schreibt vor: „Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen der vorangegangenen schriftlichen Genehmigung der Ortspolizeibehörde.“ § 12 bedroht den Unternehmer einer nicht angezeigten Versammlung, den Vorsteher, Leiter und Heber solch furchtbar gefährlichen Versammlung, § 17 desselben Gesetzes die freventlichen Teilnehmer, Veranstalter, Lebner, Leiter usw. einer Versammlung unter freiem Himmel mit Strafe. So will es die Ordnung, Bögel und Wild dürfen ohne polizeiliche Genehmigung sich unter freiem Himmel versammeln — Menschen nicht. Die Rechtsprechung hat als politische Kampforanisation die Begriffe einer „Versammlung“ und gar den „öffentlichen Angelegenheiten“ zu so kauschulartigen, inhaltlosen Gebilden gestaltet, daß „ohne Rechtsirrtum“ schließlich je gliches Zusammensein von Menschen in nicht zu keiner Zahl als „Versammlung“, jegliche Angelegenheit, die einen etwas ernsteren Inhalt hat, als öffentliche Angelegenheit stigmatisiert, genau so aber auch das Gegenteil „festgestellt“ werden kann. Ein starkes Bild wäre es gewesen, dem erzielten Tat-

Bestände gegenüber zu einer Beurteilung zu gelangen. Gelangte man zu einer solchen, so wäre schlechterdings nicht zu erwarten, weshalb Staatsanwalt und Richter nicht gegen sich selbst in all den Fällen Anklage erheben, in denen sie der Einladung zu einem Ball, einem Dinner und dergleichen Folge leisteten und in denen Unterhaltungen über die Frage hinaus gepflogen wurden, ob heute schönes Wetter ist und es morgen regnen könnte. Die Tatsache, daß Anklage hat erhoben werden können, ist für unsere vereinsgesetzlichen Zustände bezeichnend. Das Gericht hat trotz der Freisprechung von dem Rechte, auch die Auslagen der Angeklagten der Staatskasse aufzuerlegen, keinen Gebrauch gemacht — weil „die Heimlichkeit der Anklage verschuldet“ habe. Das ist ein durchaus nicht sich haltender Grund. Hat je Staatsanwalt oder Richter der Polizei angezeigt, daß sie eingeladen waren? Aus der Gesandtschaft der mit so großem Hallo eingeleiteten Staatsrettungsaktion wird man nicht mit Unrecht folgern: das Gericht hat in diesem wie in tausend anderen Fällen trotz der Freisprechung die Erstattung der Auslagen der Angeklagten durch die Staatskasse nicht ausgesprochen, weil es eben hat freisprechen müssen. Die Nichterstattung der Auslagen in den Fällen, in denen wegen erwiesener Unschuld Freispruch erfolgen mußte, hämmert dem Staatsbürger eindringlich die Ansicht ein: die Staatseinrichtungen, wie sie heute fungieren, wirken nicht zu deinem Besten, nicht zum Nutzen der Allgemeinheit. Und diese Ansicht durch die Polenprozesse von Tag zu Tag zu verstärken, ist ein Verdienst der verkehrten Germanisierungspolitik, das wir uns bedewilligen nicht verkleinern wollen, weil es sehr gegen den Willen der Maß-Deutsch-Chauvinisten besteht.

Aus der Partei.

Genosse Gustav Jaech.

Leipzig, den 4. Januar 1907. (Pripatbesche des „Vorwärts“.) Heute nach langen schweren Leiden Genosse Gustav Jaech. Er wurde am 12. Oktober 1868 in Salach in Württemberg geboren, studierte in Tübingen und kam 1891 in die Parteipresse. In Wülhausen leitete er die „Freie Presse“, bis sie durch den Diktaturparagraphen in Esch-Lothringen verboten wurde. Er lebte dann noch 1 1/2 Jahre in Wülhausen und kam von da an das Braunschweiger Parteiblatt. Nach einigen Jahren siedelte er nach Mannheim über und war dort bis zum Jahre 1900 tätig. Im Frühjahr 1901 ging er nach Leipzig an die „Volkzeitung“. Er war einer der beständigsten, unermüdblichsten Journalisten, die die Parteipresse aufzuweisen hatte. Die Leipziger Genossen sowie die Partei verdanken ihm ungemein vieles. Die Verdringung findet am Sonntagmorgen statt.

Das tragische Schicksal des kaum vierzigjährigen wird in der Partei allgemeine Teilnahme erregen. Von rastlosem Arbeiterleben befeuert, hatte Genosse Jaech eben seine überaus fleißige und verdienstvolle historische Studie zur Geschichte der Internationale beendet, als ihn ein schweres Nervenleiden befiel. Unter diesen Umständen bedeutet sein frühes Scheiden für ihn zugleich eine frühe Erlösung. Der Name des begabten und unermüdblichen Kämpfers wird unvergessen sein.

Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, erschienen. Es ist durch sämtliche Parteibüchereien zum Preise von 2 M. für das gebundene, 1,50 M. für das broschürierte Exemplar zu beziehen. — Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Arme und ihr Budget. — Die Kolonialpolitik. — Die Reichsfinanzwirtschaft. — Die Vesterierung des Primitivens. — Sozialpolitik und Arbeiterversicherung. — Vergarbeitergesetzgebung. — Landarbeiter. — Justizwesen. — Handelsverträge. — Die Parteien des Reichstages. — Das Reichstagswahlrecht. — Winke für die Agitation.

Den zweiten sozialdemokratischen Abgeordneten hat nunmehr die Stadtverordnetenversammlung in Offenbach am Donnerstag, den 3. Januar gewählt in dem Genossen Philipp Weipert. Vorher war auf den Vorschlag unserer Genossen ein bürgerlicher Herr ohne besondere Parteifarbung gewählt worden, der auch zunächst die Annahme des Postens erklärte, dann aber aus „Gesundheitsrücksichten“ resignierte. Nun wurde jede weitere Mühsucht auf bürgerliche Kreise beiseite gesetzt und Genosse Weipert gewählt, auf den 20 Stimmen entfielen, während sechs unbefriedigte Petitione sowie ein Petition mit dem Namen eines früheren bürgerlichen Abgeordneten abgegeben wurden. Jetzt kam der Hegeabbath wieder um den „Fall Weipert“ beginnen wie er um den Fall Eignert ausbrach — vorausgesetzt, daß der heftige Großherzog inzwischen nicht von seinen Ministern zur Nichtbestätigung befehrt wurde.

Vom Fortschritt der Presse. Auch der Braunschweiger „Volkfreund“ hat am 1. Januar, da er in ein neues stattliches Heim übergesiedelt ist, neues Gewand angelegt und seinen Umfang vergrößert. Genosse Wilhelm Elm erzählt in einem Mitteil „Nach 36 Jahren“ den Ferner Erinnerungen aus den ersten Jahren des Braunschweiger Parteiblattes!

Die gegenwärtige Wahlbewegung wird von unseren Nürnberg Genossen mit einer umfassenden Agitation für die Parteipresse verbunden. Am Sonntagvormittag wurde eine Agitationsnummer der „Fränkischen Tagespost“, die darauf zugeschnitten war, daß sie zugleich auch das erste Wahltagblatt erschien konnte, im Wahlkreis Nürnberg-Altendorf in 90 000 Exemplaren verbreitet.

Die Reorganisation der „Humanität“.

Paris, 1. Januar. (Fig. Ver.)

Die „Humanität“ teilt heute in einem Aufrufe an die Arbeiter Frankreichs das Ergebnis der Propaganda zugunsten des Blattes und die Details seiner neuen finanziellen und politischen Organisation mit. Seit dem Rotruf Navrois vom 5. Oktober ist die Zahl der Abonnenten von 3000 auf über 7000 gestiegen, die tägliche Auflage beträgt jetzt 80 000. Das monatliche Defizit, das früher 13 000 Fr. betrug, ist auf 10 000 Fr. reduziert worden, Ersparnisse in der Verwaltung und neue Verträge mit den Lieferanten werden es vom 15. April ab um weitere 4000 Fr. vermindern. Den Rest zu besorgen sind allerdings weitere Bemühungen der Genossen notwendig. Das Blatt ist im Augenblick völlig schuldenfrei. Die alten Aktionäre, die 1 Million eingezahlt hatten, haben auf jede Rückzahlung verzichtet und beanspruchen nur Aktien im Betrage von 25 000 Fr. Gestern ist die neue Aktiengesellschaft konstituiert worden. Das eingezahlte Kapital beträgt 125 000 Fr. Davon hat ein Parteigenosse 50 000 Fr. beigesteuert; der Anteil der französischen Partei, der in der Spende der deutschen Sozialdemokratie besteht, beträgt 25 000 Fr., wozu die von den deutsch-österreichischen, tschechischen und lettischen Sozialisten gespendeten Beiträge kommen. Das Aktienkapital wird aber durch Ausgabe von 3000 Aktien zu 25 Fr. auf 200 000 Fr. gebracht werden. Navrois appelliert in einem Artikel an die Opferwilligkeit der sozialistischen Arbeiter. Im Verwaltungsrat der neuen Gesellschaft sitzen nur Sozialisten. Die konstituierende Versammlung hat ferner beschlossen, die der Partei angehörenden Organisationen demnachst zusammenzuführen und sie selbst über den Anteil entscheiden zu lassen, den sie an der Leitung und Verwaltung des Blattes nehmen wollen. Den politischen und wirtschaftlichen Organisationen soll eine der Zahl der eingezahlten Aktien gleiche Anzahl von unübertragbaren Aktien überwiesen werden, die ihnen die entscheidende Macht in der Generalversammlung sichern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Aktion gegen den Karlsruher „Volkfreund“.

Aus Baden schreibt man uns: Das neue Jahr brachte uns eine feine Überraschung: die Karlsruher Kriminalpolizei im Dienste der Hoftheaterverwaltung gegen unser Partei-

organ „Volkfreund“. In der Redaktion des letzteren wurde dem Genossen Weichmann, während er verreist war, der Arbeitstitel zugeeignet. Dadurch glaubte sich die Inquisition in den Besitz eines Beweisstückes zu setzen zur Verfolgung eines Korrespondenten, den man unter den Angestellten des Hofes zu suchen scheint. In der vorigen Woche stand im „Volkfreund“ ein Artikel, der sich mit den außerordentlichen Gehalts- und Lohnzulagen an die Beamten und Arbeiter der großherzoglichen Hofverwaltung befaßte und durch seine Enthüllungen großes Aufsehen erregte. Ein liebevollerer Artikel hatte zuvor die Kunde durch die Karlsruher Lokalpresse gemacht und im Weihnachtstone die Hofstandszulagen an die Hofangestellten — insbesondere an das technische Personal des Hoftheaters — mit dem Hinweis darauf gerührt, daß diese Kategorie Leute auf ein außerordentliches Glücksjahr zurückblicken könne. Zu dem ansehnlichen Geldgeheim anlässlich des Großherzog-Jubiläums käme jetzt noch das brillante Weihnachtsgeschenk in der Höhe einesbaren Monatsgehalts.

Demgegenüber behauptete der Stundschaffer des „Volkfreund“: Das glänzende Jubiläumsgeldgeschenk habe in einer Flasche (dreiviertel Liter) Wein bestanden, das noch glänzendere metallische Weihnachtsgeschenk sei noch nicht eingetroffen, sondern nur in Sicht angekündigt worden zu den minimalen Beträgen von 70—25 Mark für die technischen Angestellten, zu viel minimaleren Ziffern für das übrige Personal. Deshalb sei man in Interessentenkreisen über diese prophanhafte Klatsch der bürgerlichen Residenzblätter recht ungelassen; umso mehr noch, als das hofmässige Drama die echt privatkapitalistische Moraltheorie gemurmelt habe: „Wem's so nicht behagt, der laß' gehen“.

Die Verdringung dieser Feststellung einer mit den Verhältnissen vertrauten Feder unterblieb; mit dem Siegel auf das Schloß des sozialdemokratischen Redaktionspultes war nichts bezweckt. Die Ausbeute versagte. Das weitere kam sich die Kriminalpolizei ersparen, da unsere badischen Landtagsabgeordneten bei der so überflüssigen Etatsposition „Jubiläum“ sich mit der Aufklärung dieser Korrespondenzpolitik des badischen Hofes befähigen werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die ausgesperrten Automobilfahrer

berammeln sich am Freitag morgen im Gewerkschaftshaus, um über die gegenwärtige Lage Beratung zu pflegen. Nach der Darstellung des Referenten Rettig haben 37 Betriebe ihre Leute ausgesperrt, darunter sind 10 größere Betriebe, die mehr als zehn Fahrer beschäftigen. Als ausgesperrt kommen in Betracht 522 Mann (mit 271 Frauen und 407 Kindern). Von den etwa 30 Betrieben, die sich nicht an der Aussperrung beteiligt haben, werden 200 Fahrer beschäftigt. Diese Fahrer, die etwa 80—90 Wagen fahren, haben Legitimationskarten vom Verband erhalten. — Die Hoffnung der Unternehmer, sofort genügend neue Kräfte einstellen zu können, hat sich nicht erfüllt. Sie geben sich viele Mühe, die alten Leute zu überreden oder Ersatzkräfte zu gewinnen. Die Firma Bedag hat 40 Briefe an Fahrer versandt, um sie zu veranlassen in Dienst zu treten, aber ohne Erfolg; die Briefe kamen zum Teil wieder zurück. Eine Firma, die acht Fahrer beschäftigt, hat schriftlich mitgeteilt, daß sie die alten Bedingungen wieder anerkenne. Nach einem Beschluß der vereinigten Unternehmer sollte zuerst der 5. Januar ein entscheidender Tag sein. Man hatte den Leuten das Ultimatum gestellt: „Entweder Ihr lehrt bis zum 5. Januar zurück und fügt Euch oder Ihr werdet niemals wieder angestellt.“ In ihrer Versammlung am Donnerstagabend sahen sich aber die Unternehmer genötigt, die Galgenfrist bis zum Donnerstag, den 10. Januar, zu verlängern, weil sie die Wirkungslosigkeit ihrer Drohung erkannten. Die Behauptung, daß viele Betriebe ihre Wagen vorzugsweise des Nachts fahren lassen, um vor Verhaftungen durch die ausgesperrten sicher zu sein, ist eine falsche, wie die Streikposten bekundeten. Alle Betriebe werden gut überwacht und auch auf den Arbeitsnachweis der Unternehmer in der Wiltshamerstraße haben die ausgesperrten ein scharfes Auge. — In der Bezirkshilfe des Verbandes der Drohschleifer wurde angeregt, daß ein Teil der ausgesperrten vorläufig bei den Pferdewägen unterkommen könne, und daß sie auf das Entgegenkommen der Drohschleifer rechnen dürften, wurde bestimmt versichert. Veder, der diese Anregung den Versammelten unterbreitete, wies darauf hin, daß es sich nicht darum handelte, an Unterstützungsgeldern zu sparen, sondern daß den Ungebildigen damit eine Tätigkeit angeboten werden soll. Wiederholt wird davor gewarnt, persönlich Abmachungen mit den Unternehmern zu treffen. In jedem Falle muß die Organisation in Kenntnis gesetzt werden. — Die Berichte bürgerlicher Blätter, besonders des „Lokal-Anzeigers“, wurden scharf kritisiert; man bemängelte, daß es immer noch so hingestellt werde, als hätten die Führer selbst Lohnforderungen erhoben, während sie nur den bisherigen Verdienst von etwa 6—7 M. pro Tag sich erhalten wollen, was bei ihrer aufreibenden Arbeit und den heutigen Lebensmittelpreisen bescheiden genug ist. Die Unternehmer wollen die Arbeit den Fahrern noch erschweren, indem sie verlangen, daß das Wogenwaschen von den Fahrern selbst besorgt und damit eine Mark täglich gepakt wird, aber für diese Art der „Lohnhöhung“ sind die Führer nicht zu haben. — Sie sind entschlossen, in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe auszuhalten und rechnen auf den Sieg.

Der Streik in den Siemenswerken ist gestern von den Ausständigen abgebrochen worden. In dieser sechsständigen Aussprache wurde in der getriggen Streikversammlung das Für und Wider über die Weiterführung oder den Abbruch des Streiks erörtert. Die schließliche geheime Abstimmung ergab sodann folgendes Resultat. Von den abgegebenen gültigen Stimmen erklärten sich 1071 für Fortsetzung und 682 für Aufhebung des Streiks. Da somit die statutenmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit für Weiterführung des Kampfes nicht völlig erreicht war, so mußte der Streik als beendet erklärt werden. Das Abstimmungsergebnis dürfte zweifellos den besten Beweis dafür liefern, daß sich die Streikenden in ihrer Mehrzahl durchaus noch nicht erschöpft fühlten, obwohl bereits rund 13 Wochen verfloßen sind, seit die erste Gruppe der Arbeiter vom Automobilwerk in den Ausstand trat resp. ausgesperrt wurde. Doch die Befürworter der Aufhebung waren der Meinung, daß sich ein Erfolg nicht mehr erzielen lasse, selbst wenn der Streik auch mit der alten Energie und Einmütigkeit weitergeführt werde. Zwar hat die Firma Siemens bei weitem nicht die genügende Anzahl Arbeitswilliger erhalten, um etwa die Streikenden ersetzen zu können, doch sie lieh im Betrieb fängerade gehen und arbeitete lieber mit enormem Verlust, damit sie der Öffentlichkeit gegenüber nur nicht als der unterlegene Teil gelten brauche. Den billigen Ruhm kann die Millionenfirma nun solange genießen, bis die Arbeiter den gegenwärtig abgebrochenen Kampf bei passender Gelegenheit wieder aufnehmen.

Die Bewegung in der Holzindustrie.

Am Donnerstag tagte in Kellersaal wieder eine ungedröhtlich stark besuchte Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes. Glöckle gab einen Bericht über die Situation. Er gab einen Überblick über die letzten Verhandlungen mit den Vertretern der Unternehmer vor dem Einigungsamt. Es ist dabei kein Resultat erzielt worden, denn die Meister verließen ihren ablehnenden Standpunkt nicht und die Vertreter der Arbeiter konnten natürlich ihre auf Verbesserung des Vertrages gerichteten Wünsche nicht gänzlich fallen lassen. Zu einem Entgegenkommen zeigten sich die Meister aber nicht geneigt, sie scheinen entschlossen, die Aussperrung ins Werk zu setzen. Die Vorstände der Unternehmerverbände haben neuerdings wieder ein Zirkular an ihre Mitglieder verfaßt. Es enthält die schon in einem früheren Zirkular bekanntgegebenen Anweisungen zur Vorbereitung für die am 12. Januar

zu beginnende Aussperrung. Nur der eine Punkt, welcher hervorgehoben, daß nach dem Zeit keine Arbeiter mehr eingestellt werden sollen, ist in der Weise geändert, daß, wenn Arbeiter eingestellt werden, dies nur in Lohn und unter Ausschluß der Kündigung ausgegeben werden sollen, daß sie bis zum 12. Januar fertig sind. Im Anfang dieses Zirkulars, das vom 28. Dezember datiert ist, heißt es: „daß bis heute keine Tatsachen vorliegen, welche den Schluß rechtfertigen, daß der Streik bezw. die Aussperrung vermieden werden können.“ — Es ist eine Entstellung der Tatsachen, wenn die Meister von der Aussicht auf einen Streik reden. Die Arbeiter haben nicht beabsichtigt, einen Streik für irgendwelche Forderungen ins Werk zu setzen, sie würden auch nicht streiken, wenn ein neuer Vertrag nicht zustande kommt. Die Meister sind demnach nicht etwa in der Lage, Forderungen der Arbeiter abzuwehren, sondern sie handeln sich für sie nur darum, die Arbeiter zu unüberänderlichen Verlängerung des Vertrages zu zwingen. Es ist also nicht wahr, daß den Unternehmern ein Streik droht, der durch die Aussperrung abgewendet werden soll. Trotzdem wollen die Meister die Arbeiter aussperrten. Man weiß zwar nicht, ob sie alle in diesem Vorhaben einig sind, aber die Arbeiter müssen so rechnen, als ob die Unternehmer vollkommen einig wären und von diesem Standpunkt aus haben wie die Situation zu beurteilen. Es muß damit gerechnet werden, daß, wenn es zum Kampfe kommt, derselbe ein langer und schwerer sein wird. Deshalb sind auch an den Opfermut und an die Disziplin der Kollegen die höchsten Anforderungen zu stellen. In die Disziplin insofern, als sich jeder mit größter Strenge den Beschlüssen und Weisungen der Ortsverwaltung zu fügen hat. Wenn ein Unternehmer nur einen Teil der Arbeiter aussperrt, und er kann dadurch getroffen werden, daß auch die übrigen Arbeiter den Betrieb verlassen, dann wird dies geschehen, jedoch nur auf ausdrückliche Anordnung der Verwaltung, bei der in jedem Falle Meldung von der Aussperrung zu machen ist. Ohne ausdrückliche Anordnung der Verwaltung hat kein Kollege den Betrieb zu verlassen. Wer eigenmächtig die Arbeit verläßt, erhält keine Unterstützung. — Glöckle erzog alle Möglichkeiten des Kampfes und ersuchte die Versammlung, hiernach ihre Beschlüsse zu fassen.

Die Diskussion bewies, daß die Stimmung der Arbeiter sich seit der vorigen Vertrauensmännerversammlung nicht im geringsten geändert hat. Alle Redner sprachen sich dahin aus, daß an ein Zurückweichen nicht zu denken sei. Man müsse den Dingen ihren Lauf lassen und wenn die Unternehmer den Kampf beginnen, werden ihn die Arbeiter annehmen und kein Opfer scheuen, um ihn mit Erfolg durchzuführen. Ein Redner erwähnte eines Berichtes, wonach der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein sich mit den Unternehmern geeinigt haben soll. Daß die Unternehmer mit der Möglichkeit einer Unterwerfung der Hirsch-Dunderschen von vornherein gerechnet haben, geht aus einem Passus des erwähnten Zirkulars hervor. Es heißt da: „Am 12. Januar 1907 sind alle Arbeiter zu entlassen, welche dem Holzarbeiterverbande angehören.“ Ob Mitglieder anderer Arbeiterorganisationen, z. B. des Gewerbevereins (Hirsch-Dunder), der christlichen bzw. katholischen Verbände zu entlassen sind, darüber erhalten Sie vor dem 12. Januar noch besondere Nachricht. Nichtorganisierte Arbeiter sind nicht zu entlassen.“ — Ein anderer Redner bemerkte hierzu, wenn wirklich ein Sonderabkommen mit anderen Organisationen getroffen sein sollte, so könne das die Position des Holzarbeiterverbandes nicht schwächen, denn die Handvoll Hirsch-Dunderscher, Christlicher und Nichtorganisierter können keine zuverlässige Stütze der Unternehmer sein.

Die Versammlung beschloß, auf dem bisherigen Standpunkt zu verharren, da das Verhalten der Unternehmer keine andere Möglichkeit zuläßt. — Für den Fall der Aussperrung wurden noch folgende Beschlüsse gefaßt: Alle Vorkommnisse in den Werkstätten sind sofort der Ortsverwaltung zu melden. — Von der zweiten Woche im Januar an wird ein obligatorischer Extrabeitrag von 1 M. wöchentlich erhoben. — Unterstützung wird von der zweiten Woche der Aussperrung an gezahlt. — Den Anordnungen der Ortsverwaltung betreffs Abreise der Aussperrten ist unbedingt nachzukommen.

Alle diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. — Zur Abreise der Aussperrten sagte Glöckle: Es sei diesmal nicht nur die Abreise der Ledigen beabsichtigt, sondern auch verheiratete Kollegen haben, wenn es die Ortsverwaltung anordnet, (wobei natürlich die persönlichen Verhältnisse berücksichtigt werden), abzureisen. Wenn hierdurch die Unternehmer vielleicht ihre besten Arbeitskräfte dauernd verlieren, so ist das eine Folge des Kampfes, den die Unternehmer nun einmal haben wollen.

Die Arbeit niedergelegt haben gestern die Arbeiter mehrere Abteilungen des Emailier-Werks von Gottfried Dichtung, Wühlstraße 73. Es sollte in dem Betriebe die bereits eingeführte acht- resp. achteinhalbstündige Arbeitszeit wieder auf neun resp. neuneneinhalb Stunden verlängert werden. Da eine Verständigung nicht zu erzielen war, so stellten die Emailierer usw. die Arbeit ein. Es ist Pflicht der in Frage kommenden Berufsarbeiter, das Werk bis auf weiteres zu meiden.

Die Brauereihandwerker versammelten sich am Donnerstagabend im Englischen Garten, um den Kommissionsbericht über den Stand ihrer Lohnbewegung zu hören. Siering berichtete, daß Verhandlungen mit den Unternehmern am 3. Dezember v. J. und am 2. Januar stattgefunden haben. Drei Fragen standen im Vordergrund: die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erhöhung der Löhne, die Regelung der Bierfrage. — Die Arbeiter verlangen die 9 stündige Arbeitszeit, die Unternehmer wollen um jeden Preis die 9 1/2 stündige Arbeitszeit aufrechterhalten und berufen sich dabei auf die Brauer, die sich mit 9 1/2 Stunden pro Tag zufrieden erklärt haben. Siering tabelte scharf das Verhalten der Brauer, in dieser wichtigen Frage, und machte sie verantwortlich für die Schäden, die den Mitarbeitern in den Brauereien daraus erwachsen. In der Lohnfrage wurde nach langen Unterhandlungen folgende Tabelle aufgestellt, welche die Arbeiter unbefriedigt ließ, weil die geringen Lohnhöhen teils schon in Geltung sind und nur Wenigen zugute kommen würden:

Der Mindestlohn soll betragen pro Woche für Anstreicher M. 28, bisher M. 24; Gärtner M. 28, bisher M. 24; Gattler M. 30, bisher M. 27; Raler und Radierer M. 30, bisher M. 27; Elektromonteur M. 32, bisher M. 28; Schlosser M. 32, bisher M. 29; Stellmacher M. 32, bisher M. 29; Schmiede M. 32, bisher M. 29; Tischler M. 33, bisher M. 30; Klempner M. 34, bisher M. 30; Rohrleger M. 34, bisher M. 30; Dreher M. 34, bisher M. 30; Rauer M. 33, bisher M. 30; Zimmerer M. 33, bisher M. 30; Dachdecker M. 33, bisher 30; Kupferschmiede M. 34, bisher M. 31.

In der Bierfrage soll alles beim alten bleiben. Die Arbeiter wünschen das Freibier nicht, sondern wollen es bezahlen, wenn sie einen anständigen Lohn erhalten. Die Unternehmer denken anders darüber und ihre Ansicht ist die maßgebende.

Die Arbeiter verlangten u. a. auch den ersten Mai als Feiertag. Dies wurde abgelehnt, aber das Zugeständnis gemacht, daß kein Grund zu einem Arbeitsbruch daraus abgeleitet werden dürfe, wenn die Arbeiter einer Brauerei den 1. Mai feiern. Die Unternehmer verlangten den Abschluß des Tarifs auf drei Jahre und mit den Brauergesellen haben sie tatsächlich einen Tarif auf 3 1/2 Jahre abgeschlossen.

Schmittau, Vertreter der Radfahrer und Heizer, berichtete dann über die Verhandlungen seiner Organisation mit den Unternehmern, nach welchen der Achtstundentag teilweise zugelassen worden ist, und eine kleine Lohnaufbesserung stattfinden sollte. Auch die Radfahrer und Heizer sind unzufrieden mit den geringen Zugeständnissen.

In der Diskussion wurde die Haltung der Unternehmer von allen Seiten angegriffen und nachdem ein Berichtsteller von der Vertrauensmännerversammlung, die vorher zusammengetreten war, erklärte, daß die Vertrauensmänner die Ablehnung der Vorklage empfahlen, wurde eine dementsprechende Resolution angenommen. Es heißt darin, daß die Vorschläge der Unternehmer

So geringe Zugeständnisse enthalten, daß sie unannehmbar seien. Die Kommission wird beauftragt, neue Verhandlungen anzubahnen.

Die Kassenabrechnung von 24 M. wurde dem sozialdemokratischen Wahlfonds überwiesen.

Deutsches Reich.

Der „Gastwirtsgehilfe“, das Organ des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, erscheint mit der ersten Nummer d. J. in einem neuen Gewande, d. h. das Format ist so vergrößert worden, daß es jetzt dem des „Vorwärts“ entspricht. Das Blatt erscheint wöchentlich 2 Bogen stark und hat eine regelmäßige Auflage von 7400 Exemplaren. Die Organisation selbst hat einen Mitgliederbestand von über 6000. Der die großen Schwierigkeiten bedenklich, welche sich der Organisierung der gastwirtschaftlichen Angestellten entgegenstellten, wird dies immerhin als ein erfreuliches Resultat bezeichnen müssen. Die Organisation hat namentlich im letzten Jahre ganz erfreuliche Fortschritte gemacht. Der Mitgliederbestand ist in denselben von 3908 auf 6000 gestiegen. Hierunter befinden sich auch 2 Ortsvereinigungen für weibliche Angestellte in München und Nürnberg, wovon die erstere gegen 800 Mitglieder zählt. Der „Gastwirtsgehilfe“ teilt weiter noch mit, daß mit dem 1. Januar auch ein Verein der Berliner Bierabzieher als besondere Sektion zum Verband übergetreten ist. Schließlich steht, wie uns noch mitgeteilt wird, der Verband der Gastwirtsgehilfen mit dem Verband der Hotelkellner zwecks Verschmelzung beider in Unterhandlung. Es wäre im höchsten Grade wünschenswert, daß die gastwirtschaftlichen Angestellten aller Branchen sich zu einer starken Organisation zusammenschließen, damit endlich auch in diesem Berufe der Kampf gegen die Verelendung und großen Mißstände mit größerem Nachdruck geführt werden könnte.

Ausland.

Der schweizerische Buchdrucker- und Verlegerverein. Der schweizerische Buchdrucker-Prinzipalverein schied den Gehältern vor Neujahr wegen des Tarifs noch rasch die Pistole auf die Brust. Er erklärte nämlich, dem neuen Tarif nur dann seine Zustimmung zu geben, wenn seine Gültigkeitsdauer auf 6 statt auf 5 Jahre gesetzt wird. Der Typographenbund mußte deswegen Hals über Kopf noch eine Delegiertenversammlung abhalten, um zu dieser neuen Situation Stellung zu nehmen. Es wurde mit allen gegen die Stimmen der Züricher Vertreter beschlossen, den Tarif dennoch anzunehmen, jedoch die Frage der Dauer offen zu lassen und erneut hierüber in Unterhandlung zu treten. Des weiteren beschloß die Versammlung, die Statuten des Einigungsamtes für das schweizerische Buchdrucker- und Verlegergewerbe zu kündigen, um eine Revision derselben herbeizuführen.

Kopenhagen ohne Straßenbahn und Omnibus. In den Straßen der dänischen Hauptstadt herrschen seit dem 2. Januar sonderbare Zustände. Das gewohnte Klingeln und Rauseln der Straßenbahnen ist gänzlich verstummt und der Omnibusverkehr, der ja von denselben Gesellschaften betrieben wird, liegt ebenfalls gänzlich still. Am Morgen des ersten Streiktages trat harter Schneefall ein und später Tauwetter. Die tausenden Arbeiter und Geschäftsleute, die sonst mit Straßenbahn oder Omnibus fahren, mußten ihre weiten Wege durch den Straßenschmutz waten, und selbst jene, denen es auf eine Krone nicht ankommt, konnten nur mit vieler Mühe und nur zu einem kleinen Teil Fahrgelegenheit finden, denn die Taxisten konnten selbstverständlich den Verkehr lange nicht bewältigen. Auf der Eisenbahn nach Hellerup und Klampenborg war der Verkehr so stark, wie sonst nur an schönen Sommerfesttagen.

Die Kopenhagener Gesellschaft, die sonst über 400 Wagen im Betrieb hat, rechnet, wie es scheint, damit, daß sie mit ihren 50 höheren Beamten als Wagenführer und Konduktoren vielleicht 20 Wagen in Gang setzen kann, die Kopenhagener Gesellschaft in derselben Weise von ihren sonst 60 Wagen vielleicht 6. Ob aber diese Beamten sich zu Streikbrecherdiensten hergeben werden, ist noch fraglich, denn das Klassenbewußtsein und -Gefühl beschränkt sich in Dänemark, und namentlich in seiner Hauptstadt, nicht allein auf die Arbeiter und unteren Angestellten. Auch besser bezahlte und höher gestellte Leute scheuen sich des Streikbruchs.

Am letzten Tage vor Ausbruch des Streiks lag den Parteien noch ein Vermittlungsvorschlag des Stadtverordnetenpräsidenten Tietz vor, wonach die Streitfragen durch ein, aus einem Bürgermeister und drei Stadtverordneten zu bildendes Schiedsgericht entschieden werden sollten. Dieser Vorschlag wurde von den Angestellten in geheimer Abstimmung mit 949 gegen 296 Stimmen verworfen. Das hatte jedoch wenig zu bedeuten, denn schon vordem hatten die Gesellschaften den Vorschlag abgelehnt. Im übrigen haben sich sowohl der Vorstand der Straßenbahnenorganisation wie der Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes alle mögliche Mühe gegeben, und noch bis zum letzten Augenblick versucht, einen annehmbaren Vergleich zustande zu bringen. Die Gesellschaften wollten wohl die bescheidenen Forderungen bewilligen ohne großen Schaden für ihre Aktionäre. Die Kopenhagener Straßenbahnen haben im letzten Jahre 5 530 193 Kronen, das sind 500 850 Kronen mehr als im Jahre 1906, eingenommen und ihr Reingewinn war um 118 000 Kronen höher als 1905. Durch den Streik büßt diese Gesellschaft täglich eine Einnahme von 16 445, oder, die Unkosten abgerechnet, von 5759 Kronen ein.

Widerstand gegen die Steuerschraube.

Eine immer schärfere Heranziehung zur Einkommensteuer — das war eines der Mittel, mit denen man in der Berliner Stadtverwaltung sich zu helfen suchte, als in den letzten Jahren das Geldbedürfnis der Gemeinde stärker als ihre Einnahme wuchs, so daß dem sonst so vollen Stadtsäckel Ebbe zu drohen schien. Hierbei hat man aber nicht so sehr die großen Steuerzahler aufs Korn genommen, als vielmehr die Leute mit geringem Einkommen, über die im Rathaus ja so oft von freimüthiger Seite behauptet worden ist, daß sie ohnedies bei der Einkommenabkürzung und Steuerveranlagung viel zu glimpflich behandelt würden.

Die zunehmende Strenge gegenüber den „kleinen Leuten“ hat nun die Folge gehabt, daß in den unteren Einkommensstufen die Zahl der Verurteilungen gegen das Veranlagungsergebnis ganz außerordentlich gestiegen ist. In den Einkommensstufen 900 M. bis 3000 M. waren die Verurteilungen gegen die Veranlagung zur Ein-

kommensteuer im Steuerjahr 1905/06 um 46 Proz. höher als drei Jahre vorher, während in denselben drei Jahren die Zahl der Steuerpflichtigen dieser Einkommensstufen nur um 33 Proz. gestiegen ist. Im letzten Steuerjahr entfielen nämlich auf diese Einkommensstufen 70 115 Verurteilungen, im Steuerjahr 1902/03 aber wurden dort nur 47 871 Verurteilungen gezählt. Die Zahl der Steuerpflichtigen dieser Stufen stellte sich im Steuerjahr 1905/06 auf 505 241, drei Jahre vorher waren es 378 484. Doch vielleicht waren die Steuerpflichtigen, die zu dem Mittel der Verurteilung ihre Zuflucht nahmen, größtenteils nur Drückeberger, deren Einspruch bei genauerer Prüfung sich als unbegründet erweist? Belehren soll uns hierüber das Ergebnis dieser Prüfung, das alljährlich in den Berichten der Steuerverwaltung mitgeteilt wird. Von den oben erwähnten 70 115 Verurteilungen des letzten Steuerjahres rührten 69 929 von Steuerpflichtigen her und nur 186 von Vorstehenden der Veranlagungskommissionen. Aus der Gesamtzahl wurden 69 854 noch im Laufe des Jahres erledigt, und zwar mußten 63 212 berücksichtigt werden und nur 6642 wurden abgewiesen. Im Steuerjahr 1902/03 waren unter den 47 871 Verurteilungen 47 760 von Steuerpflichtigen und 111 von Kommissionsvorstehenden. Aus der Gesamtzahl wurden damals 47 543 noch im Laufe des Jahres erledigt, 42 656 durch Berücksichtigung und 4887 durch Abweisung. (Hierbei ist in den Berichten nicht unterschieden zwischen Verurteilungen der Steuerpflichtigen und Verurteilungen der Vorstehenden; doch könnten die Verurteilungen von Vorstehenden, selbst wenn sie alle berücksichtigt worden wären, bei der Wichtigkeit ihrer Zahl nicht ins Gewicht fallen.) Abgewiesen wurden in 1905/06 nur 10 1/4 Proz. der Verurteilungen, in 1902/03 konnten nur 9 1/2 Proz. abgewiesen werden. Also nur bei etwa einem Zehntel der Verurteilungen aus den Einkommensstufen 900 M. bis 3000 M. war Abweisung möglich — und der Anteil der Abweisungen ist in den letzten Jahren nicht größer, sondern eher noch geringer geworden. Der finanzielle Effekt der Berücksichtigungen bzw. Abweisungen war übrigens im letzten Steuerjahr ein Steuerausfall von 579 405 M. und andererseits eine Steuererhöhung um nur 5380 M., vor drei Jahren ein Steuerausfall von 406 003 M. und eine Steuererhöhung um nur 3446 M.

Wie steht es denn nun aber mit den höheren Einkommen, die über 3000 M. liegen? Auch hierüber geben uns die Berichte der Steuerverwaltung Aufschluß. Die Verurteilungen sind hier sehr viel weniger zahlreich; es kamen z. B. im letzten Jahr auf je 100 Steuerpflichtige der Stufen über 3000 M. nur etwa 5 Verurteilungen Steuerpflichtiger, aber auf je 100 Steuerpflichtige der Stufen unter 3000 M. etwa 14 Verurteilungen Steuerpflichtiger. Die Zahl der Verurteilungen zeigt in der Gruppe dieser höheren Einkommen auch von einem Jahr zum anderen mancherlei Schwankungen nach oben oder unten, während in der der kleineren Einkommen eine ständige und sehr erhebliche Vermehrung der Verurteilungen zu erkennen ist. Das Steuerjahr 1905/06 brachte bei 57 006 Steuerpflichtigen der Einkommensstufen über 3000 M. nur 2993 Verurteilungen, 2628 von Steuerpflichtigen und 365 von Kommissionsvorstehenden. Im Steuerjahr 1902/03 waren hier bei 53 899 Steuerpflichtigen 2979 Verurteilungen gezählt worden, 2530 der Steuerpflichtigen und 449 der Vorstehenden. Man sieht, daß hier verhältnismäßig oft auch von den Kommissionsvorstehenden zu dem Mittel der Verurteilung gegriffen wurde. Aus der Gesamtzahl der Verurteilungen wurden im letzten Jahr 2882 erledigt, 2163 durch Berücksichtigung, 719 durch Abweisung. Vor drei Jahren waren von 2911 erledigten Verurteilungen 2274 berücksichtigt und 637 abgewiesen worden. Hier beträgt der Anteil der Abweisungen rund ein Viertel der Verurteilungen; es stellt sich also bei den größeren Steuerzahlern sehr viel öfter als bei den „kleinen Leuten“ heraus, daß ohne Grund Einspruch erhoben worden war. Das kommt auch zum Ausdruck in dem finanziellen Effekt. Aus den Berücksichtigungen bzw. Abweisungen ergab sich in 1905/06 ein Steuerausfall von 186 050 M., aber andererseits auch eine Steuererhöhung um den ganz hübschen Betrag von 32 044 M., in 1902/03 ein Steuerausfall von 204 324 M., andererseits eine Steuererhöhung um sogar 54 999 M.

Solche Zahlen bestätigen aufs neue die alte Erfahrung, daß die Steuerscheu der Wohlhabenden im allgemeinen noch größer ist als die der Unbemittelten. Durch die indirekten Steuern, die dem Unbemittelten die Lebensmittel und Gebrauchsmittel verteuern, wird die bestehende Klasse verhältnismäßig sehr wenig belastet. Auch die direkten Steuern haben für sie nicht annähernd die Bedeutung, wie für die heftlosere Klasse. Aber der Wohlhabende setzt sofort Simmel und Döle in Bewegung, wenn er sich mal zu hoch besteuert glaubt. Die Steuerscheu führt dann auch dazu, daß in den Gemeinden, z. B. in Berlin, möglichst mit dem Gemeindeforschlag zur Staatseinkommensteuer nicht über 100 Proz. hinausgegangen wird. Reiche Leute schreien, wenn sie noch mehr Steuern zahlen sollen. Lieber soll man, so mahnen sie, den „kleinen Mann“ noch strammer herannehmen und höher einschägen.

Gerichts-Zeitung.

Niedriger Anstiftung zu Verleumdungen

war der Kaufmann Adolf Aron angeklagt. Neben ihm nahm auf der Anklagebank in der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht der 12jährige Schüler Willi Steingraber wegen Verleumdung Platz. Aron ist Inhaber eines Herrenzuberobengeschäfts in der Waldstr. 41. Mit dem Eigentümer des Hauses, Kaufmann Hermann war er aus Anlaß von Prozessen verfeindet. Diese Feindschaft veranlaßte Aron zu einem recht niedrigen Nachkauf. Er sammelte eine Anzahl halbwüchsiger Knaben um sich und setzte

für sie Belohnungen dafür aus, daß sie den Hauswirt Hermann auf der Straße, wosie ihn treffen, verspotten und verhöhnen. Die Jungen kamen dieser Aufforderung gern nach. Sobald Herr Hermann sich auf der Straße sehen ließ, zog eine Schaar johlender Strahnjungen hinter ihm her, die ihm alle möglichen Schimpfwörter zuriefen. Auch wurden ihm allerlei Schabernacks gespielt, sein Name mit beleidigenden Bemerkungen an die Wände geschrieben; einmal wurde ihm eine frisch gestrichene Wand in höflicher Weise mit schwarzem Lack ruiniert. Eines Tages beobachtete Hermann, wie der Angeklagte wiederum eine Anzahl Knaben instruierte und ihnen Zehnpfennigstücke aushändigte. Durch eine kleine List hatte er es bald herausbekommen, daß Aron die Jungen aufgeschickelt hatte, ihn wegen seines Augenleidens zu verspotten. Jetzt stellte er gegen Aron Strafantrag. Vor Gericht gestand der mitangeflagte Schüler Steingraber ein, daß er von A. für das Verspotten des Hermann Geldgeschenke erhalten hatte. Der Staatsanwalt bezeichnete die Handlungsweise des Aron als eine so überaus gemeine und niederträchtige, daß sie nur mit einer empfindlichen Freiheitsstrafe gesühnt werden könne. Der Antrag gegen Aron lautete deshalb auf 14 Tage Gefängnis, gegen den Schüler auf einen Verweis. Das Gericht nahm mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des A. von einer Freiheitsstrafe Abstand und erkannte auf eine Geldstrafe von 75 M. Der Schüler Steingraber wurde mit einem Verweise bestraft.

Ein russischer Industriekritiker.

Der es verstanden hat, mehrere weibliche Kapitäne und Offiziere der Heilsarmee und hier weisende Russen zu schröpfen, stand gestern in der Person des Reichers Edgar v. Grünberg vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist der Sohn eines russischen Staatsrats, hat in Russland und Deutschland technischen Studien abgelegt, ist aber mit der Zeit total verbummelt und moralisch heruntergekommen. Im Jahre 1900 ging er nach Brasilien, weilte dort bis Ende 1902 und kehrte dann nach Deutschland zurück, wo er bald die verschiedensten Betrügereien verübte und mehrfach bestraft wurde. Eine Spezialität von ihm waren Betrügereien gegen die Heilsarmee, derentwegen er zuletzt zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Nachdem er im August aus dem Gefängnis entlassen worden war, hat er seine Betrügereien sofort wieder aufgenommen. Er wandte sich zunächst an die Heilsarmee und erhielt auf sein Ersuchen Nachtquartier und etwas Jergeld. Dann kam er fast täglich in die Versammlungen der Heilsarmee und predigte unter den mannigfaltigsten schwindelhaften Angaben eine „Leutnantin“ und eine „Kapitänin“ um Beträge in Höhe von ungefähr 80 M. Geld gab er an, er sei als Zeichner bei Vorsig beschäftigt und bedürfe eines Reizzeuges, bald behauptete er unter Vorzeigung einer von ihm angefertigten angeblichen Depesche, daß seine Mutter mehrere hundert Rubel an ihn abgehändelt habe, die ihm auf der russischen Post ausbezahlt werden würden. Dann lernte er in einer Gesellschaft von Russen den Schriftsteller Larsen kennen, dem gegenüber er behauptete, russischer Deferteur zu sein. Mit Hilfe einer Visitenkarte des Herrn L., die ihm dieser gelegentlich überlassen hatte, versuchte er einen kleinen Schwindel zu inszenieren, der ihm aber nicht gelang. In einem anderen Falle predigte er eine „Offizierin“ der Heilsarmee unter dem Vorgeben, er müsse nach Russland zurück, um dort Soldat zu werden. Einem russischen Studenten der Musik schwindelte er vor, sein Vater habe für ihn 300 Rubel nach Hamburg geschickt, da er aber kein Geld zur Reise nach Hamburg besitze, habe er seinen Vater ersucht, das Geld an die Adresse des Studenten zu senden. Der Student war leichtgläubig genug, ihm daraufhin Vorschüsse in Höhe von 58 M. zu geben. Einem anderen russischen Studenten der Musik hat er 11 M. abgenommen. Dessen Visitenkarte benutzte er dazu, um sich in den Besitz der wertvollen Geige desselben zu setzen. In der Abwesenheit seines Wohltäters ersah er bei der Wirtin desselben, überreichte die Visitenkarte, auf welche er das Ersuchen um Ueberlassung der Geige an den Ueberbringer geschrieben hatte und nahm das Instrument, welches einen Wert von zirka 700 M. hatte, in Empfang. Der Schaden, den er in diesem Falle angerichtet hat, ist kein allzu großer gewesen: er hatte die Geige für 12 M. veräußert, und der Eigentümer hat sie für diesen Preis wieder zurückkaufen können. In ähnlicher Weise hat der Angeklagte noch mehrere Personen beschwindelt. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus und 300 M. Geldstrafe eventuell noch 30 Tagen Zuchthaus.

Der Schulkinderstreik zieht immer mehr Verurteilungen nach sich.

Die zweite Strafkammer in Posen verurteilte am Donnerstag den Verantwortlichen Redakteur der national-polnisch-demokratischen Wochenchrift „Praca“, Epitmus Switala, wegen Vergehens gegen den § 110 des Strafgesetzbuchs (Aufforderung zum Ungehorsam gegen rechtsgültige Verordnungen von Verwaltungsbehörden) in zwei Fällen zu je 200 M. Geldstrafe, den Redakteur des polnisch-gemäßig-liberalen Blattes „Dziennik poznański“, Krowkowski, wegen desselben Vergehens zu 100 M. In einem zweiten Falle wurde dieser Angeklagte freigesprochen.

Derartige Verurteilungen und Beurteilungen wegen Wahrnehmung der Elternrechte gegen Ansichten der Behörden sind recht bezeichnend für die Auffassung, welche Aufgaben nach Ansicht der herrschenden Klassen der Justiz zufallen. Die Urteile selbst müssen gegen die herrschenden Zustände aufreizender wirken als der aufreizendste Artikel.

Ein tödlicher Unfall beim Bau.

Zu der Gerichtsverhandlung gegen den Bauunternehmer Bornemann und den Schornsteinbauer Bachmann wird und mitgeteilt, daß der bei der Reparatur des Schornsteins ums Leben gekommene Arbeiter nicht Müller, sondern Otto Koller hieß. Bei der Reparaturarbeit beschäftigt waren außer dem tödlich Verunglückten nur der freigesprochene Schornsteinbauer Bachmann.

Singegangene Druckschriften.

Blut. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Verlaggeber: Georg Bernbard.) Heft 1. Abonnements einschließlich der Bluts-Verkauf nichtjährlich per Post und Buchhandel 3,60 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Großlichtentrag, Weichstr. 69.
Der Arbeitsmarkt. Nr. 7. Halbmonatsschrift der Zentralkasse für Arbeitsmarkterichte (Verlaggeber: Prof. Dr. J. Zastrow). — Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Nr. 4. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlaggeber: Dr. J. Zastrow und Dr. A. Fleck. Verlag von Georg Reimer in Berlin W. 35.
Hand- und Hülfesbuch für den praktischen Metallarbeiter. Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesamten Metallbearbeitung für den Praktiker. Reicht den zugehörigen Hülfswissenschaften. Mit 30 Tafeln und etwa 800 Abbildungen. Von D. Schubert. Das Werk erscheint in 30 Heften zu 50 Pf. (K. Hartlebens Verlag in Wien und Leipzig.)

Advertisement for Nordsee products. Teures Fleisch, Billige Seefische. Seelachs, Cabliau, Großer Schellfisch. Includes prices and contact information for Nordsee company.

5%
Rabatt
auf sämtliche Einkäufe

Billiges und grösstes Kaufhaus des „Nordens“

Norden-Marken
auf sämtliche Einkäufe

Jacques Cohn

Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „Norden“.

Wedding, Müllerstr. 182-183, Ecke Sellerstr.



Heute, Sonnabend, nachmittag 3 Uhr



eröffnen wir unseren bereits angekündigten

spottbilligen Verkauf!

Es werden

Gelegenheitsposten mit sämtlichen Restbeständen

der Inventur zu derartig billigen Preisen ausverkauft, wie es seit unserem ca. 15 jährigen Bestehen noch nicht dagewesen!

Solange die Vorräte reichen:

Fabelhaft billig!
Reinseidene Blusenstoffe
moderne, aparte Muster
Wert Mtr. bis 4.⁹⁵ jetzt
1 1⁹⁵ M.

- Wollene Blusenstoffe, doppeltbreit, hell u. dunkl. kariert Wert Meter bis 2.10 jetzt Meter 95 Pf.
- Kostümrockstoffe, ohne Futter zu verarbeiten Wert Meter bis 3.00 jetzt Meter 1.95
- Karierte Blusenstoffe, Ersatz für Wolle, neueste Muster, Kupon 2 1/2 Meter jetzt 95 Pf.
- Kleidersatins, einfarbig, Wert Meter bis 65 Pf. jetzt Meter 38 Pf.
- Jackett-Futter, Ersatz für Seide, ca. 140 cm breit, Wert Meter bis 1.75 jetzt Meter 95 Pf.
- Reinseid. Stoffe in versch. Farben, Wert Meter bis 1.10, jetzt Meter 58 Pf.
- Stuben- u. Küchen-Handtücher, volle Länge u. Breite 1/2 Dtz. ca. 115 cm lang, ganz weiss 1/2 Dtz. 2.50
- Damast-Handtücher, gesümt, Dreif., ca. 110/130 gross, St. 95 Pf.
- Poliertücher, Ersatz für Ledertuch, Dtz. 1.10
- Bettlaken ohne Naht, Stck. 95 Pf.

Ca. 5000 Mtr.
Engl. Relief-Gardinen
extra breit, moderne Muster
Wert Mtr. bis 1.05 jetzt
48 Pf.

- Kinder-Strümpfe**
Reine Wolle u. plattiert, schwarz u. bunt, Wert bis 1.95, jetzt Paar 33 Pf. 48 Pf. 68 Pf.
- Damen-Strümpfe**
Reine Wolle u. platt., schwarz, deutsch, lang Wert b. 1.25, jetzt Paar 28 Pf. 38 Pf. 48 Pf. 58 Pf.
- Herren-Socken**
Wolle u. Viscosa, jetzt Paar 15 Pf. 33 Pf. 58 Pf.
- Gestrickte Kinder-Trikots**
rosa, grau u. braun 28 Pf. 38 Pf. 58 Pf.
- Normal-Herren-Hemden u. Hosen**, zum Teil mit kleb. regulärer Wert bis 2.95 jetzt 95 Pf. 1.25 1.45
- Herren-Krawatten** alle modernen Fassons Wert bis 1.75 jetzt 95 Pf.

Bis
50%
im Preise
zurück-
gesetzt.

Des Raummangels wegen führen wir nur wenige Artikel an, und bitten wir, unsere 110 Schaufenster u. Schaukästen zu besichtigen.

spottbillig **Wäsche** spottbillig
teils Muster-Kollektion, zum Teil etwas angestaubt

- Damen-Hemden** Wert bis 1.95 jetzt 95 Pf.
- Damen-Jacken** Wert bis 2.75 jetzt 1.35
- Damen-Beinkleider** Wert bis 2.95 jetzt 1.65
- Damen-Phantasie-Hemden** Wert bis 4.40 jetzt 1.95

- Damen-Hemden** mit Languetten und Stickerei Wert bis 2.75 jetzt 1.35
- Damen-Nachthemden**, eleg. Ausführung, Wert b. 2.00 jetzt 3.90 u. 4.90
- Frisier-Mäntel**, hochlegant, Wert bis 3.50 jetzt 2.95 u. 3.95
- Weisse Unterröcke** mit Stickerei- und Valenciennes - Spitzen und Umsätzen, Wert bis 5.50 jetzt 3.75 u. 5.45
- Linon-Taschentücher** m. Hohlraum, Wert Dtz. 3.00 1/2 Dtz. im Karton jetzt 95 Pf.
- Prima Linon-Taschentücher** Wert Dtz. 2.90 jetzt 1/2 Dtz. 95 Pf.

- Damen-Blusen** reinesidene Messaline, vorn und hinten Passe, ganz auf Futter, nur modernste Farben, jetzt 6.95
- Damen-Blusen-Velour**, mod. verarbeitet, in schön. Must., jetzt 95 Pf.
- Damen-Blusen**, reine Wolle, ganz auf Futter, Wert bis 5.50 jetzt 4.25
- Kinder-Kleidchen**, Samt-Velour, Größe 45 u. 65, reich garniert, jetzt 95 Pf.

Solange die Vorräte reichen!

ca. 1500 Schürzen,
Ganz- und Halbreform,
mit Volant, waschecht, jetzt
95 Pf.

- Damen-Hausschürzen**, mit Volant, extraweit jetzt 95 Pf.
- Kinder-Reform-Hänger**, weiss und bunt, 45-65 cm lang, jetzt 95 Pf.
- Weisse Wirtschaftsschürzen**, mit Träger, prima Stoff, mit Stickerei - Einsätzen Wert bis 2.00, jetzt 95 u. 1.68
- Tändelschürzen**, weiss und bunt, Wert bis 1.75, jetzt 48 u. 1.95
- Barchent Herren- u. Damen-Hemden**, schwere Qualität, volle Weite 95 Pf.
- Barchent-Unterröcke u. Beinkleider**, aus kariertem Eiderflanell, Wert bis 2.25, jetzt 1.08
- Louisiana u. Renforcé**, ganze Bettbreite, reinfädige Ware, Mtr. 75 Pf.
- Damaste u. Bettsatins**, ganze Bettbreite, prima Qualität, ca. 82 cm breit, Mtr. 75 Pf.
- Louisiana**, für Haus- und Bettwäsche, Seitene Gelegenheit. Coupon 10 Meter per 3.45
- Hautstuch**, ca. 80 cm breit, starkfädig, enorm billig, Mtr. 24 Pf.
- Hautstuch**, vorzügliche Qualität, Coupon 10 Meter 2.95

Noch nie dagewesen! Zum Ausschauen!
Moderne
Spachtel-Besätze
Wert bis 2.35, jetzt Mtr. **58** Pf.

- Grosse Spachtel-Kragen**, extra gross, jetzt Stck. 95 Pf.
- Grosse Posten Valenciennes-Spitzen**, Breite 1-3 cm, Wert bis 38 Pf., jetzt Mtr. 4 Pf.
- Grosse Posten Galons**, wundervolle Muster, Wert bis 95 Pf., jetzt Mtr. 34 Pf.
- Grosse Posten Spachtel-Stoffe**, Wert bis jetzt 1.48, 1.95
- Grosse Posten Madopolam-Stickereien**, extra breit, Wert bis 1.10, jetzt Mtr. 48 Pf.
- Grosse Posten Spitzen**, Wert bis 38 Pf., jetzt Mtr. 11 Pf.
- Grosse Posten Empire-Korsetts**, u. Jacquard, prima Dreif. jetzt 95, 1.25

- Kragenschoner**, weiss, Seide 95 Pf.
- Untertalifen**, eleg. Ausführung, reich garniert, Wert bis 4.00, jetzt 1.95
- Schleier**, Gittermuster u. Punkte, Wert Mtr. b. 1.00, jetzt Mtr. 20, 25 u. 45 Pf.
- Ball-Schals, Damen-Hüte**, elegant garniert, jetzt 95 Pf. 1.95

ca. 1650 Stück einzelne **Küchenhandtücher** ca. 1150 Meter **Damast- u. Gerstenkornhandtücher**

Serie I 9 Pf.	Serie II 25 Pf.	Hemden-Barchent , Wert 1.82 M., Rest 3 Meter, 1.25	Serie I 24 Pf.	Serie II 29 Pf.
		Piqué-Barchent , Rest 2 1/2 Meter, 95 Pf.		

An Wiederverkäufer werden diese Artikel nicht abgegeben.

Jacques Cohn
Wedding.

Jacques Cohn
Wedding.

Genossen, helft bei der Flugblattverbreitung!

Flugblätter werden verbreitet am Sonntag, den 6. Januar, im 1., 2., 3., 4., 5. und 6. Wahlkreise und im Wahlkreise

Teltow-Beeskow.

* In einzelnen Bezirken; Genaueres in der Notiz unter Berliner Parteianglegenheiten.

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Im zweiten Wahlkreise

Hatten unsere Genossen am Donnerstag eine Volksversammlung in Kleins Festsälen veranstaltet. Der auf 1100 Personen berechnete Saal war gedrängt voll, so daß viele sich mit Stehplätzen begnügen mußten. Zunächst gab der den Vorsitz führende Genosse Werner denen, die es noch nicht wissen sollten, bekannt, daß die Generalversammlung des Wahlvereins den bisherigen Reichstagsabgeordneten des Kreises, Genossen Fischer, wiederum zum Kandidaten erwählt hat. Dann erhielt der Kandidat das Wort. In einem fast zweistündigen Vortrage schilderte er die Parteiverhältnisse im Kreise, um dann die politische Lage im Reich einer eingehenden Darlegung zu unterziehen. Von Anfang bis Ende festelten seine Ausführungen die Aufmerksamkeit der so zahlreich versammelten Männer und Frauen und weckten eine Begeisterung für den Wahlkampf, die sich in manchen Zwischenrufen und Beifallsstürmungen unmittelbar äußerte. Wir treten heute in diesem Kreise, so begann der Redner, formell ein in den Wahlkampf, der einer der lebhaftesten und schwierigsten werden wird. Ein Menschenalter haben wir um den Wahlkreis gekämpft; wir haben ihn vor 13 Jahren gewonnen, haben ihn wieder verloren, ihn aber bald darauf von neuem gewonnen. Wir wollen uns nicht auf unsere gewaltige Mehrheit vom Jahre 1903 verlassen, sondern an das warnende Beispiel von 1898 denken, sowie an die 45 Proz. der Wahlberechtigten, die bei der letzten Wahl zu Hause blieben; es muß dafür gesorgt werden, daß auch der letzte Mann an die Wahlurne gebracht werde. Die vereinigten Gegner haben einen Mann aufgestellt, der ein Amt hat, den Bürgermeister Reide. Sie wollen nicht, daß ein „simpler Schriftfeger“ den Wahlkreis vertritt, wenn er auch nicht mehr am Schloß tätig ist. Sie erwarten, daß tausende für den „Bürgermeister“ stimmen, die für einen Parteimann von noch so schwächlichem politischen Charakter nicht zu haben sind. Wir haben nichts gegen den Mann, kämpfen nicht um Personen. Alle Wahlen sind in unseren Augen nicht als Interessenskämpfe. Wir streiten darum, die politische Macht der Arbeiterklasse zu sichern und zu befestigen, in der Ueberzeugung, dadurch die Klassenherrschaft zu beseitigen. Die Gegner aber suchen die Gegensätze zu verschleiern. Sie und die Regierung reden nun wieder einmal davon, die Wahlen „idealen“ Zwecken unterzuordnen, und wenn die Regierung schon davon spricht, kann man gewiß sein, daß ein ganz besonderer Nachzug geplant wird. — Der Redner kritisierte dann gründlich die Wahlpolitik der Regierung, die Kolonialmach und gezielte die Erbärmlichkeit der „liberalen“ Parteien. Im weiteren ging er auch auf das Manifest des Reichskanzlers ein, das gerichtet ist an den „Reichsverband“, den der Redner als einen Verein der äußersten politischen Charakterlosigkeit und des organisierten politischen Betruges kennzeichnete. Der Präsider mit dem, was das Reich alles für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter geleistet haben soll, hielt der Redner entgegen, daß während in 20 Jahren aus dem zum allergrößten Teil von der Arbeiterschaft aufgebracht Reichsmitteln 339 Millionen für die Arbeiterversicherungen ausgegeben wurden, aus denselben Steuerquellen den Junkern alljährlich 1000 Millionen zufließen. Der Redner verfehlte auch nicht, auf die Arbeiterfreundlichkeit der ganzen Regierungspolitik hinzuweisen, wie sie besonders in dem Gehentwurf gegen die Gewerkschaften herorgetreten ist. Er bemerkte zum Schluß: Wenn ein Wort der Regierung wahr ist, so ist es das, daß es ihr unextrahierbar ist, mit 79 Sozialdemokraten zu regieren. Wir wollen mit aller Kraft dafür sorgen, daß noch mehr hineinkommen. Wenn wir alles tun, was notwendig ist, dann wird der Wahltag ein Siegestag werden, mindestens so glänzend wie der 10. Juni 1903.

Reichsverbänder oder andere Gegner, obwohl dringend aufgefordert, meldeten sich nicht zum Wort. Unsere Genossen aber verzichteten nach dem inhaltreichen Vortrag auf eine Diskussion. Nachdem Genosse Werner noch einige Mitteilungen gemacht und besonders zu reger Beteiligung an der Flugblattverbreitung am Sonntag aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Dritter Kreis.

Die nach dem „Dresdener Kasino“ einberufene Versammlung des dritten Berliner Reichstagswahlkreises war sehr gut besucht. Lange vor Beginn mußten sämtliche Tische aus dem Saal entfernt werden, um nur einigermaßen für die immer neu Zustromenden Platz zu schaffen. Ehe noch die Versammlung eröffnet wurde, bekamen die Anwesenden schon einen kleinen Vorgeschmack von der politischen Besorgnis in Preußen, da aus absolut unbegreiflichen Gründen der hinter der Bühne befindliche Teil des Saales nicht freigegeben wurde, was freilich der Stimmung nicht im geringsten geschadet hat. Allerwärts sah man kampfesfrohe Mienen und freudige Erwartung der Dinge, die da kommen sollten.

Der Referent Genosse Wollenbuh schildert die Ursache der jetzigen Reichstagsauflösung, um dann einen kurzen historischen Ueberblick auf die vier bis jetzt erfolgten Reichstagsauflösungen zu werfen und deren wirtschaftliche Ursachen aufzudecken. Trotz der Steigerung der Steuern scheint es, als ob mit Gewalt auf einen Finanzruin hingearbeitet werden sollte. Man könne auch auf das Deutsche Reich den Wallensteinischen Vers anwenden:

„Das römische Reich, das Gott erbarm, Ist jetzt geworden arm.“

Ob von lebhaftem Beifall unterbrochen geißelt Redner unsere ganze Kolonialpolitik und überschüttet die Phantasien unserer Kolonialenthusiasten über die wirtschaftlichen Aussichten von Ost- und Westafrika mit ärendem Spott. Die angeblichen Kupferschätze seien bis heute noch nicht gehoben, von dem Golde, das vorhanden sein soll, wisse noch kein Mensch, wo es sich befinde. Von den Diamantlagern habe man bis jetzt nur den „blauen Grund“ entdeckt, aber noch keine Diamanten. Um so mehr sei aber Sand vorhanden, wenn auch kein goldhaltiger wie in Kalifornien, freilich sei daran auch in Deutschland kein Mangel.

Der Redner beschäftigt sich sodann eingehend mit dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wie der Reichsverband die Arbeiter einschätze, das läßt man daran, daß in einem Flugblatt erklärt werde, dem Polzarbeiter-Verband gehörten nur Säufer und Flegel an. Einer derartigen Organisation ist das

Amt übertragen, „hohe Politik“ zu machen. Genosse Wollenbuh zerlegt nun unbarmherzig den Brief des Reichskanzlers, diese von den Liberalen lang ersehnte „Wahlparole“. Man brauche überhaupt kein Material weiter zu haben, dieser Brief allein genüge vollständig, um dem Freisinn das Grab zu graben. An der mitgeteilten historischen Gegenüberstellung von Napoleon Bonaparte und Nobelpriester sehe man schon, daß Fürst Bülow eines der erbärmlichen Gymnasien in Neudamm besucht haben müsse, sonst würde er doch wenigstens die einfachsten historischen Tatsachen kennen und wissen, daß Bonaparte den Jakobinern mindestens sehr nahe gestanden hat. Aber auch die neudeutsche Sozialpolitik der Herr Bülow unterzieht der Redner einer demütigenden Kritik und zeigt, wie z. B. die Zahl der Rentengewährungen von Jahr zu Jahr zurückgeht und der Reichszuschuß dementsprechend sinkt. Man brauche dies Weib eben „zur Hebung des deutschen Ansehens in der Welt.“ Redner erläutert sodann noch kurz die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie und spricht die Hoffnung aus, daß wir auf dem Wege zu unserem Endziele auch diesmal einen gewaltigen Wahlsieg erringen werden.

Minutenlanger, lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen.

Wie sehr diese Wahlen im Zeichen des Reichsverbandes stehen, zeigte ein Vorfall während der Diskussion. Ein Herr Dunkel stellte sich als Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vor und leierte einige Phrasen her, daß wir wegen der starken Bevölkerungszunahme auch Kolonien haben müssen, und daß wir den mit Reich auf uns sehenden Völkern nur imponieren könnten, wenn wir eine eiserne Faust haben, die wir den Keris zur gegebenen Zeit in die Schnauze schlagen können.

Als ein Genosse, empört darüber, daß der Herr es wagte, Berliner Arbeitern gegenüber sich mit seiner Mitgliedschaft des Reichsverbandes zu brüsten, das als eine Frechheit bezeichnete, verlangte der überwachende Reutnant die Entfernung des Betreffenden und drohte mit Auflösung der Versammlung.

Genosse Gehrmann fertigte den Herrn treffend ab und bat die Genossen, allen Gegnern in unseren Versammlungen das Wort zu geben und sie ruhig sprechen zu lassen, obgleich der berichtigte Verband beschloffen habe, in den von ihm einberufenen Versammlungen keine Sozialdemokraten sprechen zu lassen. Auch in seinem Schlusswort beleuchtete Genosse Wollenbuh die Kampfweise dieser 60 Mark-Aposteln des Reichsverbandes für herabwürdige Ehrabneidererei. Jetzt glaube man die Sozialdemokratie im Schmutz erhaschen zu können, nachdem alle anderen Mittel wie Sozialistengesetz usw. nicht genügt haben. Ein Sturm der Empörung mußte aber diese Schmutzweisse von der Bildfläche verschwinden lassen.

Fünfter Wahlkreis.

Für das Viertel der sogenannten äußeren Königsstadt wurde am Donnerstag in „Schweizergarten“ eine Volksversammlung abgehalten. Der Andrang des Publikums war ein derartig starker, daß der Saal schon frühzeitig polizeilich abgesperrt wurde, ein berechtigtes Zeichen für das rege Interesse, welches die Bevölkerung auch dieser Stadtgegend dem gegenwärtigen Wahlkampf entgegenbringt. Hunderte von Besuchern mußten jedoch unbefriedigt wieder umkehren, sie fanden keinen Einlass mehr in dem überfüllten Saal. Das Referat hielt der bisherige Abgeordnete und jetzige Kandidat des Kreises, Genosse Robert Schmidt. Von wiederholtem stürmischen Beifall unterbrochen, übte der Redner eine ebenso sachliche wie scharfe Kritik an den verschiedensten innen- und außenpolitischen Maßnahmen der Regierung und der ihr ergebenen bürgerlichen Parteien. Besonders interessant sei die Feststellung, daß sich die Regierung misamt dem großen Generalstab in der Beurteilung der kriegerischen Vorgänge in Südwestafrika wieder einmal glänzend hineingeritten habe. Dem Reichstag gegenüber habe sich die Regierung stets auf die Autorität des Generalstabs berufen, der besser wissen müsse, was der Waffenehre gut tue, als wie die Abgeordneten, die von militärischen Dingen angeblich nichts verstanden. Jetzt aber bei der Kapitulation der letzten 300 Hottentotten habe es sich, wie schon öfter, gezeigt, daß es mit der Autorität des großen Generalstabs nicht gerade besonders weit her ist. Große Heiterkeit erregte sodann die humorvolle Würdigung des karnevalistischen Reichskanzler-Auftrufes an den Generalstabs des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie. In diesem Idenkmalen Erguß habe sich der Fürst Bülow sozusagen in der komischen Rolle eines Karnevalsfürsten präsentiert. Außerst wirkungsvoll war ferner die Kritik der bürgerlichen Parteien, wobei besonders die Freisinnigen in ihrer ganzen Würdelosigkeit und Jämmerlichkeit von dem Redner charakterisiert wurden. Gerade aus den fünften Kreis hat es der sogenannte Freisinn diesmal abgesehen, obwohl die Trauben für ihn sehr hoch hängen. Nun ist aber in der Person des Justizrats Cassel ein Kandidat aufgestellt worden, der ja unlängst bei der Vespredung der Fürstenermpfänge im Stadtvorordnetenkollegium den höchsten Befähigungsgrad vollendeter Würdigkeit hinsichtlich des vielgerühmten freisinnigen „Männerstolzes vor Königsthronen“ zur Genüge erbracht hat. Es stehe mithin zu hoffen, daß selbst in den Kreisen des bonnetten Bürgertums, soweit es sich nicht völlig von Eugen Richters Prelehen über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat habe gründlich machen lassen, die Sympathie mit den politischen Reichstieren des Freisinn diesmal erheblich zurückgehen werde und jeder denkende Bürger und Handwerker seine Stimme der Sozialdemokratie geben dürfte. „Den Zukunftsstaat machen wir jedenfalls nicht im Reichstag, sondern sehr wahrscheinlich auf anderem Boden.“ Heute heiße es: Fort mit dem halb absolutistischen Regiment, fort mit der politischen Lotteriewirtschaft sowohl innen wie außen. Das Volk selbst muß über seine Rechte wachen, und das tut es am besten, wenn es am 25. Januar nicht dem Auftruf des Reichskanzlers, sondern dem Aufruf der Sozialdemokratischen Parteivorstände folgt. (Lebhafter Beifall.)

Gegner meldeten sich nicht zum Wort, obgleich sowohl Freisinnige wie auch katholische Geistliche anwesend waren. In der Diskussion sprach nur der Genosse Martin Meyer. Nach einem anfeuernden Schlusswort des Vorsitzenden Wels, der die Genossen zur regsten Pflichterfüllung ermahnte, wurde die vom besten Geiste befeuerte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im 6. Wahlkreise

waren zu Donnerstag acht öffentliche Versammlungen anberaumt, die sich sämtlich eines überaus starken Besuchs erfreuten.

Im Moabiter Gesellschaftshaus sprach an Stelle des verhinderten Genossen Ritter Genosse Paul John vor 1500 Personen. Er geißelte in scharf satirischen Ausfällen den Silvesterfall des Fürsten Bülow, dem schneller, als der Kalender es vorschreibe, die Achermittwochstimmung folgen werde. Gegenüber dem Bülowschen Lapidarsatz „Niemand in Deutschland will ein persönliches Regiment“, führte er aus: „An einem Kaiserwort solle man nicht drehen und deuteln, erst recht nicht als Reichskanzler und selbst nicht in der Silvesternacht voll des süßen Punsches. Es gibt aber ein Kaiserwort, das kein Bülow-Lächeln und keine Silvesterlaune aus der Welt zu schaffen vermag; dieses Wort lautet: „Einer nur ist Herr im Lande, und derz bin ich!“ (Bewegung.) Redner ging dann noch auf die ernste Seite der Angelegenheit ein. In einem wirklich parlamentarisch regierten Lande habe das Ministerium zu gehen, das sich mit der Mehrheit des Parlaments nicht im Einklange befände, nicht das Parlament. (Verhaftes Sehr richtig!) Weiter tadelte Redner den Silvesterbrief, wenn man nach seiner ursprünglich erheiternden Wirkung die rechtliche Seite betrachte, als eine unerhörte Wahlbeeinflussung. Der Reichskanzler habe das selbstverständliche Recht, seine Meinung zu einer Sache klarzulegen, dürfe aber so wenig in den Kampf der Parteien eingreifen wie der letzte Dorfbürgermeister. Handels die Wahlprüfungskommission nach den Normen, die sie bisher als richtig erkannte, so habe sie alle Wahlen für ungültig zu erklären, wo das Flugblatt mit der Unterschrift „Der Reichskanzler Bülow“ verbreitet und ein freisinniger, Nationalliberaler oder konservativer gewählt worden sei. (Sehr richtig!) Die Antwort auf diese selbst in Deutschland bisher unbekannt durch den höchsten Reichsbeamten geübte Wahlbeeinflussung werde das Volk am 25. Januar geben. Donnernder Beifall zeigte, daß die überfüllte Versammlung der Meinung des Redners war. — Am Schluß der Versammlung forderte Frau Wulff auch die Frauen auf, bei der kommenden Wahl ihre Pflicht zu tun.

Im „Kruschhof“ in der Verlegerstraße hielt Genosse Link das Referat. Eingehend legte der Redner die Ursache der Reichstagsauflösung dar, um dann in großen Zügen die wirtschaftliche und politische Lage zu kennzeichnen. Redner streifte die soziale Gesetzgebung und gliederte den Silvesterbrief des Reichskanzlers Fürsten Bülow an den Reichsverband. Zum Schluß ermahnte Redner die gutbesuchte Versammlung, dafür einzutreten, daß am Wahltage jeder Wähler seinen Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten in die Wahlurne werfe. In der Diskussion appellierte Genossin Frau Jordan an die Frauen, in den späteren Versammlungen zahlreicher wie heute zu erscheinen, auch mögen die anwesenden Männer ihre Frauen mitbringen. Der Vorsitzende, Genosse Wieth, forderte die Anwesenden auf, sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anzuschließen, sowie die Blätter „Deutsches Blatt“ und „Morgenpost“ aus ihrem Hause zu verbannen und den „Vorwärts“ zu abonnieren.

In der Versammlung in der Norddeutschen Brauerei, die bis auf den letzten Platz gefüllt war, rühte Genosse Koblenger das Verhalten der bürgerlichen Parteien, speziell des Zentrums, ins rechte Licht und erklärte die Reichstagsauflösung als das beste Weihnachtsgeschenk für unsere Partei. Er wies darauf hin, in welcher enormer Weise durch unsere eigenartige Auslandspolitik, besonders durch unsere Kolonialpolitik die Reichsschulden gewachsen sind; er geißelte ferner das System der indirekten Steuern, durch die die oberen Reinkaufend so sehr geschont und die ärmeren Klassen bis aufs äußerste belastet werden. Genosse Koblenger wies ferner die Wertlosigkeit unserer Kolonien nach und beleuchtete im weiteren die Koloniallandfrage der letzten Zeit; er zeigte, daß nur bestimmte kleine Interessengruppen kolossale Vorteile auf Kosten der Steuerzahler des Deutschen Reiches genießen und verzog auch nicht das Verhältnis unseres Erlandwirtschaftsministers Pöbdielst zu der Firma Tippelskirch gehörig festzumagen.

Nachdem Koblenger die Winzigkeit und das Schneidentempo unserer sozialpolitischen Gesetzgebung kargelegt, wandte er sich der Kritik des gegen die Gewerkschaften gerichteten Gesetzes und den Bestrebungen zu, die auf eine Knebelung der Krankenlosen hinauslaufen. Häufig von Beifall unterbrochen, schloß der Redner mit einem Appell an die Versammelten, am 25. Januar der Regierung die Dautung auszuspielen, indem sie unserem Kandidaten ihre Stimmen geben. Nach einer Ermahnung des Vorsitzenden, dem Wahlverein beizutreten, schloß derselbe die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale, völlerbefreiende Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

In der Gartenstraße tagte in Schmidts Festsälen eine Versammlung für die Drantenburger Vorstadt. Hier sprach Genosse Köffel. Er ging aus von des Kaisers Aneuerung „Des Königs Wille ist das höchste Gesetz“ und stellte die gegenwärtige Situation in Parallele hierzu; er ging schließlich über zu einer Schilderung der volkreichlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Lage, die die große Masse dem Hungertypus und dem Massenelend entgegenreibe, alles nur einer Hand voll Junker zuliebe. Auch Genosse Köffel ließ es in seinen weiteren Ausführungen an der nötigen Kritik unserer Kolonialschandwirtschaft wie unserer gesamten politischen Verhältnisse nicht fehlen. Mit einem warmen Appell an die Versammelten, mit aller Macht für die sozialdemokratische Partei und deren Kandidaten zu wirken, schloß der Vorsitzende Genosse Eugen Ernst die vom guten Geiste befeuerte Versammlung.

Für den Gesundbrunnen waren zwei Versammlungen veranstaltet. Bei Walsamieder sprach Genosse Ledebour vor ungefähr 1200 Personen, der in scharfster Weise die Kolonialpolitik der Regierung als eine unheilvolle und das deutsche Volk erheblich belastende kennzeichnete. Die bürgerlichen Parteien konnten in ihrer Hülfslosigkeit auch mit dem Silvesterbriefe Bülows an den scharfmacherischen Reichsverband nicht viel anfangen. Der Sinn des Silvesterbriefes sei die Humung, dem Absolutismus noch mehr die Wege zu ebnen, und das in dem Augenblick, wo der russische Absolutismus zusammenbricht. Wir haben die Pflicht, so schloß Redner, als Sozialdemokraten den Kampf gegen sämtliche anderen Parteien mit aller Energie zu führen. Redner forderte zu strenger Pflichterfüllung auf. Unsere Stimmengahl müsse gewaltig gesteigert werden. Stürmischer Beifall wurde den Ausführungen Ledebours gezollt.

Die zweite Veranlassung für den Gesundheitszustand in Marienbad, wo Genosse Freywaldt die Kulturfähigkeit unserer Kolonialpolitik wie die reaktionäre innere Politik einer scharfen Kritik unterzog. In welcher ungeheuren Weise die arbeitenden Klassen belastet würden, zeige ein Blick auf unser indirektes Steuersystem. Nicht genug, daß das Proletariat als Produzent vom Kapitalisten ausgebeutet wird, so wird es auch als Konsument durch ein raffiniertes indirektes Steuersystem ausgebeutet. Der Referent erlaubte die Anwesenden, am 25. Januar durch rege Beteiligung an der Wahl der Regierung die Diktatur auszuüben.

Der Genossenschafts Saal in der Invalidenstrasse war überfüllt. Hier hatte Genosse Dr. Wehl die Aufgabe übernommen, eine kritische Würdigung unserer politischen und wirtschaftlichen Lage zu geben. Wie er sie löste, bewies der stürmische Beifall, der seinen instruktiven Darlegungen gesollt wurde. Zum Schluß wurde auch hier auf die Notwendigkeit der politischen Organisation und das Halten der Arbeiterpreise hingewiesen.

Bei Sachon in der Müllerstrasse besuchte Genosse Dittmer die gegenwärtige Situation, wie sie durch die Reichstagsauflösung geschaffen ist und wie sich die Lage der proletarischen Bevölkerung im allgemeinen infolge der heutigen Handelspolitik immer schlechter gestaltet hat.

Das Zentrum,

das in Berlin keinen Resonanzboden hat, hat bekanntlich in Herrn Erzberger einen Kandidaten aufgestellt. Herr Erzberger hat am Donnerstag in der „Neuen Welt“ in der Sondernummer des Zentrumsprogramm, wenn man beim Zentrum überhaupt von einem Programm reden kann, entwickelt. Er meinte, er sei nicht der Meinung, in einem Kreise durchzukommen. Dafür werde er aber um so sicherer in seinem bisherigen Wahlkreise wieder durchkommen. Die Wahlfähigkeit in der deutschen Zentrumspartei sei eine große. Im Rheinlande habe er immer nur vor Wahlversammlungen von 7000 bis 8000 Personen gesprochen. Auch Herr Erzberger kritisierte den Brief des Reichstanzlers, der sich an den „Schwarzmaierverband“ wendet. Der Erfolg sei, daß er bereits von einigen Stammtischen Danktelegramme erhalten. Das Zentrum sei ihm dafür auch zu Dank verpflichtet. Man könnte beinahe so hochhaft sein, dem Herrn Reichstanzler von einer großen Zentrumswahlversammlung ein Danktelegramm senden zu lassen. (Ständischer Beifall.) Ein Danktelegramm von Tausenden müßte doch einen größeren Eindruck machen als von drei bis vier Stammtischen. Besonders scharf wandte sich Herr Erzberger gegen den Satz in dem Briefe des Reichstanzlers: „Ich arbeite mit jeder Partei, die die großen nationalen Gesichtspunkte achtet.“ Erinnere man sich, führte Redner aus, daß der Reichstanzler in der Sitzung am 18. Dezember d. J. wenige Minuten vor der Reichstagsauflösung dem Reichstage zurief: „Die Parteien tragen keine Verantwortung!“, so bedeutet der Satz: „Ich arbeite mit jeder Partei, die sich mir als Lokal sofort zur Verfügung stellt.“ Für einen solchen Reichstag von Hampelmännern und Nüthenempfangern würde das deutsche Volk sich wohl bedanken. Kaiserrecht und Reichstagswahlrecht seien Zwillinge, an einem Tage geboren, und jeder habe das Recht des anderen zu achten. Man könne nicht sagen, daß der Reichstag Rechte zugunsten des Kaiserrechts sich annehmlich habe, ob das Umgekehrte der Fall sei, wolle er nicht unteruchen.

Herr Erzberger nimmt den Wind immer etwas voll. Die Taten des Zentrums beweisen, daß es genau wie jede andere bürgerliche Partei den Volkverrat zum Prinzip erhebt.

Gegnerische Kandidaten.

Der Eigentümer und städtische Beamte Fritz Wege ist Donnerstagabend von den vereinigten Vereinen der Bürgerpartei (Konservativ) in den Germania-Sälen als Kandidat für die bevorstehende Reichstagswahl im vierten Berliner Reichstagswahlkreise aufgestellt worden und hat heute diese Kandidatur angenommen. Von liberaler Seite ist für diesen Wahlkreis der Stadtratsordnete Liebenow in Aussicht genommen worden.

Die Reichstagswahl im Kreise Niederbarnim beschäftigte am Donnerstagmorgen in den Germania-Sälen in Berlin eine von über 1000 Wählern aller bürgerlich-nationalen Parteien des Kreises Niederbarnim besuchte Versammlung. Die Rede für die Kandidatur hielt Bürgermeister Ostler Zietzen-Lichtenberg. Er entwickelte kein Wahlprogramm. Seiner Stellung nach gehöre er zur freikonservativen Partei. Der Redner beschränkte sich darauf, zu erklären, welche Gründe zum Kampfe gegen Zentrum und Sozialdemokraten bestimmt hätten. Heute gelte es, alles zu bekämpfen, was antinational handle und fühle, und zwar im festen Zusammenwirken ohne Aufgabe der Parteigründnisse. Die Wahl müsse unter der Parole stehen: „Neben der Parteien das Vaterland.“ (Großer Beifall.) Die Vertreter der konservativen, nationalliberalen, freisinnigen und Reformpartei erklärten namens ihrer Parteien ihr Einverständnis mit der Kandidatur Zietzen. Ein freisinniger meinte am Schluß seiner Rede: Möge es in bezug auf Stadthagen am 25. Januar heißen: „Werde das Scheitern in die Volksschlacht.“ (Großer Beifall.) Nach kurzer zustimmender Debatte wurde Bürgermeister Ostler Zietzen-Lichtenberg einstimmig zum Kandidaten der „bürgerlich-nationalen Parteien im Kreise Niederbarnim“ gewählt.

Kreis Teltow.

Die zweite Auflösung einer Reichstagswähler-Versammlung in Groß-Lichterfelde.

Der Andrang zur Versammlung im „Kaiserhof“ am Donnerstag, die als Fortsetzung der ersten angesehen werden konnte, war ein bedeutender. Der Vorsitzende Genosse Benzel unterzog das ungelegte Verfahren der Polizeibehörde, Wählerversammlungen wegen Eintritts der sogenannten Polizeistunde aufzulösen und auf diese Weise die auch den sozialdemokratischen Staatsbürgern durch die Verfassung gewährte Versammlungsfreiheit hinten herum einfach aufzuheben oder zu beschränken, einer scharfen Kritik.

Er forderte die Wähler auf, am 25. Januar ihre Antwort auf diese Polizeimahregeln zu geben. Alsdann nahm Genosse Eisner das Wort, um seinen am Sonnabend zwangsweise unterbrochenen Vortrag fortzusetzen. Einleitend ging derselbe ebenfalls auf die Auflösung jener Versammlung ein und seine mit seinen Worten gepöbelten Ausfälle gegen den heutigen Polizeistaat mit seinen aus der Feudalzeit stammenden Mäuren lösten zuweilen wahre Beifalls- und Heiterkeitsstürme aus. Dann ging er auf das neueste Ereignis im Wahlkampf: das Wiltonsmassaker ein. Es war eine derbe Lektion, die dem genialen Leiter der politischen Geschicke des Deutschen Reiches durch den Redner zu teil wurde und nicht minder kräftig war der Hohn und Spott, der sich in Verbindung mit dieser „Wahlparole“ über die gepöbelten Freisinnigen ergoß. Die Exkursionen des Reichstanzlers in das Gebiet der Politik und Geschichtsphilosophie, wie seine Anspielung auf den „Degen Bonapartes“ boten dem Redner willkommenes Gelegenheit zu einer weit ausgreifenden und vernichtenden Kritik Wiltonscher Staatskunst und Geschichtsklitterung.

Als Genosse Eisner eben im Begriff war, auch noch die Behauptung des Manifestes, „daß es keinen Staat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich“, an der Hand amtlicher Vorkaufslisten republikanischer Staaten, (Insolvenz Amerikas, Lügen zu strafen, erbot sich der überwachende Beamte mit der Anfrage an den Vorsitzenden, ob er die Versammlung schließen wolle.

Dies wurde ebenso höflich wie entschieden abgelehnt. Daraufhin erfolgte die Auflösung der Versammlung. Wer kein Teilnehmer der Versammlung regte sich, alles blieb ruhig. Eine gewisse Verblüffung malte sich auf den Gesichtern unserer Gendarmen. Erst als der Vorsitzende die mit Beifall begrüßte Erklärung, daß die Fortsetzung der Versammlung in den allerhöchsten Tagen stattfinden werde, abgegeben und ersucht hatte, ruhig den Saal zu verlassen, begann sich derselbe allmählich zu leeren. Draußen aber hatte inzwischen der Polizei rat seine Schutztruppen zusammengezogen, um nötigen-

falls die Polizeistunde gewaltsam in ihre Rechte einzusetzen. Gendarmen, Schutzleute und Nachwächter garnierten den jenseitigen Bürgersteig vom „Kaiserhof“ und boten in ihren verschiedenen Equipierungen einen Anblick so dünn wie eine Kaiserpalette. Zu tun hatten sie indes nichts.

Die nächste Wählerversammlung findet heute Sonnabend, den 5. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiserhof“ statt.

Es ist zu hoffen, daß die Arbeiter auch diesmal in Massen erscheinen werden.

Nieder-Barnim.

Eine stark besuchte öffentliche Wählerversammlung tagte am Donnerstag im „Schwarzen Adler“ zu Nieder-Schönhausen. Genosse Albert Sobn referierte über die bevorstehende Reichstagswahl. In sachlichen, fesselnden Worten erledigte sich der Redner, der von der Reichstagsauflösung am 18. Dezember ausgeht, das Verhalten der einzelnen Parteien einer scharfen Kritik unterzog und die Sünden der Regierung ins rechte Licht setzte, seiner Aufgabe. Sein Vortrag klang in einen warmen Applaus der Genossen des Ortes aus, unermüdet bis zum letzten Augenblick ihre volle Pflicht zu tun. In der Diskussion, der noch ein Schlusswort des Referenten folgte, sprachen die Genossen Weger, Heilich und Schünemann. Gegner hatten sich nicht zum Wort gemeldet. Mit einer Aufforderung zum Eintritt in die Organisation und zur regen Mitarbeit jedes einzelnen im Wahlkampf schloß der Vorsitzende, nachdem er zuvor noch auf die Versammlung am 18. Januar, in der Stadthagen sprechen wird, hingewiesen, die Versammlung. — Eine ganze Anzahl neuer Mitglieder ließen sich in den Wahlverein aufnehmen.

Pankow. Eine überfüllte Wählerversammlung fand Donnerstag in den Kurfirstensälen statt. Genosse Emil Klotz-Berlin referierte über die Reichstagsauflösung und die Kolonialpolitik. Seine wachsenden Ausführungen über das Verhalten der Kolonialhelden in Wüstweil wurden öfter von Ausen der Entrüstung begleitet. Lebhafter Beifall folgte dem trefflichen Vortrage, durch den auch dem Indifferenten die Augen geöffnet sein dürften. Da von den ziemlich zahlreich vertretenen Gegnern sich trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden niemand zum Wort meldete, unterließ die Diskussion. Der Vorsitzende ermahnte die Versammelten, eifrig zu agitieren und die am 15. Januar stattfindenden beiden Versammlungen in Pankow ebenso zahlreich zu besuchen.

Sanftabreibungen im Nieder-Barnimer Kreise.

Daß unseren Genossen im Kreise Nieder-Barnim immer noch die Säle abgetrieben werden, mußte ein Pankower Genosse erfahren. Derselbe hatte in Groß-Schönebeck eine öffentliche Versammlung angemeldet. An Stelle der Anmeldebefcheinigung erhielt er vom dortigen Amtsvorsteher den Bescheid, daß das angegebene Lokal für größere öffentliche Versammlungen nicht geeignet sei und demzufolge die Anmeldebefcheinigung nicht überhandt werden könne. Auf eine sofort beim Landrat eingelegte Beschwerde erhielt der Genosse die telegraphische Antwort, daß der Amtsvorsteher von Groß-Schönebeck angewiesen worden sei, sofort die Anmeldebefcheinigung auszufertigen. Legterer kam dieser Aufforderung zwar nach, er bestellte sich aber gleichzeitig den Inhaber des Versammlungslokals Herrn Jung auf sein Bureau und hatte mit ihm dortselbst eine Unterredung. Das Resultat derselben war, daß Herr Jung dem Einberufer noch am selben Nachmittage mitteilte, daß sein Lokal anderweitig vergeben wäre. Am 30. Dezember, dem Tage der außerordentlichen Versammlung, hat sich aber der Einberufer mit circa 80 zur Versammlung Erschienenen davon überzeugt, daß das Lokal weder anderweitig vergeben, noch für eine solche Versammlung ungeeignet war. Es wurden sogar neue Mitglieder für den sozialdemokratischen Wahlverein aufgenommen. Die drei extra requirierten Gendarmen machten gute Miene zum bösen Spiel, wahrscheinlich war der Gemeindevorsteher von Groß-Schönebeck selbst davon überzeugt, daß sich das Lokal zum Abhalten von öffentlichen Versammlungen ganz gut eignet.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 1. Wahlkreis!

Die Parteigenossen des 1. Kreises und die Hilfskräfte des 6. Kreises werden ersucht, sich morgen, Sonntag, den 6. Januar, morgens 8 Uhr zur Rocherstraße der Hausflur einzufinden bei Radtke, Flensburgerstr. 24, Ellermann, Cyprianerstraße 9, Burghardt, Klopstockstr. 48, Luisenzeit, Fischer, Fiergasse 2, Dahn, Stralauerstr. 48, Hohnow, Barockstr. 36, Hoffmann, Klosterstr. 62, Lehmann, Neue Friedrichstraße 1, Doh, Klosterstr. 101, Kirchner, Heiligegeiststr. 40, Vollin, Französischestr. 6, und Glaue, Krausenstr. 18.

Achtung! Zweiter Wahlkreis! Sonntag, den 6. Januar, früh 8 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Alle Genossen müssen zur Stelle sein.

Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen des Kreises werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich in ihren Bezirken einzufinden. Die Hilfskräfte vom vierten Wahlkreis (Südosten) werden ersucht, sich in den Lokalen einzufinden, wo sie bei der ersten Flugblattverbreitung tätig waren.

Das Wahlbureau des 3. Kreises befindet sich in Dietrichs Festsälen (Zuh. D. Busch), Dreddenersstraße 116 (Telephon Amt IV. 4174) und ist geöffnet wochentags von nachmittags 4 bis 8 Uhr und Sonntags von 8 bis 10 Uhr vormittags.

Achtung! Viertes Wahlkreis! Sonntag, den 6. Januar: Flugblattverbreitung. Alle Genossen müssen zur Stelle sein.

Auch für die Bezirke, welche zu Niederbarnim wählen, findet am Sonntag eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich Mann für Mann zu beteiligen.

Der Vorstand.

Sechster Kreis. Sonntag, den 6. Januar, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Der Vorstand.

Rixdorf. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am morgigen Sonntag, den 6. Januar, eine Flugblattverbreitung stattfindet. Die Parteigenossen sammeln sich um 8 Uhr morgens in den bekannten Lokalen. Von allen Wahlvereinsmitgliedern erwarten wir, daß sie im Interesse der Wahlbewegung pünktlich zur Stelle sind.

Der Vorstand.

Charlottenburg. Morgen Sonntag früh 8 Uhr pünktlich: Flugblattverbreitung. Treffpunkt für den 1. Bezirk Meydorf, Potsdamerstraße 44, 2a Bode, Rehringstr. 25, 2b Schardt, Anobelsdorferstr. 60, 2c Wäcker, Kanstr. 93, 3a Wäcker, Rosinenstr. 3, 3b Krull, Dönerbrückerstr. 80, 3c Reismann, Reuhilfsstr. 6, 4a Dörre, Wallstr. 90, 4b Wäpke, Kaiser Friedrichstr. 91, 5. Wäpke, Erlendenerstr. 11, 6. Mertens, Krümmstr. 43, 7. Grafander, Wielandstr. 4, 8. Czampowski, Kleiststr. 15.

Ferner verweisen wir die Genossen auf die am Dienstag stattfindenden Volksversammlungen im Volkshaus, Rosinenstr. 3 und in Schul Festsälen, Kaiser Friedrichstr. 24. Dagegen erwarten wir, daß sich die Parteigenossen am Mittwoch, dem 9. Januar zum Wahlabend in den oben genannten Wahlstellen einfinden. Der Vorstand.

Schöndorf. Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag früh 7 Uhr stattfindende Flugblattverbreitung vom Wäpkeschen Lokale aus aufmerksam gemacht und ersucht, vollständig zu erscheinen. Der Vorstand.

Freiburg. Sonntag früh Flugblattverteilung. Die Genossen sind verpflichtet, vollständig anzutreten, damit die Arbeit schnell und gut erledigt wird.

Am Mittwoch, den 9. Januar, ist in allen Bezirken Bahlabend. Auch da darf keiner fehlen. Der Vorstand.

Schwargendorf. Am heutigen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Wirtshaus Schwargendorf“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Roth über die bevorstehende Reichstagswahl referieren wird. Pünktliches Erscheinen jedes Genossen ist erforderlich. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Mariendorf-Mariensfeld. Sonntag, den 6. d. M., vormittags 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Genossen werden ersucht, sich recht pünktlich in ihren Bezirkslokale einzufinden.

Treptow-Saumschuldenweg. Am morgigen Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den Bezirkslokale Flugblattverbreitung statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Lichtenberg. Wir machen unsere Genossen darauf aufmerksam, daß am Sonntag eine Flugblattverbreitung vorgenommen wird. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Sonntag, den 6. Januar 1907, morgens 8 Uhr, Flugblattverbreitung vom Lokal F. Loffe, Luisenstr. 20, aus; die Genossen werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich einzufinden. Der Vorstand.

Stralau. Am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet im Lokale Witwe Schröder, Alte Laverne, Alt-Stralau 26, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher der Genosse Albert Stömer über die Auflösung des Reichstages und die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird. Männer und Frauen, besucht in Massen unsere Versammlung. Der Einberufer.

Waltersdorf. Sonntag, den 6. Januar 1907, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Prawig (Bellevue) große Volksversammlung. Tagesordnung: 1. Die Auflösung des Reichstages und die bürgerlichen Parteien. Referent Genosse Kubig. 2. Diskussion. Der Einberufer.

Grünau. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die am Sonntag, den 6. Januar, stattfindende Flugblattverteilung aufmerksam gemacht. Treffpunkt: 8 Uhr „Grüne Ede“, Rüpeniderstr. 88. Der Vorstand.

Trebbin. Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Gesellschaftshaus: Volksversammlung. Der bisherige Vertreter des Kreises, Genosse Fritz Jubel, referiert über „Die Bedeutung des kommenden Wahlkampfes.“ — Morgens 8 Uhr ist Flugblattverbreitung in der Stadt. — In beiden Veranstaltungen ist zahlreiches Erscheinen der Genossen erforderlich. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Sonntag, den 6. d. M., früh 1/8 Uhr, Flugblattverbreitung, alle Genossen müssen zur Stelle sein. — Nachmittags 3 Uhr findet in Bildau im Schumannschen Lokale eine Volksversammlung statt, zu der auch die Frauen zahlreich erscheinen möchten. Die Handzettel zu dieser Versammlung werden gleich mit verteilt.

Reinickendorf (Df., West) und Wilhelmshagen. Morgen Sonntag, den 6. Januar, findet in Zehlendorf bei Liebenwalde eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Stadthagen über: „Die kommende Reichstagswahl und die Parteien“ sprechen wird. Die Genossen aus Reinickendorf und Wilhelmshagen, welche sich an der Versammlung beteiligen, treffen sich am Sonntag früh 1/8 Uhr auf den Bahnhöfen Schönholz, Reinickendorf-Rosenthal und Wittenau. Abfahrt des Zuges von Schönholz 8⁰⁰, von Reinickendorf 8⁰⁰, von Wittenau 8¹⁴. Im agitatorischen Interesse ist rege Beteiligung dringend erforderlich. Das Bezirkswahlkomitee.

Reinickendorf (Df.) Schönholz. Heute abend 8 Uhr findet bei Kamlow, Schönholz 14, die erste öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Stadthagen über: „Die bevorstehende Reichstagswahl“ sprechen wird. Genossen! Sorgt für zahlreiches Besuch der Versammlung.

Tegel. Montag, den 7. Januar, abends 8 Uhr, findet in Troops Festsälen eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagskandidaten Genossen Artur Stadthagen. 2. Diskussion. Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Einberufer.

Parteigenossen! Sonntagmorgen 8 Uhr, vom Genossen Gehhaar, Berlinstr. 92 aus, Handzettelverteilung. Jeder Genosse muß vertreten sein. D. D.

Bezirk Waldmannsluf. Am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet für unseren Bezirk die Mitgliederversammlung in Hermsdorf, Restaurant Forsthaus statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Fendel über „Reichstagsauflösung“. Da dies unsere erste Versammlung nach Auflösung des Reichstages ist, so ist es Pflicht aller Genossen, um unsere weitere Agitation beraten zu helfen. Der Vorstand.

Wäldchen (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 6 Uhr, findet im Restaurant zur Sonne eine öffentliche Wählerversammlung statt. Der sozialdemokratische Kandidat des Niederbarnimer Kreises Artur Stadthagen spricht über „die Reichstagswahl“. Parteigenossen, sorgt dafür, daß die Versammlung bis auf den letzten Platz gefüllt ist! — Die Nieder-Schönhauser Genossen, die an dieser Versammlung teilnehmen wollen, versammeln sich bei Däcker, Fichtenstr. 70; Abmarsch 1/4 Uhr.

Cranenburg. Am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Lokale „Waldhaus Sandhausen“ eine Volksversammlung statt, in welcher der Redakteur Genosse Hans Weber-Berlin über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird. Genossen, Wähler, er scheint in Massen und vergeht nicht, eure Frauen mitzubringen. Der Einberufer.

Sydenau. Die Parteigenossen werden ersucht, zu der am Sonntag früh stattfindenden Flugblattverbreitung vollständig zur Stelle zu sein.

Berliner Nachrichten.

Kein Tag ohne Verkehrsstörung.

Es vergeht kein Tag, ohne daß über eine mehr oder minder große Verkehrsstörung berichtet werden muß. Am Donnerstagabend entstand, wie wir bereits berichteten, auf der Hochbahn eine größere Störung. Diese ist seit gestern früh wieder behoben. Der Betrieb wurde in vollem Umfange wieder aufgenommen. Nach mehr als neunstündiger Arbeit ist es gestern nacht gegen 2 Uhr erst möglich gewesen, die Ursache der Verkehrsstörung zu entdecken. Das Zuleitungslabel zur Blockstation des Wiesendreiecks war durchgedrückt, und die große Arbeit bestand darin, unter den etwa dreißig Kabeln das beschädigte herauszufinden. Die Kabel liegen sämtlich unter der Erde, und es mußte das Dreieck ausgehoben werden, um die Leitungen freizulegen. Es stellte sich heraus, daß infolge der Risse Erdölöl eingetreten war. Der Schaden wurde nach in der Nacht ausgebessert, so daß die ersten Frühzüge fahrplannäßig verkehren konnten.

Donnerstag nachmittag erfuhr der Unterleitungsbetrieb am Brandenburger Tor wiederum eine Störung. Von dem Wagen 284 der Charlottenburger Straßenbahnlinie O hatte der Stromabnehmer Erdölöl, wodurch der Betrieb der Unterleitung für die Dauer von einer Viertelstunde gestört war.

Die Ursachen der bedeutenden Störungen in der Unterleitung der Straßenbahn sollen, wie wir in der „Täglichen Rundschau“ lesen, auf technische Mängel zurückzuführen sein. Eine Hauptursache liegt darin, daß die Stromzuführung in einem Kanal unter Straßeniveau untergebracht werden muß. Es ist notwendig, beide

Mole, die 500 Volt Spannungsdifferenz haben, in den Kanal zu legen. Bei feuchtem Wetter treten dort Kurzschlüsse ein, und besonders ist dies der Fall, wenn auf dem Grunde des Kanals Wasser steht, was bei Regengüssen und Tauwetter unfehlbar geschieht, da die Becken-Entwässerungsanlagen nicht ausreichen, das Wasser abzuführen. Auch die Zuführungsleitungen werden an den Anschlussstellen an den Stromzuführungsleitungen häufig feucht, so daß ihre Isolation leidet. Kabelbrände, hervorgerufen durch Kurzschlüsse und Erdschlüsse, sind die Folge. Reparaturen sind bei der Enge und geringen Zugänglichkeit des Kanals schwierig. Auch die Stromabnehmerpläne verursachen viele Störungen. Beim Hineinfließen oder Herausziehen durch den engen Schlitzen können sie und verbiegen sich. Werden sie feucht, so geben auch sie zu Kurzschlüssen Veranlassung. Eine weitere Schwierigkeit liegt in den Weichen. Es müssen nicht nur die Fahrschienen, sondern auch die Stromzuführungsleitungen unten im engen Kanal gestellt werden. Die gleichzeitige Bewegung beider durch Menschenkraft ist schwierig, man muß daher maschinelle (elektrische) Vorrichtungen, die ihrerseits wieder häufig versagen. Alle diese Uebelstände treten besonders bei nassem Wetter, bei Schnee und Frost hervor. Dabei ist es nicht möglich, die Schienen der Unterleitung durch Salzkreuren frei zu machen, da das Salz im Kanal die Kurzschlußgefahr vergrößert. Dies sind die Gründe, warum gerade in den letzten Tagen an allen Stellen, wo Unterleitung verlegt ist, bald diese, bald eine Störungsquelle auftritt, deren Folgen sich dem Publikum in der lästigsten Weise bemerkbar machen.

Die Unterleitungsführung an der Ueberführung über den Opernplatz und die „Linden“ beschäftigte übrigens gestern die zuständigen Deputierten der Aufsichtsbehörden in einer Konferenz, die unter Vorsitz des Polizeipräsidenten im Polizeipräsidium stattfand. Es wurden vorwiegend technische Maßnahmen erörtert, durch die die Wiederholung einer so umfangreichen Verkehrsstörung in Zukunft vorgebeugt werden könne. In Hoffreisen soll tiefe Abneigung gegen eine, wenn auch noch so cochierte Oberleitung über die „Linden“ herrschen, man ist dort der Ansicht, daß die Unterleitung bisher gut funktioniert habe, und daher nach ihrer Instandsetzung auch beibehalten werden könne, bis nach Anlage des „Linden“-Tunnels die Straßenbahnwagen überhaupt vom Straßeniveau verschwinden würden.

Das Tolle bei der Verkehrsstörung der Großen Berliner ist, daß die Fahrgäste nach ihrem Umsteigen ein zweites Mal lösen müssen, ein Zustand, gegen den entschieden Protest eingelegt werden muß.

Eine Stunde langer Todesangst verbrachten vier Personen auf dem Eise, welche, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, am Neujahrstage einen Ausflug nach der Bismarckwarte unternommen hatten. Der Kaufmann Hilbert aus Tempelhof hatte gemeinsam mit zwei Freunden und der Schwester eines der Teilnehmer, Fräulein Tischbein, eine Partie nach dem Müggelsee ausgeführt. Die vier Personen begaben sich dann nach der Bismarckwarte und traten bei Beginn der Dunkelheit dem Rückweg an. Bevor sie jedoch einen sicheren Weg erreichten, war es völlig dunkel geworden, und so gerieten die Ausflügler statt nach der Müggelsee-Brücke nach dem Ufer des Müggelsees. Auf der von Schnee überdeckten Eisfläche verlor sich die vier Personen die gefährliche Situation nicht zu erkennen, und da sie in einiger Entfernung ein Licht bemerkten, gingen sie quer über die Fläche hinweg, welche die Männer wohl für eine Waldfläche hielten. So gerieten die Verirrten an eine Quader, die leicht überfrieren und mit Schnee bedeckt war, und Hilbert, Fel Tischbein und deren Bruder stürzten in das Wasser. Der andere Herr, der etwas zurückgeblieben war, bemühte sich vergeblich, die Verunglückten zu retten. Seine Hilfsversuche wurden jedoch vom Gastwirt Meier gehört, der mit mehreren Kellnern der Unfallsstelle zusuchte. Es gelang, die beiden Männer schon nach wenigen Minuten aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien, während Fräulein T. bereits unter der Eisdicke verschwunden war. Dennoch gelang es nach längerem Bemühen, die schon bestunntungslose Dame aufzufinden und ebenfalls dem Wassertode zu entreißen. Die drei Personen wurden nach dem städtischen Krankenhaus in Köpenick übergeführt, wo H. und T. sich soweit erholten, daß sie gestern entlassen werden konnten. Fräulein Tischbein ist zwar nicht unbedenklich erkrankt, doch hoffen die Ärzte, auch sie am Leben zu erhalten.

Schiffmordversuch eines Weisenbüchlers. Gestern nachmittag beobachtete der Kaufmann W. in der Rosendammstraße in Reinickendorf ein junges, kaum 15-jähriges Mädchen, welches, von Berlin kommend, durch sein auffälliges Benehmen seine Aufmerksamkeit erregte. W. verfolgte die Unbekannte, die sich nach einer am Grünen Weg belegenen Laubensolone begab und dort aus einer Flasche zu trinken verlor. Der Kaufmann entriß der Lebensmüde das Fläschchen, von dessen Inhalt sie bereits eine Kleinigkeit verschluckt hatte und brachte die in heftigen Krämpfen sich Windende zu einem Arzt. Wie der letztere feststellte, befand sich in der Flasche verdünnte Phosphorsäure. Dem Arzte gelang es durch Auspumpen des Magens die Lebensgefahr zu beseitigen. Das Mädchen wurde dann nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt. Wie die Lebensmüde angab, sei sie elternlos und habe den Selbstmord aus gekränktem Ehrgefühl ausführen wollen. Sie sei in einem Papiergeschäft tätig und dort ungerechtfertigterweise des Diebstahls beschuldigt worden.

Verführerisches Brautpaar. Eine Tragödie liegt allem Anschein nach dem Verschwinden eines Brautpaares zugrunde. Seit dem ersten des Monats wird der am 24. Februar 1884 zu Klein-Blitz geborene Karl Reichel aus der Köpenicker Straße 19 vermißt. Mit ihm verschwunden ist seine 20 Jahre alte Braut Gertrud Hemmich, Rauhnsstr. 12. Es wird befürchtet, daß das Brautpaar gemeinsam in den Tod gegangen ist. Sowohl K. als auch G. hatten vor ihrem Verschwinden Bekannten gegenüber geäußert, sie würden sich das Leben nehmen. Bisher konnte von den beiden noch keine Spur entdeckt werden. K. war bei seinem Weggange mit schwarzem Gehrock, schwarzem Hut und Paletot bekleidet. Der Vermißte ist 1,72 Meter hoch, hat dunkelblaue Augen, volles Gesicht und dunklen Schnurrbart. Die Braut ist ebenfalls dunkel gekleidet.

Das Ende des Kinosensations. Tot aufgefunden wurde gestern auf dem Treppenhof des Hauses Amalienstr. 17 der 31-jährige Kinosensationsführer Hermann Wendt. Auf welche Weise W. den Tod gefunden hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Es wird angenommen, daß er von der Treppe abgestürzt und an innerer Verblutung gestorben ist. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und zur Obduktion dem Schauhaus überwiesen.

Im Hotel erschossen hat sich gestern nachmittag der 40-jährige Handlungsgehilfe Gustav L. aus Pny. Der junge Mann hatte im Hotel Germania in der Jägerstr. 68 ein Zimmer genommen, um darin ungestört seinem Leben ein Ende bereiten zu können. Er jagte sich eine Kugel in die Schläfe und war auf der Stelle tot. In dem Besitz des Selbstmörders fand man nur noch 80 Pf. Bargeld. Das Motiv zur Tat ist angeblich in unglücklicher Liebe zu suchen.

Die Reichstagswählerliste Nr. 10546 ist verloren gegangen. Abgegeben ist dieselbe bei H. Baumann, Bergstr. 70.

Das Volkstheater-Variété-Theater am Weinbergsweg ist gleich den Unternehmungen ähnlicher Art darauf bedacht, auch im neuen Jahre mit einem neuen Programm aufzutreten. Die verständlichste Produktion ist die des Schlangentänzers Kosta. Der Mann bringt es fertig, seinen Kopf vollständig umgedreht, und so, gewandt gehend, seinen Blick nach hinten zu richten. Die Vorkführung gewährt keinen gerade ästhetischen Anblick. Bewundernswertes leisten auch drei Akrobaten, das Trio Rakowitz. Als elegante Servantinnen treten die drei Lucca Ravello, während sich die drei Krebitz als russische Sänger und Tänzer betätigen. Die übrigen Nummern bringen neben einem Ausflügen einen Jamboristen, Soubretten, auch ein Spektakelstück: „Im Panoptikum“, das viel belacht wurde, wozu noch eine drollige akrobatische Pantomime „Der Hottentott in Wien“ kommt.

Auf der Dreptow-Sternwarte spricht Direktor Krönholz am Sonntag, mittags 12 Uhr, über: „Die Sonne und ihre Planeten“; am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, über: „Das Aufsuchen der Sternbilder mit praktischen Übungen“; um 7 Uhr über: „Ein Ausflug in die Sternwelt“. Das Thema für den Vortrag am Montag, abends 9 Uhr, lautet: „Unter Planetenhygiene“. Sämtliche Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet. — Mit dem großen Fernrohr wird während der ganzen Woche am Tage die Sonne, abends „Saturn“ bzw. „Jupiter“ beobachtet.

Vermißt. Am 8. November 1906 hat sich die verehelichte Ida Wegmann geb. Krieger, 28 Jahre alt, aus ihrer Wohnung Wallradenstr. 104a entfernt und ist seit dieser Zeit nicht wieder zurückgekehrt. Dieselbe ist nervenkrank, sie hat Selbstmordgedanken geäußert und hat auch schon vor zirka einem Jahre einen Selbstmordversuch begangen. Die Vermißte ist von mittlerer Gestalt, hat rotes Haar, braune Augen, rundes, blasses Gesicht, Zahnlücken und auffällige Galen an den Händen. Sie war bekleidet mit blauem Kleid, schwarzem Rock, weißer Bluse, schwarzen Strümpfen und hohen Schnürstiefeln. Zweisidliche Angaben über den Verbleib der Vermißten werden in jedem Polizeibureau oder im Polizeipräsidium, Zimmer 324 zu 7057 IV. 37. 06 entgegen genommen.

Zweimal vorläufig in Brand gesetzt wurden in der letzten Nacht Bureauöbel, Fußböden, Papier u. a. am Elisabeth-Ufer 5/6. Der erste Alarm erfolgte dorthin um Mitternacht. Als die Feuerwehr dort anlangte, brannten Möbel usw. und konnte die Ursache des Brandes nicht festgestellt werden. Um 4 Uhr erfolgte der zweite Alarm. Diesmal brannten an verschiedenen Stellen Papier, der Fußboden u. a. Der Brand ergab, daß vorläufige Brandstiftung vorlag. Die Ermittlungen nach dem Täter sind von der Kriminalpolizei eingeleitet und mehrere Personen vernommen worden.

Gleichzeitig wurde die Feuerwehr nach der Köpenicker Str. 95 und Gausstr. 29a gerufen, wo Arbeiter u. a. brannten. Wegen eines Wasserrohrbruchs und Ueberfüllung des Hauses erfolgte ein Alarm nach der Französischen Str. 62 um 12 Uhr nachts. Die Wasserleitung mußte abgepumpt werden. Außerdem wurde die Wehr nach der Potsdamer Str. 70a, Seydelstr. 32, Kaiserstr. 25a, Dessauerstr. 21, Gausplatz 4, Goldensteinstr. 13 u. a. Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

Die Stadterordnetenversammlung hielt am Donnerstagabend in der Aula des Kaiser Friedrich-Gymnasiums die erste Sitzung im neuen Jahre ab. Die Körperchaft ist um 19 Mitglieder vergrößert worden, besteht jetzt aus 60 Mitgliedern.

Die neugewählten und die als Ersatz des am Schluß vorigen Jahres ausgeschiedenen Drittels gewählten Stadterordneten werden durch den Oberbürgermeister eingeführt und verpflichtet.

Die unbesoldeten Magistratsmitglieder sind um zwei vermehrt worden. Die feinerzeit für diese Sitze von der Versammlung erwählten Herren Fischer und Schmidt treten in ihr Amt ein und werden vom Oberbürgermeister vereidigt.

Hierzu erfolgte die Wahl des Vorstandes für das laufende Jahr. Zum Vorsteher wird durch Jura Stadtm. Sander wiedergewählt. Als Stellvertreter wird von der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Iden vorgeschlagen. Stadtm. Conrad (Soz.) führt hierzu aus, daß die bürgerliche Mehrheit bisher immer ihre Macht mißbraucht habe, indem sie die selbstverständliche Vertretung der A. Abteilung im Bureau vereitelte. Es sei hohe Zeit, daß man endlich toleranter werde. — Des Redners Rühm war umsonst. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der bisherige Stellvertreter Kögelke wiedergewählt. Zu Schriftführern ernannte die Versammlung einstimmig die bisher amtierenden Magistratsbeamten Bureauleiter Müller und Rechnungsrat Müller.

Der Vorsteher teilt mit, daß im verfloßenen Jahre 18 (1905/16) Sitzungen stattfanden, in denen 74 (218) Beschlüsse gefaßt wurden. Eine Anwesenheitsliste über die einzelnen Stadterordneten liegt zur Einsicht auf. Des weiteren gibt der Vorsteher die Einzelheiten über den Kohlenbrand in der Gasanstalt bekannt, aus denen hervorgeht, daß zur Dülfeleistung Militär herangezogen worden ist. Hieran knüpft sich eine lange Debatte.

Stadtm. Wulff (Soz.) protestiert gegen die Verwendung von Militär. Es ist doch sonderbar, daß man zu diesem Mittel greife, wo bei einigem Bemühen sicher genügend Arbeiter zu bekommen gewesen wären. Der städtische Arbeitsnachweis hätte hier gewiß helfen können. Statt dessen schalte man die Rigdorfer Steuerzahler und arbeitslosen Familienväter aus, die gerne arbeiten würden. Militärisch müßten sie anständig bezahlt werden. — Stadtm. Gröpler (Mitglied der Stadtdeputation) erklärt: Er habe erst jetzt, nachdem schon wochenlang der Brand wüte, von diesem Kenntnis erhalten und glaube auch, daß man die Sache zu lässig behandelt habe. Jetzt sei aber schnelle Hilfe doppelte Hilfe. Der Arbeitsnachweis hat aber keine Arbeiter gehabt, so daß zum Militär gezwungen werden mußte. Die Soldaten sind auch jünger und daher brauchbarere Kräfte. — Stadtm. Adam: Mitteilung über den Brand ist schon vor drei Wochen der Deputation gemacht worden, doch habe die Direktion diesen als unerheblich bezeichnet. — Stadtm. Rahmig macht der Verwaltung den Vorwurf der Nachlässigkeit. Die von der freiwilligen Feuerwehr angebotene Hilfe ist zurückgewiesen worden; auch eine Anfrage der Berliner Wehr beanspruchte man mit der lakonischen Antwort: „In Rigdorf brennt's nicht.“ Erst auf Befehl des Polizeipräsidenten ist die Rigdorfer Feuerwehr ausgerückt, nachdem schon wochenlang der Brand wüthete. Daß dieser sich so ausbreitete, lag an der mangelnden Sachkenntnis der Leitung. Die Kohlen waren seit doppelt so hoch gelagert, als zulässig. Die getroffenen Maßnahmen waren unzureichend. Der entstandene Schaden dürfte eine Million betragen. Redner stimmt dem Stadtm. Wulff darin zu, daß bei früherem energischem Eingreifen die Feuerwehr in Gemeinschaft mit einer entsprechenden Anzahl Arbeiter den Brand sehr bald erstickt hätte ohne Hilfe von Militär. — Stadtm. Varschke (Soz.) ist geschäftlich fast täglich auf der Anstalt und hat dabei ebenfalls festgestellt, daß die eingestellten Arbeitskräfte an Zahl viel zu gering waren. Wenn man nicht genügend Arbeiter bekommen habe, so erkläre sich das aus den denselben gebotenen Löhnen von 38 Pf. pro Stunde. Daß sei bei der gesundheitsgefährlichen Arbeit unzureichend wenig. — Oberbürgermeister Bobbin und der Deputierte Stadtm. Riegwa mühen sich vergeblich, die Sünden der Verwaltung zu entlasten. Letzterer meinte, man habe dem Brande zunächst nicht so große Bedeutung beigemessen, schließlich aber alles mögliche getan. Der erste Alarm sei: Erst ein oder zwei Tage vor Weihnachten hat der Magistrat Kenntnis von der Katastrophe erhalten. (Bewegung und Lärm hörte man.) Wenn die Schuld treffe, könne noch nicht festgestellt werden, da der leitende Direktor erkrankt ist. Ich war auf die Akten angewiesen, welche den Brand harmlos darstellten. Nachdem das Gegenteil festgestellt worden ist, war die Hinzuziehung von Militär die einzig richtige Maßnahme. Der Schaden wird nicht so groß sein, wie angegeben; meiner Schätzung nach dürfte eine halbe Million nicht erreicht werden. Beim Bau der Anstalt dürfte insofern ein Fehler gemacht worden sein, als der Lagerplatz zu klein bemessen wurde. Jedemfalls wird jetzt der Magistrat bemüht sein, den Brand einzudämmen. — Stadtm. Wulff (Soz.) erwiderte auf diese magistratlichen Ausführungen: Der Inhalt der Rede des Oberbürgermeisters steht im ungeschickten Verhältnis zu ihrer Länge. Die Vorwürfe gegen die Verwaltung sind keineswegs entkräftet worden. Im Gegenteil! Der Bürgermeister hat das wunderliche Eingeständnis gemacht, daß — obwohl die Bürgerchaft schon seit Wochen von dem Brande spreche und auch der Polizeipräsident sich mit demselben beschäftigt — der Magistrat erst während Weihnachten und Neujahr offiziell davon Nachricht erhalten habe. Das sieht ja so aus, als ob das Rathaus vom Gaswerke vollkommen isoliert liege und nicht per Telefon oder sonstige zu erreichen wäre. Es bleibt dabei: Unfähigkeit und Nachlässigkeit der verantwortlichen Personen haben die Katastrophe herbeigeführt, wofür die Rigdorfer Steuerzahler jetzt die Kosten zahlen können. Von diesem Vorwurf ist weder Gasanstaltdirektion, Deputierte noch Magistrat zurückgewichen. — Der Oberbürgermeister verspricht, nachdem er sich nochmals erregt gegen die „Angelegenheiten“ des letzten

Redners wendet im übrigen diese aber nur bestätigt, eine strenge Untersuchung, über deren Resultat der Versammlung Auskunft gegeben werden wird. Damit schließt diese für den Magistrat wenig ruhmvolle Debatte. —

Als Publikationsorgane der Versammlung werden wieder die beiden Lokalblätter bestimmt. Der Antrag des Stadtm. Ostermann (Soz.), auch den 9000 Abonnenten des in Rigdorf zahlenden „Vorwärts“ zu wählen, wird von der Mehrheit abgelehnt.

Die Hebung der Kirchensteuer soll künftig mit den anderen Steuern gemeinsam vierteljährlich erfolgen und zwar wiederum durch die städtischen Beamten. Stadtm. Thüron (Soz.) bekämpft diese letztere Ansicht, indem er es als unzulässig kennzeichnet, städtische Angestellte für diese privaten Kirchenangelegenheiten zur Verfügung zu stellen. Die Bemühungen des Redners hatten aber keinen Erfolg. Die Vorlage wurde unbedeutend angenommen.

Die Anstellungsbedingungen für die Direktoren der höheren Mädchenschule und der Realschule, welche letztere beiden am 1. Oktober d. J. eröffnet werden sollen, werden einstimmig genehmigt. (Anfangsgehalt 5100 M., steigend bis 6600 M.)

Dem Beschlusse des Magistrats, Giroverkehr mit der Reichsbank einzuräumen, tritt die Versammlung bei.

Es folgt die Besetzung der Verwaltungsdeputationen und Ausschüsse. Bei der Schuldeputation, in welcher der Sitz des ausgeschiedenen Stadtrats Schmidt zu besetzen ist, schlägt der Stadtm. Dr. Silberstein (Soz.) den Genossen Iden als Kandidaten vor. Tröppel — so führt Redner aus — anzugewöhnen ist, daß der Genannte nicht bestaunt wird, er warte ich, daß auch Sie (zur Rechten), meine Herren, diesen wählten als wirksamen Protest gegen die im Volksschulwesen übernehmenden Verfassungsveränderungen. Diese können nicht besser bekämpft werden, als daß die Städte alljährlich durch solche Protestwahlen der reaktionären preussischen Regierung zeigen, wie sehr das preussische Schulgesetz dem Volkswillen zuwiderläuft. — Die immer da, wo es mehr oder weniger unangebracht ist, von der Selbstverwaltung bramarbasierende bürgerliche Mehrheit fand aber nicht den Mut, den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen. Als Charakteristikum mag hier auch hinzugefügt werden, daß die vor kurzem bei den Wahlen sich so ungeneigt oppositionell gebärende Beamten, Mittelstands- und Arbeiterpartei schon mit den Hausorganen den Bruderschar ausgetauscht hat und mit diesen letzteren hier wie in den vortragenden Bestimmungen Arm in Arm marschierte.

Der Magistrat beantragt, zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit eine Pfortenwache für stillende Mütter zu errichten und zu diesem Zweck 4000 M. in den Etat einzustellen.

Stadtm. Dr. Silberstein (Soz.): Man sagt zwar immer: was lange währt, wird gut. Das kann von dieser Vorlage nicht die Hauptregel werden. Nur das darin enthaltene Prinzip ist gut und an sich zu begrüßen. Sonst ist sie mangelhaft und läßt jede nähere Angabe über den Umfang der Säuglingssterblichkeit in Rigdorf vermissen. Nur ganz verächtlich wird angedeutet, daß „auch“ in Rigdorf dies volkswirtschaftliche Uebel „härter“ auftritt. Demgegenüber muß ausgesprochen werden, daß wir in dieser Hinsicht mit 288 Sterbenden von 1000 Säuglingen in Preußen an fünfter Stelle rangieren. Alle anderen Berliner Vororte, ja selbst rheinische Industrie- und Arbeiterstädte, wie Gelsenkirchen und Elberfeld (147 pro Tausend), haben viel günstigere Verhältnisse aufzuweisen. Und da will man mit der jämmerlichen Summe von 4000 M. etwas anrichten, was denen noch 3000 M. für die Einrichtung abgeben und nur ganze 1000 M. zur Weibhilfe für stillende Mütter verordnet werden sollen. Es genügt keineswegs, nur diesen Müttern beizuspringen, wenn Erfolge erzielt werden sollen. Auch während der Uebergangsperiode von der Mutternahrung zur anderen ist Lieferung feinstreuer Milch unerlässlich. Ferner muß auch an die Mütter gedacht werden, welche infolge mangelnder Gesundheit oder wirtschaftlicher Verhältnisse zur künstlichen Ernährung ihrer Kinder gezwungen sind. Dazu gehört aber eine andere als die beantragte Summe, mit der wir uns nur lächerlich machen. Namentlich meiner Freunde schlage ich daher vor, 10 000 M. auszugeben. — Die Stadtm. Koye und Rahmig halten an der Vorlage fest. Der letztere sagt, daß man sparen sein müsse in der Stadt sowie als Hausvater. Die Arbeiter sollen selbst für Ernährung ihrer Kinder sorgen. Wer Kinder in die Welt setzt, mag auch für diese arbeiten. Ihm (Redner) wäre es peinlich, wenn er zum Zwecke der Ernährung seiner Kinder sich bescheiden lassen sollte. Er berufe sich auf Dr. Reumann (der bekannte Führer im Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit) selbst, der ihm in seinem Sporbüchlein zugehört habe. — Stadtm. Weinreich: Statistisches Material ist nicht nötig. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterstadt Rigdorf am meisten von dieser Seuche heimgesucht wird. Wir können froh sein, überhaupt Mittel dafür zu haben; der Etat läßt eine höhere Summe nicht zu. — Stadtm. Selmann befreit einer Ausrufung Silbersteins gegenüber, daß von sozialdemokratischer Seite erst die Säuglingsfürsorge angeregt worden sei. — Stadtm. Veltz lehnt die Vorlage ganz ab. Die Kindererzeuger sollen auch für deren Ernährung sorgen. — Stadtm. Dr. Silberstein (Soz.) weist nach, daß erst auf Drängen seiner Freunde der Sache näher getreten worden sei. Dem Stadtm. Weinreich wolle Redner bemerken, daß die Höhe der Rigdorfer Sterblichkeitsziffer gar nicht so selbstverständlich sei, denn die der hiesigen Polizei unterstellten Kinder weisen eine erheblich niedrigere Ziffer auf. Als der Redner die miserable wirtschaftliche Lage der weiblichen Proletarierin bespricht, ruft ihm Stadtm. Rahmig zu: „Sie sollen dienen gehen!“ — Nachdem noch Stadtm. Veltz (Soz.) die rüchständigen Auffassungen der Herren Veltz und Genossen gekehrt, wurde der sozialdemokratische Antrag (10 000 M.) abgelehnt. Die Vorlage des Magistrats (4000 M.) gelangte hierauf einstimmig zur Annahme. —

Charlottenburg.

Freie Volkshöhle Charlottenburg. Morgen Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet die erste Vorstellung des Vereins in dem neuen Charlottenburger Schiller-Theater statt. Geplant wird Schillers „Räuber“. Die Mitglieder müssen heute spätestens geliebt sein.

Vermischtes.

Der Rhein steigt. Die Rheinhöhe betrug nach Kölner Meldung gestern früh 2,52 Meter, der Strom ist seit gestern früh um 1,17 Meter gestiegen.

Neue Schneehöhe werden aus Westdeutschland gemeldet. Die Kölner Pegelhöhe steigt ständig um 10 Zentimeter. Rofel, Saar, Riedar und Ruhr führen Hochwasser. Im Ruhrgebiet werden erneute Störungen der sechsen eröffneten Schiffsahrt befürchtet. Im unteren Laufe der Ruhr sind wiederum zahlreiche Schleusen und Betriebswerkstätten gezwungen, die Arbeit einzustellen.

Der Brand in den Forts mütterlicher Militärmagazine hat nach amtlicher Schätzung einen Schaden von einer Viertelmillion Mark verursacht.

In Montreal wurden durch eine am Donnerstag im Geschäftsviertel ausgebrochene Feuersbrunst eine Anzahl Gebäude zerstört; zwei Personen kamen in den Flammen um. Der angerichtete Schaden wird auf 20 Millionen geschätzt.

Essentielle Bibliothek und Leshalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 9—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Leshallen liegen kurze bis längere Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Artung aus.

Arbeitslose Gemeinde. Sonntag, den 6. Januar, vormittags 9 Uhr, im Rathaus (Gangung Nebenstraße), Saal 109: Versammlung freiwilliger Beiräte. — Vormittags 10 Uhr, in der Schulstraße, kleine Brandstraße 6: Vortrag des Herrn Prof. Dr. A. Wehrle: Das Wunder ist des Glaubens höchstes Kind. — Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Westfalen. (Vereins Berlin.) Sonntag, den 6. Januar, abends 6 Uhr, Sitzung bei Wehrle, Grünauerstr. 8. Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich.

Wir den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 5. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr.

Agf. Opernhaus. Siegfried Anfang 7 Uhr.
Agf. Schauspielhaus. Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Deutsches. Das Wintermärchen. Dieben. Cousin Bobby.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Kinderstreu und Weihnachtsfesten.
Vorling. Der Freischütz.
Vestling. Die Bildente.
Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Raifias Gollinger.
Schiller-Theater Charlottenburg. Minna von Barnhelm.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.) Der Familientag.

Neues Schauspielhaus. Der Keller. Nachmittags 3 Uhr: Mitternachtskleines. Eine triviale Komödie.
Berliner. Eberhard Holms.
Romische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Neues. Kinder.
Zentral. Künstlerblut.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Schneemittchen und die sieben Schwere.
Reichens. Florette und Patapon.
Vestling. Die Bildente.
Deutsches Amerikanisches. Der Sorgenbrecher.

Thalia. Eine lustige Doppeldecker.
Nachm. 4 Uhr: Hänsel und Gretel.
Zentral. Die schöne Ungarin.
Nachm. 4 Uhr: Dorndörchen.
Bernhard Rose. Berliner Raubvögel.
Nachm. 4 Uhr: 1001 Nacht.
Trianon. Wo ist der Papa? Vorher: Die Schloßkellerei.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gehr. Herrnsfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Wintergarten. Saharet. Spezialitäten.
Myosio. Die schöne Vestalin. Spezialitäten.

Rafino. Ledige Leute. Spezialität.
Folies Caprice. Das Modell. Serenissimus August XXVI. Josef Fleischmann.
Prater Theater. Robert und Bertram.

Wahage. Spezialitäten.
Figaro. Der Kavaller. Die Kluge. Schloßkellerei. Unterm Bett.
Karl Haveland. Spezialitäten.
Reichens. Stettiner Säng. Waldhalla. Spezialitäten.

Urania. Taubentruhe 48/49.
Im Theater nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen: Stollen.
Abends 8 Uhr: Die Feuergefallen der Erde.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn.

Berliner Theater.
Heute und folgende Tage: Anfang 8 Uhr:

Sherlock Holmes

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12. Abends 8 Uhr:

Cousin Bobby.
Frei Berner a. G.

Neues Schauspielhaus
Heute nachmittags 3 Uhr: Aschenbrödel.
Abends 8 Uhr:

Der Helfer.
Sonntag 8 Uhr: Der Helfer.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Kinder.
Sonntag: Kinder.
Montag: Die Gondottieri.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.

Eine triviale Komödie für seriöse Leute.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Eine triviale Komödie für seriöse Leute.

Komische Oper.
Abends 8 Uhr:

Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Carmen.
Abends 8 Uhr: Lakmé.
Montag: Pariser Leben.

Lorzing-Theater
Beilkenallee 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:

Der Freischütz.
Abonnements gültig.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Wallenschmid.
Abends 8 Uhr: Der Wildschütz.

Zentral-Theater.
(Operette.) 3 1/2 Uhr halbe Preise: Schneewittchen.
Abends 8 Uhr: Künstlerblut.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Im Theater nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen: **Sizilien.**
8 Uhr:
Die Feuergefallen der Erde.

Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr:

Florette und Patapon.
Schwank in 3 Akten v. R. Hennequin und Pierre Veber.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Ungarin.

Metropol-Theater
Heute:
I. gr. Metropol-Theater-Ball.
Beginn 11 Uhr.

Morgen, Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Auf in's Metropol!
Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.

Apollo Theater

Abends 9 1/2 Uhr:
Die schöne Vestalin.
Operette. Musik von Viktor Holländer.
Vorher 8 Uhr:

Die neuen Spezialitäten.
Sonntag, den 6. Januar:
Nachm. 3 Uhr. Halbe Preise!
Doppelvorstellung. Variété u. Operette
Neues auf Erden von Paul Linde.

BERNHARD ROSE THEATER
Große Frankfurterstr. 132
Nachmittags 4 Uhr bei kleinen Preisen: Gr. Kindervorstellung
Abends 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.
Abends 8 Uhr:
Berliner Raubvögel.
Morgen nachm.: Die Schule d. Lebens.

Gebr. Herrnfeld-Theater
König. Theater Einlaß 8 Uhr. 7 Uhr
Kommandantenstr. 57
Stallschreiberstr. 42-44.

Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten mit den Vektoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 Uhr an den Theaterkassen bei H. Wertheim und Invalidenanst. Rauchen in allen Räumen gestattet.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Erster Klassiker-Abend.
Zum 1. Male:
König Lear.
Tragödie in 5 Akten v. W. Shakspeare.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Köpckeckerstr. 67/68.
Heute und jeden Abend 8 Uhr:
Gastsp. Ad. Philipp.
Der große Lacherfolg: Der Sorgenbrecher.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Ueber'n großen Teich.“

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Das Modell.
Serenissimus August XXVI. Josef Fleischmann.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10-2 a. d. Theaterk. u. b. Wertheim.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Oskar Blumenthal und Max Bernstein.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die rote Robe.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Montag, abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.

Schiller-Theater, Charlottenburg, Blomardstraße, Ecke der Grolmanstr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. Gotthold Ephraim Lessing.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Räuber.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Minna v. Barnhelm.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Räuber.

Zirkus Schumann

Heute Sonnabend, den 5. Januar, abends prägnante 7 1/2 Uhr: 11 a.:
Zum 2. Male: Die größte Sensation direkt aus Amerika: Eine absolute **?Globe of Life?** Mit Irene u. Mr. Robit!.
Reiner Neu! **3 Frères Willé** und die neuengagierten Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Die größte Pracht-Ausstattungsphantasie
Sonntag 2 Gala-Vorstellungen, nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: **Globe of Life.**

Castans Panopticum

Friedrichstraße 165
Der Räuberhauptmann v. Köpenick.
Letzte Woche: Die zusammengewachsenen Schwestern.
Abends 6 1/2 Uhr: Familien-Bier-Kabarett. Wochentags ohne Extra-Entree.

Zirkus Busch.

Heute abend 7 1/2 Uhr.
Abend Brockmanns Kabarett I.
Todes-Reifen.
Reiner: Rih Diana, drei Affen, Hunde, Kofodus, 4 Springherde-Konfanten, Hrn. Ernst Schumann Reudressuren.
Um 1/10 Uhr:
ROM. Gr. Origin.-Auffst. Pantom. in 7 Bild.
Die großen Kampfschule im Zirkus Calligula. Ring- u. Faustkämpfer, Bärenkämpfer, Rechtergruppen etc.

Brunnen-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Direktion: Bernhard Rose.
Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr, bei vollständigen Preisen:
Die Cameliendame.
Dramatisches Gemälde in 5 Akten.
Abends 7 Uhr:
Der Löwe des Tages.
Singschloß in 3 Akten.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Berlin paß' auf!
Burleske in 3 Akten v. Leop. Op. Musik von Rudolf Nelson.
In den Hauptrollen: Josefine Dora, Pauletta van Roy, Albert Kühn, Martin Bendix.
Vorher: Die glänzenden neuen Spezialitäten 1. Januar.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse
Täglich 1/8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der Riesen-Januar-Spielplan.
11 a.: **The Romeos**, japan. Akt.
4 Silbersterne, akrobatisches Potpourri.
Geschieden.
Schwank in 1 Akt.
12 erstklassige Nummern!
Familienkarten, zum halben Kassenspreis gültig, in allen Barbier-, Treiber- u. Bierengeschäften gratis.

Walhalla-variété-Theater.

Weinbergsweg 19/20
Am Rosenthaler Tor.
Heute abend 8 Uhr:
Die erste Sensation von 1907!
Kosta
Der Mann mit dem drehbaren Kopf.
14 fäuzlich neue Karneval-Spezialitäten 14

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhäuser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Reizspielfolge.
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**
Langleitung: B. Sachse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Wo ist der Papa?
Vorher: Die Schloßkellerei.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Hausfreund.

Sanssouci, Kottbuser Straße 4a.

Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt., Montg., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanz-Kränzchen.
Sonntag und Montag:
Große Elite-Soireen
(Durchweg neues Progr.)
Sonnt., Di., Mi., Do., Freitag, 8 U.
Rächsten Mittwoch:
Theater-Abend.

Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Reichsstraße, Kaiserstr. 89.
Zentrum II: Albert-Straße, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Süden und Südwesten: Hermann Werner, Mittelmalderstr. 30.
3. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Bülowstr. 52, Hof.
4. Wahlkreis, Osten: Robert Engels, Mühlendammstr. 3, am Rüstenerplatz. - Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lützowplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Jung, Reibelstr. 42 (Laden).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anderz, Salzweberstr. 8, im Laden.

Wedding: Karl Reize, Bienenstraße 41/42.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Aderstr. 36, Eingang Anklamerstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Hagenstr. 24, vorn part. ImB.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Hagenstr. 123.
Alt-Gliencke: Reinhold Schulz, Rudowstr. 83.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, vorn I.

Wilmerdorf-Halensee: Georg Heese, Berlinerstr. 46, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, M.-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schröder, Bülowstr. 21.
Rixdorf: R. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.

Schmargendorf: Gustav Kaminski, Guntzstraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Tempelhof: R. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneberg: Julius Grunow, Edlstr. 10, I.
Nieder-Schöneberg: Donatowski, Döbberstr. 14.
Johannisthal: Franz Hübold, Börsenstr. 7.
Adlershof: Erich Steiner, Koonstr. 8, I.

Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Rudowallee-straße 4b.
Köpenick: Friedrich Bold, Grünstr. 4.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Rob. v. Döbberstr. 32, und Fr. Schellhaase, Köpenickstr. 15a.

Mariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.
Baumschulenweg: Stad. Grünstr. 2, II.
Treptow: Rob. Gramenz, Rieboldstraße 412, Laden.
Neu-Weißensee: Kurt Rührmann, Sedanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: B. Gutsch, Breedingstraße 108, II.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck, Döbberstraße, Schubarstraße 43.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Mühlstr. 73.
Bernau: Heinrich Broje, Hebesteinstr. 74, part.

Eichwalde, Zenthen, Niedersorf und Hanksel Ablage: Wilms Gräß, Eichwalde, Kranzprinzenstr. 82, I.
Teltow: Wilhelm Reyer, Obersteinweg 7.
Nowawes: Wilhelm Rapp, Friedrichstraße 1.
Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Kußerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

Kasino-Theater

Pöhlingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Ledige Leute.
Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann.
Vorher das bunte Januarprogramm.
Sella, Schwank in 1 Akt v. R. Krämer.
Sonntag 4 Uhr: Die beiden Champagnol.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.
Sonnabend, den 5. Januar 1907, nachm. 4 Uhr, Kinder-Vorstellung:
Hänsel u. Gretel.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säng. Zum Schluss: Reiz! **Christmarkt.**
Anfang
Bodenstr. 8, Sonntags
7 Uhr.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
12 erstklassige Schlager 12
Konzertsaal:
Wiener Schrammeln.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gilschinerstr. 72, Station im Hause. Haltestelle Pringensstraße. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für toptulente Herren passend.
Dieselben sind von seinen Kavallieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 35722*
Fahrgeid wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

Dr. Schünemann

Spezial-Virt für 35112*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schloßstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.
Schwangerschaft 1. April 2000 Rr.
verkauft, Anzahl 1000 Rr. Rest kann
heben bleiben. Friedrichsstraße 14.

Stolas, Kolliers, Krawatten

Muffen
in Norz, Skunks,
Persianer, Biber,
Luchs, Nutria, Iltis,
Marder, Weißfuchs,
Japanische Füchse
Opposum, Tibet,
alle Arten Bism,
sow. all. sonst. Pelz-
war a. best. Material
Streng reell.
Nur eig. Fabrikat.
Kein Zwischen-
händler, daher sehr
billig.

Anton Beekers Ball-Salon

Gabe noch Sonnabends und Sonntags
Säle zu vergeben, auch sind
Bereitschimmer in der Woche frei.
Anton Becker, Beberstr. 17,
T.R.: VII. Nr. 18414. 35702*

Dr. Simmel, Pringensstr. 41.

Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4.

L. Ratz & Co.
Spandauer Str. 10, Holkenmarkt
Wunderhorn
I II III
18,-, 35,- 50,- Mk.
Umtausch jederzeit bereitwilligst gestattet.
Ebenso werden Phonographen und Waizen in Zahlung genommen.
Platten
große Auswahl neueste Schlager.

Aus Industrie und Handel.

Der Stahlwerksverband ist augenblicklich ernstlich mit seiner Neubildung beschäftigt. Trotz erheblicher Differenzen rechnet man in eingeweihten Kreisen mit einem vollen Erfolge der schwebenden Verhandlungen. Es ist bemerkenswert, daß der Jahresbericht der Düsseldorf-Börse gerade den jetzigen Zeitpunkt benützt, um die Geschäftsführung des Verbandes ziemlich scharf zu tadeln. Die fragliche Stelle des Jahresberichts lautet: „Obwohl die weiterverarbeitende Industrie die Vorteile des Stahlwerksverbandes willig anerkennt und auch die höheren ihr billierten Preise in den Kauf nimmt, hört man doch auch Klagen aus diesen Kreisen darüber, daß die Lieferungsverpflichtungen in ungenügender Weise erfüllt werden und die größeren Hüttenwerke ihren Lieferanten, insbesondere den Maschinenfabriken, ein zu geringes Entgegenkommen zeigen.“ Die Abnehmer müssen sich die Preise diktieren lassen, werden womöglich schlecht bedient und nachher wieder als Lieferanten mehr oder weniger gedrückt. Das sind Vorwürfe, die auf einen Mißbrauch der Uebermacht des Stahlwerksverbandes hindeuten. Hier heißt es, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, namentlich Gegenorganisationen der Abnehmer zu bilden, damit dem isolierten Angebot auch eine verteilte Nachfrage gegenübersteht. Vorher werden die Klagen über den Mißbrauch der Uebermacht der Kartelle ihren Abnehmern gegenüber nicht verstummen.

Die Generalversammlung der Schudert Elektrizitäts-Aktiengesellschaft genehmigte eine Kapitalerhöhung um 3 Millionen Mark. Kraftfahrzeug A.-G. Die Verwaltung legt den ersten Geschäftsbericht vor. Es heißt darin: „Der Zeitraum, über den der Vorstand zu berichten hat, umfaßt die Zeit vom 2. Mai 1906, dem Datum der Eintragung unserer Gesellschaft, bis zum 30. September 1906... Es ist uns gelungen, durch günstige Abmachungen das gesamte Stammkapital der Firma Loeb u. Co. G. m. b. H. in Höhe von 54 000 M. zu vari, also zum Preise von 54 000 M. zu erwerben. Nachdem die Firma Loeb u. Co. G. m. b. H. ihrerseits den Gewinnanteil eines Gesellschafters in Höhe von zwei Drittel des Reingewinns durch eine einmalige Verzahlung von 65 000 M. zur Ablösung gebracht hat, fließt nunmehr der gesamte Reingewinn der Firma Loeb u. Co. G. m. b. H. unserer Gesellschaft zu. Die erwähnte einmalige Abfindung in Höhe von 65 000 M. gelangte bereits in der diesjährigen Bilanz der Firma Loeb u. Co. G. m. b. H. voll zur Abschreibung.“ Das Gewinn- und Verlustkonto schließt mit einem Nettogewinn von 120 196,21 M., der auf Vorschlag der Verwaltung wie folgt verwendet werden soll: 10 Proz. (12 000 M.) Reservefonds, 5 Proz. (60 000 M.) Dividende, 17 496 M. Lantime-Rückstellung für den Aufsichtsrat, 10 500 M. Lantime für den Vorstand, 7 Proz. (42 000 M.) Superdividende, 8200,21 M. Vortrag.

Trutz zusammengeflohen. Zweck des Trutzes sei Ausschaltung der Konkurrenz und Erhöhung der Frachttarife durch Abschaffung der Rabatte.

Witterungsübersicht vom 4. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe in mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-Höhe in mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	746,0	SW	6	bedeckt	1	Saparanda	760,0	SE	2	wolkig	-19
Hamburg	751,0	SW	5	Schnee	1	Petersburg	754,0	D	3	Schnee	-12
Berlin	751,0	SW	4	bedeckt	3	Scilly	760,0	SW	5	bedeckt	8
Konstanz	756,0	SW	3	bedeckt	3	Aberdeen	763,0	SW	4	heiter	1
München	758,0	SW	5	Schnee	2	Paris	765,0	SW	3	wolkig	2
Wien	757,0	SW	1	Rebel	1						

Wetterprognose für Sonnabend, den 5. Januar 1907.
Etwas kälter, bei mäßigen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 4. Januar. Elbe bei Hufschl. — Meter, bei Dresden — 1,48 Meter, bei Raggburg + 1,04 Meter. — Unstrut bei Braunschweig — Meter. — Oder bei Ratibor + 1,29 Meter. — Rheine bei Bredlau Unterpegel — 1,44 Meter. (Großschiffahrt geschlossen.)

VI. Wahlkreis.

6 öffentliche Wähler-Versammlungen.

Montag, den 7. Januar, abends 8 Uhr:
Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148.
Brauerei Groterjahn, Schönhauser Allee 130.

Dienstag, den 8. Januar, abends 8 Uhr:
Swinemünder Gesellschaftshaus, Kösliner Hof, Köslinerstr. 8.
Artushof, Perlebergerstr. 26.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49.

Der Reichstags-Wahlkampf.

Referenten sind die Genossen: Jul. Borchard, Bernh. Bruns, Dupont, Paul Hirsch, Ledebour, Ströbel.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Telephon 4, 3578. Zahlstelle Berlin. Telephon 4, 3587.

Vergolder!

Sonntag, den 6. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Merfotodfi, Androssstraße Nr. 26:

Sitzung der Branchenkommission und der Vertrauensleute

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Branchenkommission. 2. Ausgabe der Karten für das Jahr 1907.
Pflicht der betreffenden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen!
Der Branchenleiter,
Emil Dohler, Berlin O. 17, Langestr. 38, II.

Möbelpolierer!

Montag, den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Andreas-Gefäßen“, Androssstraße 21:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Branchenleitung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheit: Wahl der gesamten Branchenleitung. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, in dieser Versammlung, der Wichtigkeit wegen, zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Obmann.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Unser treues Mitglied, der Gastwirt
Gustav Kürbis
(VII. Abteilung.)
ist am Donnerstag verstorben.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 6. d. M., nachmitt. 1/4 Uhr, von der Leichenhalle der Philippus-Apostel-Kirche, Müllerstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker
Bruno Lehmann
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
110/5 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tapezierer (Filiale 2).

Am 2. Januar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege
O. Schultz
Haidestr. 54. 7115
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes, Danzigerstraße, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meiner unbergelichen, lieben Frau und unserer herzensguten Mutter
Auguste Müller
sprechen wir an dieser Stelle unseren verbindlichsten Dank aus.
Heinrich Müller, Guter, nebst Kindern, Putzmeisterstraße 18.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Karl Lisczynski
sagen wir allen Verwandten, Kollegen und Bekannten, sowie den Mitgliedern des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, Filiale Berlin, unseren herzlichsten Dank.
Witwe Lisczynski nebst Kind.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
Sonntag, den 6. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr, bei Goppe, Hermannstraße 49:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht über die Verhandlung von der Zahlstellen-Konferenz.

Möbelpolierer Rixdorfs!

Donnerstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wille, Hermannstraße 213: 77/6

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Rennwahl des Obmannes. 4. Verschiedenes.
Es ist Ehrenpflicht sämtlicher Kollegen, in beiden Versammlungen zu erscheinen.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. X X Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Achtung!

Allen Gruppen wie Sektionsmitgliedern zur besonderen Kenntnis, daß die **Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstage** stattfindet, dieses jedoch nur in den Bezirksversammlungen laut Wahlreglement erfolgt. Aus diesem Grunde ist es daher notwendig, daß die Mitglieder der Gruppen und Sektionen die Versammlung ihres Bezirkes besuchen. Alles Nähere wird in den betreffenden Bezirksversammlungen bekanntgegeben. Der Zweigvereinsvorstand.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Putzers
Wilhelm Zacharias
sagen wir allen Verwandten, Bekannten sowie Kollegen, insbesondere dem Gelangenen der Putzer, unseren herzlichsten Dank.
7185
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner guten Frau
Anna Schulz
sage hiermit meinen Kollegen und Bekannten sowie den Mitgliedern des 6. Wahlkreises und des Arbeiter-Schwimmvereins „Nord“ meinen herzlichsten Dank.
7195
Karl Schulz.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die außerordentlich prächtigen Kranzspenden, die uns anlässlich des Ablebens meiner geliebten Frau, Mutter und Schwiegermutter durch Verwandte, Freunde, Kollegen und Genossen, insbesondere dem Genossen Balduz Manasse für seine zu Herzen gehenden Worte am Grabe der Entschlafenen erwiesen worden sind, sprechen wir auf diesem Wege unseren tiefempfundenen Dank aus.
Albert Knapp, Gasmaler, 7165
Paul Knapp u. Schwiegerkinder, 7165 Grünhaiderstr. 5.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters sagen wir allen besten Dank. Insbesondere danken wir dem Gelangenen „Ritter-Ges.“ 7205
Alfred Fischer und Frau nebst Kindern.
Elisabeth u. Anna Fischer. 110/6

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung des Kollegen **Adolf Schaeve** sagen wir allen unseren besten Dank.
Albert Draeger, Paul Pawlowitsch.

Verlag G. Birk & Co. München.

In den nächsten Tagen erscheint
35461*

Das persönliche Regiment.

Reden und sonstige öffentliche Äußerungen
Wilhelm II.
Zusammengestellt von
Wilhelm Schröder.
308 Seiten. Preis M. 1.—
Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.

Das einzig dastehende
Elite-Januar-Programm.
24 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

